

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährl. 3,30 M., monatl. 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren:
 beträgt für die sechs-spaltigen Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Verord-
 nungen und Bekanntmachungen 30 Pf.,
 „kleine Inserate“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonnabend, den 1. Februar 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die gräßliche Flotte.

Mit der Verzweiflung eines Angeklagten, dem die Schuld un-
 entrinnbar nachgewiesen, versucht das Marine-Offiziersentum, Herrn
 v. Tirpitz ein Alibi nachzuweisen. Dabei redet man sich immer
 tiefer hinein. Der Satz des Erlasses ist nicht mehr wegzuschwindeln:
 „Eine (dem jährlichen Bauetemp) parallel laufende planmäßige
 Steigerung der Indienststellungen, im besonderen der möglichst
 beschleunigte, organisierte Aufbau der Schlachtflotte, mußte in
 den Berechnungen vorläufig außer Acht gelassen werden, da
 eine dem entweichenden Schiffsbestande entsprechende Steigerung
 der Indienststellungen für die Jahre 1905-1910 so hohe Ver-
 darszahlen für die „fortdauernden Ausgaben“ ergeben hätte,
 daß die Flottenvorlage ohne neue Steuern nicht durch-
 führbar gewesen und infolgedessen aufs äußerste gefährdet worden
 wäre.“

Jetzt behauptet nun die „Nordd. Allg. Zeitung“: Ja, damals
 habe man die Indienststellung der (dann abgelehnten) von 1906 an
 zu bauenden Auslandsschiffe erst vom Jahre 1911 ab angenommen,
 während jetzt Herr v. Tirpitz „voraussetzt“, daß diese Auslands-
 Indienststellungen „sich in ihren finanziellen Konsequenzen schon in
 den Jahren 1906 bis 1910 bemerkbar machen und eben die in Rede
 stehende größere Steigerung der fortdauernden Ausgaben herbei-
 führen“ würde.

Damit ist die Mogelei eingestanden! Und es ist gleichgültig, in
 welcher Weise man die Täuschung des Reichstags ins Werk gesetzt
 hat, ob durch zu niedrigen Anschlag der Kosten oder dadurch, daß
 man dem Reichstag vorredete, die Kosten würden sich erst
 später bemerkbar machen. Sicher ist, daß man schon damals
 wußte, die dauernden Kosten würden in den Jahren 1906-10 erheblich
 höher sein als man zugestanden. Uebrigens sind die damaligen Aus-
 gaben über die Indienststellungen — gerade infolge der be-
 absichtigten Verfrühung — ziemlich unklar. Es wird zwar einmal
 gesagt, die Auslandsschiffe ständen von 1911 vollständig zur
 Verfügung, es wird damit aber nicht verneint, daß nicht schon
 einzelne Auslandsschiffe vorher in den Jahren 1906-10 nach
 der Vollendung des Baues in Dienst gestellt würden.

Indessen die Methode des Mogels, ob nun die Offiziere
 diese oder jene Lieber zugestehen wollen, — das ist sehr un-
 wesentlich, die Hauptsache steht fest: das Reichs-Marine-Amt hat die
 Steigerung der dauernden Ausgaben für die Jahre 1906-10 ab-
 sichtlich zu niedrig angesetzt, und für die Jahre 1910 bis 20
 da sollte sie 4 1/2 Millionen jährlich betragen — vermutlich gleichfalls.

Daß der Reichstag getäuscht worden ist, giebt jetzt auch die
 „Deutsche Tageszeitung“ zu, indem sie bitter schreibt:

„Damit wird doch deutlich und unabweislich ansgeprochen,
 daß man bei der Begründung des letzten Flottengesetzes der Volks-
 vertretung gewisse Dinge verheimlicht hat, lediglih, um dem
 Entwurfe zur Annahme zu verhelfen, die vielleicht nicht erfolg-
 wäre, wenn man sich nicht gehescht hätte, reinen Wein einzufchenken.
 Die Begründung des Flottengesetzes mußte nach den Worten des
 Erlasses so eingerichtet werden, daß der Anschein erwirkt werde,
 als könne man ohne neue Steuern auskommen. Auf dieser träge-
 rischen Annahme, deren Unrichtigkeit jetzt schon so gut wie erwiesen
 ist, mußte sich die Begründung aufbauen.“

Wir gesehen unumwunden, daß uns diese Ueberraschung
 beinahe unheimlich ist. In welche schwierige Lage werden nicht
 die Volksvertreter gebracht, die trotz großer und tiefgehender Be-
 denken sich entschlossen haben, für das damalige Flottengesetz ein-
 zutreten, weil sie einerseits durch nationale Beweggründe bestimmt
 wurden, ihre Bedenken zurückzusetzen, und weil sie andererseits
 den Berechnungen des Reichs-Marineamts des Vertrauen entgegen-
 brachten, das man seither solchen Erklärungen und Darlegungen
 im allgemeinen entgegenbringen durfte. Das Urteil über das
 Vorgehen des Reichs-Marineamts kann nicht anders lauten, als
 daß es den Reichstag getäuscht hat.

Es ist zu erwarten, daß die neue Vorlage mit der
 Forderung der Auslandsschiffe in 2-3 Jahren an den Reichstag
 gelangt. Es ist ferner sehr wahrscheinlich, daß gleichzeitig der
 Plan der gesteigerten Indienststellungen der Volksvertretung
 unterbreitet wird. Wir können uns nicht denken, wie der
 Staatssekretär des Reichs-Marineamts diese Forderungen
 vor dem Reichstage begründen und vertreten wird.

Nicht bloß die Blätter der Linken, sondern durchaus auch
 konservativ gerichtete Zeitungen haben kein Fehl daraus gemacht,
 daß der Staatssekretär mit seinem Erlasse der Sache, die er
 vertritt, einen recht schlechten Dienst geleistet habe.
 Wir können diesem Urteile das Zugeständnis der Berechtigung nicht
 versagen. Was das Deutsche Reich zu seiner Wehr auf dem
 Wasser bedarf, das kann ihm nicht versagt werden, soweit das
 Volk noch Opfer zu bringen vermag. Die Annahme einer neuen
 Flottenvorlage, die noch so gut begründet sein mag, ist aber
 nicht mehr gefährdet worden als durch den Erlass des
 Staatssekretärs des Reichs-Marineamts.

Es ist gewiß nicht ein plötzlicher Gang zur Ehrlichkeit, der die
 „Deutsche Tageszeitung“ veranlaßt, einmal der Wahrheit
 die Ehre zu geben. Herr v. Tirpitz ist den Agrariern nicht an-
 genehm. Er gilt nicht als ausgesprochener Landwirtschaftsfeind. Dann
 aber sehen sie in ihm den Marine-„Roon“, der die „gräßliche
 Flotte“ ins Ungemeßene vermehren wird. Und diese ganze
 Richtung paßt den Agrariern nicht. Einmal lehnen die Junker
 die Flotte innerlich schon deshalb ab, weil sie ihnen nichts nützt,
 weil sie selbst nicht zu den Marineverfehlern gehören. Dann wird
 zweifellos die Kontroverse durch diese Forderungen gesteigert. Und
 endlich ist ihnen die Mäßigung von Industriebaronen und Wieder-
 stärksten fatal. Sie fürchten zwar nicht die Konkurrenz, aber diese
 Elemente bringen doch einen gewissen unangenehmen Ton in das
 angenehme Herrschergebiet der Orliebier.

Zusammen ist den Agrariern mit Zug und Recht Herr v. Tirpitz
 nebst seiner Flottenphantasie gräßlich, und es wäre ihnen schon lieb,
 wenn der Herr über den von uns veröffentlichten Erlass purzelle.

Andererseits aber gehört die ganze kindische Urteilslosigkeit unserer
 Liberalen, neuerdings national-social noch mehr verwirrten Bourgeoisie
 dazu, wenn gewisse Freisinnsdiplo maten meinen, daß der in die
 Debatte geworfene neue Flottenplan die Stellung der Agrarier
 stärken und die der Zollgegner schwächen könnte.

1898 bis 1900 ergab sich der Freisinn weiblicher Richtung mit
 höchster Ueberzeugung dem modernen Flottenrummel, weil sie in der
 Flotte eine Möglichkeit wä hnten, den Einfluß der Junker zurück-
 zudrängen und zu günstigen Handelsverträgen zu gelangen. Wenn
 sie jetzt ihre Wasseraktik wiederholen, so zeigt das nur,
 daß diese Leute niemals urteilsfähig werden können. Die Flottenvorlage
 ist nicht troy, sondern wegen der Annahme der Flottenvorlage ge-
 kommen. Der Zoll ist die notwendige und wegen der finanziellen
 Vorteile für die Reichskasse gern geleistete Buße der Regierung für
 die gräßliche Flotte.

Die verteuert schlechten Russianten des bürgerlichen Liberalismus
 wollen eben eine unmögliche Wahrheit nicht einsehen: Das
 ganze herrschende Regierungssystem ist tausendfältig mit dem
 Junkertum verflochten und unlöslich mit ihm verbunden. Die Regie-
 rung kann nicht los von der Erdunterthänigkeit unter die Orliebier.
 Jeder Versuch, den Junkern zu entkommen, würde sie selbst stürzen.
 Sie müssen zusammen leben und sie werden gemeinsam zu
 Grunde gehen. Das herrschende System in Deutschland kann das
 Junkertum nicht entbehren, weil es mit dessen Niederwerfung selbst
 entwürzelt würde.

Aus diesem Verhältnis, über das die Liberalen sich mit den
 lächerlichsten Hoffnungen hinwegzusetzen suchen, folgt logisch alles
 übrige. Weil die Regierung den Agrariern den Schmerz antun
 mußte, die ihnen unbedeuten Flotte zu verlangen, darum war sie
 genötigt, sie durch desto reichere Zollkonzessionen zu besänftigen. Ohne
 die Annahme der Flottenvorlage wäre der Wuchertarif als Sühne-
 geschenk nicht notwendig geworden.

Es ist eine närrische Täuschung, wenn die Linke sich einbildet,
 durch Entgegenkommen in sogenannten „nationalen“ Fragen die
 Herrschaft der Junker zu schwächen. Umgekehrt giebt man durch
 diesen Marine-Eifer den Orliebieren nur Anweisungen auf neue
 Liebesgabenforderungen, die die Regierung eifertig erfüllen muß.

Zolltarif-Kommission.

In der Freitag-Sitzung erstattet zunächst der Berichterstatter
 Abg. Speck (C.) Bericht über eine Reihe Petitionen, die sich fast
 durchweg gegen Kampfzölle und Ursprungszeugnisse ansprechen.

Zu der fortgesetzten Diskussion wendet der Abg. Brömel (fr. Sp.)
 sich gegen die Kampfzoll-Bestimmungen des Antrags v. Ranig und
 Genossen und ersucht um eine Erklärung, ob er darin im Recht sei,
 daß der Handelsminister Müller die bestehenden Bestimmungen für
 ausreichend begehrt habe.

Scheinrat Lucendy bestätigt in Vertretung des an der An-
 wesenheit verhinderten Handelsministers seine Annahme.

Im weiteren Laufe der Diskussion weist der Abg. Stadthagen
 (SoC.) den Einwurf des Abg. Veumer zurück, daß die vorgeschlagene
 Bestimmung lediglich dasselbe wolle wie das Retorsionsrecht in
 § 31 des Einfuhrzollgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch. Bei
 beiden Dingen handele es sich um etwas völlig verschiedenes. Auf
 dem Gebiete des internationalen Privatrechts kenne unser
 Patentrecht und unser Markenrecht Gesetz die Möglichkeit von
 Retorsionen, ebenso lasse § 31 des Einfuhrzollgesetzes
 ein Retorsionsrecht gegenüber solchen Staaten zu, welche
 die Deutschen im Auslande schlechter behandeln wie andre. Das
 internationale privatrechtliche Retorsionsrecht geht von dem Stand-
 punkt aus, daß der Deutsche überall im Auslande dasselbe Privat-
 recht haben muß wie der Angehörige des fremden Staates, in dem
 er sich aufhält. Wer dieses Prinzip verläßt, demgegenüber gestatte
 es Retorsionen. Auch hier sei ja von Berechtigt keine Rede, da
 nicht derjenige getroffen werde, der Unrecht thue, sondern der das
 Unrecht, das an andern begangen wird, nicht verhindern
 könne. Das internationale privatrechtliche Retorsionsrecht
 hat einen außerordentlich beschränkten Kreis und bestre,
 damit allen dieselben Rechte gewährt werden. Niemals richte
 sich das privatrechtliche Vergeltungsrecht gegen den Deutschen selbst.
 Ganz anders liegt es hier. Die vorgeschlagene Bestimmung wolle
 deshalb, weil ein Ausländer deutsche Waren oder einen Deutschen
 prägele, die deutschen Waren und die Deutschen auch im Inlande
 prägele. Die Bestimmung sei nutzlos, undurchführbar, verteuere die
 Waren und überweise dem Bundesrat ein Odium in schärfster
 Weise.

Bei der Abstimmung wird der unstrittene Absatz des § 8,
 dessen Wortlaut wir gestern bereits mitgeteilt hatten, gegen die
 freisinnigen und socialdemokratischen Stimmen, und sodann ein-
 stimmig der Zusatz angenommen, daß die Anordnungen des
 Bundesrats dem Reichstage bekannt gemacht werden müssen und daß
 der Reichstag dieselben aufheben könne.

Die Beratung geht nun zu § 9 über. Die §§ 9 und 10 be-
 handeln die außerordentlich wichtigen Fragen der Einfuhrschiene
 für Getreide, der Transilager für reines und ge-
 mischtes Getreide, der Transilager für andre landwirtschaft-
 liche Produkte, ferner für Holz für Holzabfälle, der
 Einfuhrschiene für Mühlen und Mälzereien, der Zollbindung für
 Seelmehlen, der Mindestquantitäten für Einfuhrschiene und der Zoll-
 kredite.

Zu diesen wichtigen Materien liegen eine Reihe von Anträgen
 vor. Der § 9 umfasst sechs Nummern. Es wird beschlossen, über die
 einzelnen Nummern getrennt zu debattieren, hierbei aber eine Art all-
 gemeine Debatte zuzulassen. Die Vorlage erschwert schon in ganz
 erheblichem Maße die Transilager, besonders für gemischtes Ge-

treide und würde eine Verteuernng insbesondere des Getreides durch Auf-
 hebung der zinsfreien Kreditierung der Zollgefälle herbeiführen. Den
 13 Abgg. Broekmann (C.), Dr. Heim (C.), v. Ranig (L.),
 v. Kardorff (Sp.), Klose (C.), v. Komierowski (Pole),
 Müller-Gulda (C.), Kettich (L.), Speck (C.), Freiber
 v. Wangenheim (L.) und Werner (Antif.) geht dieses Ent-
 gegenkommen der Regierung noch nicht weit genug, sie wollen den
 gemischten Transilagern und den zinsfreien Zollkrediten den vollen
 Garaus machen, auch die reinen Transilager nur dort für zulässig
 erachten, wo Ausfuhr oder Verschiffung beabsichtigt wird.

Graf v. Schwerin (L.) giebt seiner Freude über das Entgegen-
 kommen der Regierung Ausdruck und verteidigt den grundsätzlichen
 Standpunkt der von ihm und seinen 12 Amtsgenossen eingebrachten
 Anträge.

Von den Regierungsvertretern wenden sich der Schatzsekretär
 Herr v. Thielmann, der elbst-losbringliche Unterstaatssekretär Schrant,
 der extra zu diesem Zweck nach Berlin gereist ist, und der badische
 Ministerialdirektor Scherer gegen die Anträge Graf v. Schwerin u. Gen.
 Insbesondere die Ausführungen des zuletzt genannten Regierungs-
 vertreter zeigen das Unhaltbare der agrarischen Anträge.

Die Anträge Graf von Schwerin und Genossen, meinte der
 Ministerialdirektor Scherer, wollen nach der Methode des Dr. Eisen-
 barth kurieren und würden dadurch den Handel und das Interesse
 der Konsumenten schwer schädigen. Die Regierungsvorlage
 bedeute das Äußerste, was man an Kompromiß
 darbieten könne. Hätte man gemischte Transilager noch nicht,
 so müßte man sie geradezu einführen! Süddeutschland werde durch
 den Antrag Graf Schwerin und Genossen auf das allerwerfste
 gefährdet, die Süddeutschen als Deutsche zweiter Klasse behandelt.
 Das gelte für Mannheim, Ludwigshafen, Strahburg, Nehl. Die
 Versorgung mit Weizgetreide würde durch den Antrag außer-
 ordentlich erschwert werden. Davon, daß die Transilager
 der Landwirtschaft Schaden bringen könnten, könne im
 Ernst keine Rede sein. Der Graf Schwerinsche Antrag
 habe einen eng geographischen Horizont und gehe von der Annahme
 aus, als ob die Süddeutschen von Mannheim aus direkt nach der
 See exportieren könnten. Der Ausweg, daß man zur See werde
 exportieren können, sei gerade so viel wert, als ob man den Süd-
 deutschen gestatten wolle, nach dem Mars zu exportieren. Die An-
 träge enthalten eine Uebertreibung, der die badische Regierung im
 Interesse des Volkes und im Interesse des Handels ganz entschieden
 entgegenzutreten müsse.

Die Debatte wird auf Dienstag, den 4. Februar, vor-
 mittags 10 Uhr, vertagt. Vorausichtlich werden die nächsten Tage
 mit der Debatte über die Einfuhrschiene und Transilager ausgefüllt
 werden müssen. Auch auf diesem Gebiete zeigt sich so recht deutlich,
 daß die Agrarier, sobald ihnen die Regierung wie mit der Vor-
 lage auch nur einen kleinen Finger reicht, sofort in der
 Kommission noch Anträge stellen, die selbst einer
 agrarischen Regierung zu viel sein müssen. Von frei-
 sinniger und socialdemokratischer Seite aus sind natürlich
 Anträge auf Erleichterung des Transilagerverkehrs auch gegen-
 über dem bestehenden Zustand eingebracht. Der Kampf um die
 Transilager gestaltet sich neben seiner hochwichtigen wirtschaftlichen
 Seite und neben den Beruhigen, auch durch Beschränkung der Zoll-
 kredite das Getreide zu verteuern, zu einem Kampf zwischen oft-
 elbischen und südwestdeutschen Interessen. Das Centrum ist
 gewillt, unter das Joch der Agrarier auch in diesem Punkte zu
 gehen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 31. Januar.

Der Reichstag

bewilligte heute am siebenten Tage nach sechsständiger Verhandlung
 das Gehalt des Staatssekretärs des Innern und brachte damit die
 socialpolitische Generaldebatte für diesmal zum Abschluß.

Die bürgerlichen Parteien hatten es eilig und ihre Redner
 hielten sich zurück. Nur in der ersten Stunde sprach das social-
 politische Quartett, das sich aus den Abgg. Pashnide, Wasser-
 mann, Sige und Köstke zusammensetzt, und verteidigte die
 gemeinschaftlichen Anträge, in erster Linie die Anregung, die Frage
 der Arbeitslosenversicherung durch eine Kommission ins Rollen zu
 bringen, die die bestehenden Abwehrversuche gegen die Folgen der
 Arbeitslosigkeit bei den Gewerkschaften und Gemeinden unter-
 suchen soll.

Dann schieden die Redner aus den übrigen Parteien ganz aus
 der Debatte aus. Nur der jüngst in den Reichstag gewählte ultra-
 montane Lehrer Sittart debutierte mit dem verunglückten Versuch,
 unsrer Partei den Vorwurf anzuhängen, sie besolge in socialpolitischen
 Fragen die Taktik des Centrums.

Sonst gehörte der Tag unsren Rednern, die sich nicht abhalten
 ließen, die zahlreichen Beschwerden der Arbeiter an dieser Stelle,
 wo allein die Möglichkeit dazu geboten ist, zur Sprache
 zu bringen. Dabei fehlte es natürlich nicht an Zu-
 sammenstößen mit den Regierungsvertretern. Der sächsische
 Scheinrat Fischer mußte zu seinem Leidwesen dreimal ins Ge-
 schicht. Er brach dabei wieder in die partikularrichtige Lage aus, daß
 unsre sächsischen Abgeordneten die sächsischen Einrichtungen vor dem
 Reichstage schlecht machten. Das wird im allgemeinen wohl an den
 Einrichtungen liegen; im besonderen aber ist es eine Folge der
 sächsischen Wahlrechtsverfälscherung, wenn sächsische Zustände jetzt
 in größerer Breite vor dem Reichsparlament erörtert werden.

Von unsren Vätern sprachen sechs Redner. Zuerst Genosse
 Kofonow, der für eine staatliche Arbeitslosen- und Versicherungs-
 entrat und die Regelung des Arbeitsnachweises nach unsren großen
 organisatorischen Vorschlägen verlangte, die auf die Bildung

von Arbeiterkammern, Bezirks-Arbeitsämtern und eines Reichs-Arbeitsamtes hinauslaufen. Im Gegensatz zu den bürgerlichen Reformern verlangte er ein internationales staatliches Arbeitsamt, das mehr Autorität besitzt als die private Gründung. Als nächstliegendes Ziel der Sozialreform bezeichnete er schließlich die energische Bekämpfung der Nachtarbeit in allen Betrieben, die sie nicht unbedingt brauchen.

Genosse Stolle brachte die Nachgiebigkeit der sächsischen Regierung gegen die Agrarier in Sachen der Schweinesperre und ihre gehorsamste Erkundigung nach der Ansicht des Reichslandwärters zur Sprache.

Herr Dr. Fischer ist es nachträglich eingefallen, daß er zuerst zu offenbar gewesen sei, er ergänzte deshalb seine Mitteilungen durch die Behauptung, daß seine Regierung schon vor der Anfrage an den Reichslandwärtler entschlossen gewesen sei aus veterinär-polizeilichen Gründen die Schweinesperre gegen Oesterreich nicht aufzuheben. Ganz unklar wird nun freilich, weshalb dann die Anfrage an den Reichslandwärtler überhaupt erfolgt ist.

Eine größere Rolle in der Debatte spielte die weitere Behauptung dieses sächsischen Geheimrats, daß die Socialdemokratie gegen die Gewerbe-Inspektoren hege. Stolle und Schaefer wehrten sich energisch gegen diese Beschuldigung. Herr Dr. Fischer aber legte allem die Krone auf, indem er diesen Vorwurf nunmehr gegen die socialdemokratische Fraktion richtete. Der Präsident bezeichnete diese Ausschreitung als unangemessen.

Genosse Horn kritisierte eingehend die Auflösung von Zahlstellen des Glasarbeiter-Verbandes als politische Vereine, und Genosse Schaefer nahm sich der Vergarbeiter an. Er forderte bessere Vergütung, schärfere Abmahnung von Uebertretung bergpolizeilicher Vorschriften und sanitäre Maßnahmen gegen die ansteckende Wurmkrankheit der Vergaleute.

Unsre Genossen Thiele und Wollenbuehr schließlich brachten die Verordnung über Arbeitsverhältnisse im Gastwirts-gewerbe zur Sprache und unterzogen sie einer tadelnden Kritik.

Herr Posadowsky suchte die Verordnung, so gut es ging, zu verteidigen. Sie mußte nach ihm milde sein, weil sie sonst von den Wirten übertreten wird. Dieses klägliche Eingeständnis zeigte die Hinsichtlichkeit dieser Art Sozialreform, die die Unternehmer nur mit Sammethandschuhen anzufassen waag.

Zum Schluß mußte über acht Resolutionen abgestimmt werden, die diese stündtägige Debatte gezeitigt hat. Abgelehnt wurden unsere Resolutionen in Sachen der Zinskünten und auf vorbereitende Schritte zur Errichtung eines internationalen staatlichen Arbeitsamtes. Ebenso fiel die Resolution Bachmide auf Errichtung kommunaler und gemeinnütziger paritätischer Arbeitsnachweise, weil sich mit ihrer Falschheit unsere Genossen nicht befreunden konnten. Angenommen wurden die übrigen fünf Resolutionen, zum Teil sogar einstimmig. Außer der Enquete über die Innungsverhältnisse werden vom Reichslandwärtler also verlangt: eine Kommission zur Untersuchung der Arbeitslofen-Versicherung, eine Uebersicht über die Arbeitsverhältnisse in den Reichs-betrieben, eine finanzielle Unterstützung für das Arbeitsamt in Basel und schließlich die Gewährung der Fristverlängerung nur für die großen Zinskünten.

Morgen kommen die einzelnen Kapitel des Stats des Innern zur Verhandlung.

Deutsches Reich.

Der Kaiser und die Tagesfragen. Eine Korrespondenz meldet: Es ist bekannt, daß der Kaiser bei dem großen Interesse an allem, was sich um den Kaiser läßt, sich vornehmlich über die Tagesfragen informiert, sei es durch Vorträge der Ressortminister oder durch eigene Zeitungslektüre. Auch die neuesten Tagesfragen sind dem Monarchen nicht unbekannt geblieben. So ist dem Kaiser sofort mitgeteilt worden, daß der „Vorwärts“ wahrscheinlich durch einen Verstoß in der Lage war, den Erlaß des Staatssekretärs des Reichs-Marine-Amts von Leipzig zu veröffentlichen. Dem Monarchen ist diese Indiskretion als solche nicht gerade angenehm gewesen, und er hat zu verstehen gegeben, daß man unter allen Umständen vermeiden müsse, die schadhafte Stelle am Staatsverwaltungsapparat ausfindig zu machen. Wie wir erfahren, ist inzwischen gegen die Redaktion des „Vorwärts“ resp. gegen „Indefammi“ des Ermittlungs-vorverfahrens eingeleitet worden. Auch über den Wahlkreis der Socialdemokratie im 10. sächsischen Reichstagswahlkreis ist dem Monarchen Vortrag gehalten worden. Der Herrscher ist wohl unterrichtet über die Verhältnisse in dem Wahlkreis Döbeln-Rohwein und hat das Anwachsen der socialdemokratischen Partei daselbst lebhaft bedauert.

Hoffentlich hat man dem Kaiser auch Gelegenheit gegeben, von den Bemerkungen des „Vorwärts“ zu dem Erlaß vollständigen Kenntnis zu nehmen.

Weltpolitische Propaganda vor Gymnasien. Daß die bekannten Plattenfaktoren heute zu den Rekruten unserer Schulen, namentlich der höheren Schulen, gehören, ist bekannt. Aber man scheint sich neuerdings nicht mit diesem weltpolitischen Anschauungsunterricht begnügen zu wollen, sondern es für nötig zu halten, die Agitation des beschriebenen Plattenvereins direkt in den Schulsaal zu verlegen. So erschien wir aus einer uns vorliegenden Nummer des „Weylener Kreisblattes“, daß bei der offiziellen Kaisergeburtstagsfeier des dortigen Gymnasiums ein Oberlehrer der Weltpolitik Wilhelm II. einen begeisterten Hymnus gesungen hat. In demselben Vortrag gab der Herr Oberlehrer mit erstaunlicher Intonationskraft das französische Volk eifriger Glorifizierung!

Social-wissenschaftliche Studentenvereine werden aufgelöst, aber den Herren Sextanern läßt man hochpolitische Vorträge halten!

Die Germanisierung in Nordschleswig. Den dänischen Zeitungen wird unterm 27. Januar aus Hensburg gemeldet: „Im ganzen Amt Hadersleben wird der Versuch gemacht, Leute, die vor 1870 für Dänemark optiert haben, aber die Optionserklärung zurückgezogen haben, oder nicht (wie es die Gültigkeit der Optionserklärung erfordert) bezogen waren, als dänische Unterthanen zu stampeln. Zahlreiche Männer sind vor die Amtsvorsteher geladen worden. Man nimmt an, daß sie mit ihren Schwän eine Anzahl von mehreren hundert Personen ausmachen. Die Deutschen hoffen, daß es ihnen gelingen wird, sie aus den Wahlkreisen zu streichen, so daß die dänische Stimmenzahl bei der nächsten Wahl einen Rückgang aufweist.“ Weiter wird aus Hadersleben gemeldet, daß der Sozialbesitzer Finne, ein Führer der dänischen Opposition, das Angebot abgelehnt wurde, nachdem die preussischen Behörden erklärt hatten, daß er kein preussischer Unterthan sei. Finne hat 35 Jahre als preussischer Staatsangehöriger gelebt.

Bei der Landtags-Verfassung in Frankfurt a. M. ist der demokratische Kandidat, Redacteur Oeser, mit 471 gegen 333 national-liberale Stimmen gewählt worden. Die Mehrheit betrug also 118 Stimmen. Von den Centrumsmännern, die 1898 von den vereinigten Oppositionsparteien gewählt wurden, stimmten dieses Mal 6 für den Nationalliberalen, während sich etwa die gleiche Zahl von der Wahl fernhielt.

Verbleib der China-Medaillen. Durch Ordensverleihungen überreicht wurden sehr viele Unteroffiziere und Mannschaften der Garde-Truppen. Der Kaiser hat nämlich die China-Medaillen in Stahl in größerer Zahl verliehen und zwar an solche Leute, die bei der Ausrüstung der China-Expedition auch nur ganz gering be-

theiligt waren, sei es im Verwaltungsdienst oder gelegentlich der Ausrüstung. Viele der Leute haben auch nicht in mindesten an die Möglichkeit einer solchen Ehrung gedacht und waren daher aufs höchste überrascht, als ihnen die Medaillen überreicht wurden.

Ausland.

Ferri und Turati über Kooperativ-Genossenschaften.

Rom, 27. Januar. (Fig. Ver.)

Wie ich Ihnen schon in einer meiner letzten Korrespondenzen mitteilte, haben sich die beiden nach Enrico Ferri in der socialistischen Partei vorhandenen Strömungen — reformistisch die eine, vertreten durch Turati, revolutionär die andre, mit Ferri an der Spitze, ein Analogon zu den ausländischen Strömungen, wie z. B. den durch Jaurès und Guesde, Bernstein und Kautsky, Adler und Ellenbogen vertretenen — nach einer kurzen positiven Diskussion und nach der Veröffentlichung eines diesbezüglichen Artikels durch Ferri selbst sozusagen versöhnt. In diesem Sinne hat sich auch die Majorität der socialistischen Wochenblätter ausgesprochen, und Ferri, trotzdem er seine Ansicht von dem Vorhandensein der beiden Strömungen aufrecht erhält, schreibt im „Avanti“, daß beide Tendenzen in gleicher Weise zu respektieren und im gleichen Maße möglich seien, daß es gut sei, daß sie in der parlamentarischen Praxis sowohl wie in der Gesamtpartei vorhanden seien, daß sie nicht zwei verschiedene Schulen oder Doktrinen verträten, in welchem Falle sie schädlich für die kompakte Einheit der Partei wären, sondern daß sie nichts anderes seien, als zwei Schattierungen ein und derselben Doktrin, hervorgerufen durch das Temperament, die Kampfrendigkeit und durch lokale Verhältnisse; eine Erscheinung, die untrennbar von jeder Partei sei, in der sich Praktiker und Theoretiker befinden; aus ihren Resultaten ergebe sich dann der fortschrittliche Lauf der socialistischen Partei.

Nun hat sich neuerdings zwischen Ferri und Turati eine interessante Diskussion entsponnen.

Der aus Belgien zurückgekehrte Genosse Ferri war von den Maländer Socialisten aufgefordert worden, eine Reihe von Vorträgen zur Erklärung des Betriebes und des Wertes der belgischen Volkshäuser zu halten. Ferri beleuchtete den socialistischen Charakter dieser Institutionen und betonte die Notwendigkeit, Socialistenhäuser den von den Arbeiterkammern eingerichteten Volkshäusern gegenüber zu stellen (die Arbeiterkammern sind neutrale Vertretungen der organisierten Arbeiter), weil, wie er sagte, die von socialistischem Geiste besetzten Kooperativ-Genossenschaften den Krämmergeist keineswegs begünstigten und durchaus nicht den revolutionären Geist der socialistischen Partei Belgiens gefährdeten.

Turati hingegen erklärte demgegenüber: Die belgischen Kooperativ-Genossenschaften besitzen an sich keinerlei revolutionäre Kraft. Die belgischen Streiks sind zum größten Teil verloren gegangen. Der revolutionäre Geist in Belgien drang in die Kooperativ-Genossenschaft ein, aber war nicht ihre Wirkung. In Italien besteht die revolutionäre Kraft im Widerstand: wer etwas anderes behauptet, bestärkt den Krämmergeist der Kooperativ-Genossenschaften, die Partei reformistisch entarten zu lassen. Wenn Belgien unsere Arbeiterkammern und unsere Landarbeiter-Gewerkschaften hätte, so würde es nicht zum zweiten Male den Weg einschlagen, den es mit Begründung der Kooperativ-Genossenschaften beschritten hat. Turati schloß mit dem Wunsch, daß die Idee Fiasco mache, denn sonst würde die Partei ein Fiasco machen, weil sie ihren Klassencharakter dadurch verlieren würde, daß man die Socialisten in Wohlhabende (die Mitglieder der Koop.-Gen.) und in eine Klasse von Lumpenproletariern (die von der Koop.-Gen. ausgeschlossen) teile.

In Italien würden Kooperativ-Genossenschaften nach belgischem Muster, die Kräfte und besten Fähigkeiten der Partei von einer Arbeit abziehen, die im gegenwärtigen Moment viel wichtiger sei und von Tag zu Tag schwieriger und komplizierter werde, nämlich von dem politischen Kampf der Streikbewegung, den Schiedsgerichten, der sozialen Gesetzgebung, der immer wachsenden Teilnahme der Arbeiter an der südlichen und staatlichen Gewalt; die kooperativen Genossenschaften würden den antikapitalistischen Socialismus in eine kleinbürgerliche Partei verwandeln.

So allein könne der italienische Socialismus auf den breiten und sicheren Wegen des revolutionären Socialismus fortschreiten.

Die Frage wurde dem Referendum der Maländer Socialisten unterbreitet und hat sich folgendes Resultat ergeben: Für das socialistische Volkshaus (Ferri) wurden 358, für das durch die Arbeiterkammer errichtete Volkshaus (Turati) 311, für die sofortige Errichtung des Volkshauses und später des socialistischen Volkshauses 42 Stimmen abgegeben.

Der Achtstundentag der französischen Vergaleute.

Die Kammer verhandelte, wie bereits mitgeteilt, am Mittwoch über die Befreiung eines Normal-Arbeitslages für die Grubenarbeiter. Der Antrag des socialistischen Deputierten Vachy, den Achtstundentag sofort einzuführen, wurde mit 369 gegen 196 Stimmen abgelehnt. Hierauf stimmte Vachy und auch der Minister Raubin den Vorschlägen der Arbeitskommission zu. Somit scheint die Annahme des Entwurfs der Kommission gesichert; die Weiterberatung ist auf Mittwoch vertagt.

Dieser Entwurf bestimmt bekanntlich, daß die Arbeitszeit in den Kohlenbergwerken sofort auf 9 Stunden festgesetzt werden soll; nach 2 Jahren soll der Arbeitstag 8 1/2, nach Ablauf von weiteren 2 Jahren 8 Stunden betragen. In allen Fällen soll die Arbeitszeit von dem Moment an gerechnet werden, an dem der letzte Mann einfährt, bis zu dem Augenblick, wo der erste Mann ausfährt.

Wie beurteilen nun die Vergaleute den Kommissionsentwurf? Darüber giebt ein Schreiben Aufschluß, das der Generalsekretär des Bergarbeiterbundes Cotte soeben an die socialistische Gruppe der Kammer gelangen läßt. In demselben stellt Cotte Berechnungen an über die gegenwärtig übliche Arbeitszeit in den französischen Bergwerken und stellt sie in Vergleich mit dem Zustande nach Inkrafttreten der Reformen. Danach haben Beschäftigungsbauer (immer einschließlich der Ein- und der Ausfahrt) die Vergaleute von Entais 9,12 Stunden, im Nord-Departement 9,14 Stunden, im ganzen Süden 9,20—10 Stunden.

41 000 Vergaleute bleiben demnach weniger als 9 Stunden in der Grube, 40 000 9—9,30 Stunden, 14 000 9,30—10 Stunden, 14 000 10—12 Stunden. Der Durchschnitt im ganzen Lande beträgt 9,27 Stunden. Cotte stellt fest, daß selbst nach 4 Jahren, wenn das Gesetz in voller Kraft ist, wenn der Achtstundentag gilt, es mit der Ein- und Ausfahrt doch bei 9 Stunden ließe. Diese Arbeitszeit aber haben nach ihm ja schon jetzt 91 000, während andre 40 000 nahe daran seien. Den 10- und 12stündigen berechnet Cotte mit einer Stunde; die Unternehmer würden aber bald die gegenwärtigen Verbesserungsmittel wesentlich verbessern. Die Verbesserung der Vergaleute in die und aus der Grube werde damit abgelehnt, die effektive Arbeitszeit aber verlängert werden, weil Arbeits- und Verbesserungszeit nicht von einander getrennt sind. Unter diesen Umständen seien die Verbesserungsvorschläge der Kommission äußerst beschwerend und sehr zweifelhafter Natur. Cotte schließt, die Vergaleute halten ihre Forderungen aufrecht, sie seien berechtigt und können nur von einer voreingenommenen Versammlung abgelehnt werden. Das Parlament habe zu entscheiden, ob es den Frieden haben wolle oder den sozialen Krieg. Die Vergaleute seien entschlossen, alle Mittel zu erschöpfen, um ihre Wünsche durchzusetzen. Sie hätten lange genug der Republik ihr Vertrauen geschenkt, es sei Zeit, daß diese ihre Versprechungen einlöse.

Frankreich.

Vibianis Anträge zum Wahlgesetz. Der socialistische Deputierte hat, wie der Telegraph schon kurz gemeldet, der Wahlrechts-Kommission der Kammer einige Anträge unterbreitet. In Frankreich ist es bei den Wahlen üblich, daß der Kandidat je nach seinen Mitteln möglichst viele Eden, Häuser, Plakatwägen usw. mit seinen Ankündigungen, Aufrufen an die Wähler usw. belegt. Dieses Privileg der reichen Kandidaten will Vibiani beseitigen durch Regelung des Plakattwezens; jedem Kandidaten soll ein bestimmter gleichgroßer Raum für seine Ankündigung zugewiesen werden. Der zweite Antrag geht dahin, der Kammer das Recht einzuräumen, solchen Abgeordneten, denen Stimmenauf oder verbotene Korruption der Wähler nachgewiesen und deren Mandat aus diesem Grunde kastriert ist, für die Dauer der laufenden Legislaturperiode die Wiederwahlbarkeit zu verbieten bezw. den Eintritt als Abgeordneter in die Kammer zu versagen.

Nationalistische Rüstungen. Die hervorragendsten Mitglieder der Patriotenliga haben beschlossen, bei den bevorstehenden Kammerwahlen eine große Agitation ins Werk zu setzen. Sie haben das Blatt „La France“ angekauft, welches in ein großes Tagesblatt umgewandelt werden soll. Wie verlautet, hat eine Finanzgruppe eine Summe von 3 Mill. Francs zur Verfügung gestellt, um das Gelingen des Unternehmens zu sichern. Der frühere Kriegsminister Cavaignac ist zum politischen Leiter des Blattes ausersehen.

England.

Antisemitische Strömungen. London, 29. Januar. (Fig. Ver.) Eine antisemitische Strömung macht sich gegenwärtig in verschiedenen politischen Kreisen Londons bemerkbar. In der laufenden Kammer der „National Review“ hat Edward Drumont, der Redacteur der Pariser „Libre Parole“, einen antisemitischen Artikel. Gleichzeitig erschien von einem Engländer, Namens Bannister, eine Broschüre unter dem Titel „England unter jüdischer Herrschaft“. Gestern hielt der konservative Abgeordnete Gibson Bowles im Parlament eine antisemitische Rede, in der er die Juden als Getreide-Kaufleute und Produktionsverderber anklagte. Er begann mit dem biblischen Joseph und seiner ägyptischen Agrarpolitik und endete mit Joseph Leiter aus Chicago (dem Schwager des Vizekönigs von Indien). Im Osten von London ist die Stimmung der Arbeiter gegen die jüdische Einwanderung eine bittere, hauptsächlich weil letztere die Wohnungsnot noch steigere. Der Abg. John Burns und Mr. Steadman, Präsident des Parlamentarischen Komitees des Trades-Unions-Kongresses, haben mir auf Grund ihrer Erfahrungen das Wachsen des Antisemitismus bestätigt.

Die Sprachenfrage in Malta. Mr. Chamberlain hat nach langem Strauben den Protesten Italiens in der Sprachen- und Erziehungsfrage in Malta nachgegeben und hat seine Verfügung aufgehoben. Diefelbe ging dahin, daß auf der Insel Malta, deren Bewohner fast durchweg italienischer Herkunft sind, die Amts- und Schulsprache in Zukunft die englische sein sollte.

Die bevorstehende Erziehungswahl in East Down (Wiltshire, Irland) ist dadurch bemerkenswert, daß dort Protestanten und Katholiken, Homerule und Regierungstreue zusammengehen werden. Das einigende Programm ist: Zwangsweiser Auslauf der Grundherren. Die irische Opposition beschloß gestern, von einem besondern Kandidaten abgesehen, und fordert die Wähler auf, für den unionistischen Kandidaten Mr. James Wood zu stimmen. Hier zeigt sich ein Sieg der Wirtschaft über Religion, Masse und traditionelle Politik.

Asien.

Vom Philippinenkrieg. Ein Telegramm aus Manila berichtet, daß eine Abteilung amerikanischer Marinesoldaten im Bezirk von Canangue überrascht wurde. Zehn Amerikaner wurden getötet.

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Reichstags

Letzte Freitag die Beratung über die Anforderung von 30 000 M. für die Schaffung einer Auskunftsstelle in Sachen der Auswanderung fort.

Abg. Gabensthy (L.) sprach sich für Bewilligung der Forderung aus.

Abg. Müller-Julda (L.) bekämpfte die Forderung, indem er darauf hinwies, daß die Deutsche Kolonial-Gesellschaft noch keinerlei Erfahrung im Auswanderungswesen gemacht, noch keinerlei Befähigung für die ihr zugedachte Aufgabe erwiesen habe.

Abg. Graf Noon (L.) plädierte für eine dauernde Bewilligung.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Rp.) erklärte es für unerhört, einer Privatgesellschaft eine Zuwendung zu machen für Zwecke, die sie bisher noch gar nicht verfolgt habe. Das Mindeste sei doch, daß sich die Deutsche Kolonial-Gesellschaft erst aus eignen Mitteln im Auskunftswezen für die Auswanderung betätige. So wie die Forderung eingebracht sei, lengezeitige sie sich als eine Liebesgabe für die Deutsche Kolonial-Gesellschaft.

In seinem Schlusswort verteidigte Abg. Prinz Arenberg (L.) die Deutsche Kolonial-Gesellschaft. Nachdem Prinz Arenberg die Forderung einer dauernden Ausgabe in längerem Vortrag eingehend begründet hat, wird diese mit allen gegen 9 Stimmen von Konservativen, Nationalliberalen und einzelnen Mitgliedern des Centrums abgelehnt, dagegen als einmalige Ausgabe mit 11 Stimmen der gleichen Parteien sowie weiterer Mitglieder des Centrums angenommen.

Die Kommission geht über zur Verhandlung betreffend den Kauf der Grundstücke Wilhelmstr. 62 und Nauerstr. 45/46 als Dienstgebäude der Kolonialverwaltung.

Müller-Sagan (fr. Rp.) tritt mit der Einwendung entgegen, daß das Grundstück viel zu teuer und gänzlich ungeeignet sei. Der Direktor des Kolonialamtes Stübel erkannte zwar an, daß die Gestalt des Grundstücks wenig den Zwecken des Kolonialamtes entspreche, betonte aber, daß in der Nähe des Auswärtigen Amtes kein besseres Grundstück zu haben sei.

Abg. Müller-Julda (L.): Mit dem Grundstück werde das Reich färschbar hineinfallen.

Es entspann sich eine längere Erörterung, die vertagt wurde, um den Mitgliedern der Kommission zu ermöglichen, eine Lokalinspektion vorzunehmen.

Die nächste Sitzung der Budgetkommission findet Sonnabend 10 Uhr statt mit der Tagesordnung: Reichamt des Innern. Die Lokalinspektion der Grundstücke für das Kolonialamt soll Dienstag um 11 Uhr erfolgen.

Der Boeren-Krieg.

Ueber die holländische Friedensintervention

liegen auch heute nähere Mitteilungen nicht vor. Dagegen melden die Londoner Wäiter, daß der holländischen Regierung demnächst die Antwort des englischen Kabinetts überreicht werden dürfte:

Der Entwurf einer Antwort auf die niederländische Note ist von einem Austausch des Kabinetts geblüht und eine Abschrift desselben an den englischen Gesandten in Haag abgeschickt worden. Dieser wird die Abschrift jedoch erst dann abgeben, wenn er telegraphisch dazu ermächtigt ist, nachdem die Note die formelle Genehmigung des Ministers erhalten hat, der sich am Freitag mit der Sache beschäftigen werde, erhalten haben wird, welchem alle zwanzig Kabinettsminister beiwohnen.

Der Boerengesandte Dr. Leyds hat sich einem Zeitungs-

korrespondenten gegenüber wie folgt geäußert: Die Ansicht, im Falle der Vermittlung Hollands müsse als selbstverständlich angenommen werden, daß die Boeren von ihrer Forderung absoluter Unabhängigkeit abgekommen seien, ist durchaus unbegründet. Die Serzilleistung auf unsere absolute Unabhängigkeit darf keinesfalls als Vorbedingung, als eine conditio sine qua non der Einleitung eventueller Verhandlungen aufgestellt werden. Diese Forderung würde die Ansicht auf

Bellegung des Konfliktes zerstören. Die Frage des Wahes der Unabhängigkeit gehört nicht zu den Vorverhandlungen. „Nehmt die englische Regierung die holländischen Eröffnungen a limine ab, so übernimmt sie vor der Welt und dem eigenen Volke die Verantwortung für die Fortdauer der Kriegsgrenze.“

Eine englische Schlapp.

„Standard“ meldet aus Pretoria vom 30. Januar: Die Abteilung des Obersten Wilson, 400 Mann stark, ist knapp dem Schicksal entgangen, von einer überlegenen Boerenabteilung am Wilgefluß abgegriffen zu werden. Als sie vor Tagesanbruch dort eintraf, wurden zweihundert Mann durch die dort befindliche Furt gesandt, um eine kleine Abteilung des Feindes zu verfolgen. Nachdem bei Tagesanbruch einige Boeren gefangen genommen waren, wurde die englische Vorhut plötzlich von allen Seiten vom Feinde, der neunhundert Mann stark war, umringt. Es gelang ihr, sich nach der Furt durchzuschlagen. Als sie jedoch dieselbe passieren wollte, fand sie sich abgegriffen und es gelang ihr nur durch einen Vorstoß, sich mit der Hauptabteilung wieder zu vereinigen. Die ganze Abteilung zog sich hierauf, von Hügel zu Hügel weiterkämpfend, auf Frankfort zurück.

Die englischen Verluste müssen, trotzdem aber gerade weil man sich wieder einmal über sie ausschweigt, auch so schwere gewesen sein.

Die Verlustlisten melden, daß bei Abrahamkraal in der Nähe von Kofffontein am 28. d. Mts. vom Suffez-Regiment Oberst Dumoulin und acht Mann gefallen sind und sieben Mann verwundet wurden.

Englische Truppenverhärkungen.

Das Kriegsamt ordnete die Einschiffung weiterer 8000 Mann meist britischer Truppen nach Südafrika im Monat Februar an. Im Januar gingen über 7000 neuer Mannschaften nach Kapstadt ab.

Partei-Nachrichten.

Zur Vorbereitung des diesjährigen Parteitags, der bekanntlich in München stattfindet, haben die dortigen Parteigenossen bereits eine neungliedrige Kommission bestellt.

Der Sieg unserer Parteigenossen in Delmenhorst ist umso höher anzuschlagen, als er bei einer Wahlbeteiligung von ungefähr 80 Proz. errungen wurde. Die sozialdemokratische Liste wurde mit einer Mehrheit von durchschnittlich 140 Stimmen gewählt. Von den zehn Gewählten gehören übrigens zwei den dortigen katholischen Arbeitervereinen an, mit denen ein Kompromiß geschlossen war. Wie es danach mit der Majorität im Gemeinderat steht, giebt das odenburgische Parteiblatt nicht an.

Die sozialdemokratische Partei Ungarns hält ihren diesjährigen Parteitag während der Osterferienzeit in Budapest ab. Außer den geschäftlichen Angelegenheiten stehen auf der Tagesordnung, der Kampf um das allgemeine Wahlrecht, das Parteiprogramm, Stellungnahme zur Wirtschaftspolitik des Landes, die Arbeitslosigkeit und schließlich das Rechtsverhältnis der landwirtschaftlichen Bevölkerung.

Aus Industrie und Handel.

Ein agrarischer Getreidespekulant. Herr Professor Ruhland stellt seinen in der Spekulation an der Chicagoer Getreidebörse dazugefallenen Mitarbeiter Georg Phillips in der neuesten Nummer des „Getreidemarkt“ als stolze verurteilte Mißthäter hin, der einem wohl angelegten Anschlag seiner Gegner zum Opfer gefallen ist. Der „Getreidemarkt“ berichtet über das Mißgeschick seines Mitarbeiters folgendes:

Am Sonnabend, den 11. Januar 1902, versendet eine bekannte Kommissionsfirma in Chicago an ihre Kunden das alarmierende und thatfächlich unwahre Telegramm, „es müßten 10 Cents Nachschiffe per Bushel eingezahlt werden.“ Bis Montag, den 13. Januar, war dieses Telegramm aller Welt in Chicago bekannt und mit ihm verbreitete sich das Gerücht, Phillips sei in Zahlungsschwierigkeiten gekommen. Nur Phillips weiß von alledem am Montag zunächst nichts und tritt deshalb auch noch auf dem Roggenmarkt als Käufer auf. Als nun infolge der starken Blau-Abgaben auf dem Roggenmarkt namentlich die Preise zu weichen beginnen, telegraphieren alle andern Kommissionshäuser in Chicago, mit Ausnahme von Phillips, an ihre Kunden, ihre Roggenengagemente zu verkaufen. Dem damit inentenerten allgemeinen Käufermarkt gegenüber war Phillips allein als Abnehmer zu schwach. Die Roggenpreise fielen um 3 Cents pro Bushel. Jetzt erst, nämlich am Montag, den 13. Januar, abends, verlangt die Liquidationskommission in Chicago für Roggen allgemein einen Einbruch von 10 Cents per Bushel. Phillips hat zunächst alle diese Nachschufforderungen glatt bezahlt. Seine Firma war am Montagabend noch vollkommen zahlungsfähig. Um seine Zahlungsmittelhaftigkeit zu beweisen, wurden nun nach Schluß der Bourse von Phillips, wie die uns vorliegenden direkten Berichte lauten: „ganz ungewöhnlich hohe Einzahlungen“ auch für alle seine andern Engagements in Weizen, Mais und Gaser eingefordert, die jetzt allerdings die disponiblen Mittel der Firma erschöpften. Und da Phillips in der Nacht sich mit seinen Auftraggebern nicht in Verbindung setzen konnte, um von ihnen die entsprechenden Einzahlungen zu erheben, und insbesondere auch wohl in der richtigen Einschätzung des für ihn thatfächlich gegebenen Kriegszustandes, stellte die Firma am Dienstag, den 14. Januar, früh ihre Zahlungen ein. Grohe, von verschiedenen Firmen zur Verfügung gestellte Geldsummen lehnte Phillips ab. Bei der jetzt nach Beginn der Börse erfolgten Zwangsliquidation der Phillips'schen Engagements fielen die Roggenpreise zum Beispiel um 6 Cents per Bushel. Bei diesem tiefen Preisstand trat Armour als Käufer auf. Bis zum Schluß der Börsenstunde hatten sich die Roggenpreise wieder um 5 Cents gebessert, so daß also Armour sofort wieder 5 Cents per Bushel gewonnen hatte, die Phillips natürlich zur Last geschriben wurden. Die europäischen Börsentelegramme nennen das „eine Unterstüßung des Marktes durch Armour“. Die uns vorliegenden direkten Berichte aus Chicago, die — wie wir ausdrücklich bemerken — nicht von Phillips stammen, betonen noch speciell, daß Phillips als Kommissionär nur die Geschäfte seiner Auftraggeber angeführt habe und nur deshalb zur Zahlungsbereinstellung gekommen sei, weil es seinen organisierten Gegnern mit Hilfe all jener Fallstricke, aus denen die Missionen der Getreide-Terminbörsen zusammengesetzt sind, gelungen wäre, ganz ungewöhnlich große Nachschiffe zu einer Zeit von ihm zu verlangen, in welcher er dieselben von seinen Auftraggebern nicht einzufordern in der Lage war.

Aus der Darstellung geht nur soviel hervor, daß Phillips auf eigene Rechnung starke Haussie-Engagements einging oder aber seine Auftraggeber dazu verleitete. Handelte es sich um Aufträge zahlungsfähiger Käufer, für die ein solches Geschäft nur Aufträge übernehmen wird, so war die Firma Phillips nicht gefährdet, es sei denn, daß sie durch den Kontrast die Verteilung zu urchigen Spekulationen denken wollte. Die Angelegenheit erscheint nach dem „Getreidemarkt“ nicht im milderen Licht, sondern verschlimmert sich, denn schließlich sollte doch Herr Ruhland überhaupt gegen diese rege Spekulation an der Börse Front machen, mit der Begründung bekämpft er doch den Terminhandel in Deutschland, oder wird den Hausspekulanten von den agrarischen Hohenpriestern von nomidern Absolution erteilt?

Das Feinblech-Syndikat. Wie berichtet wird, haben die in Köln gepflogenen Beratungen der Vertreter von 40 Feinblech-Walzwerken aus Rheinland und Westfalen, Süddeutschland und Oberschlesien mit dem Ergebnis geendet, daß sämtliche anwesenden Vertreter sich verpflichteten, dem geplanten Deutschen Feinblechverbande beizutreten. Einige Lehne Werke stehen noch zurück, indes kann das Syndikat als gesichert angesehen werden.

Sociales.

Zur Auslegung des Gewerbegerichts-Gesetzes.

Ein von den Arbeitern schwer empfundener Mangel des alten Gewerbegerichts-Gesetzes war der Umstand, daß die Errichtung von Gewerbegerichten so gut wie vollständig dem Gutdünken der Behörden, in erster Linie der Ortsbehörden, überlassen war. Die Erfahrung hat gezeigt, daß diese Behörden meist sehr wenig geneigt waren, den Arbeitern die Wohlthat einer schnellen und billigen Rechtsprechung zu teil werden zu lassen, einer Rechtsprechung, an der die Arbeiter selbst durch ihre Vertrauensleute teilnehmen können und die damit einen wesentlichen Fortschritt unserer Rechtsprechung darstellt. Deshalb gehörte es zu den wesentlichsten Forderungen für die Revision des Gesetzes, die Errichtung solcher Gerichte obligatorisch zu machen. Dies wurde von der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags mehrfach beantragt und der Antrag lag auch den letzten Beratungen des Reichstags über den Gegenstand im Januar 1901 zu Grunde. Das Centrum wollte, obwohl es die Notwendigkeit einer Verneuerung der Gewerbegerichte anerkannte, nicht ganz so weit gehen und beantragte deshalb, Gewerbegerichte in allen Orten mit mehr als 20000 Einwohnern zu errichten. Beide Anträge wurden dann einer Kommission überwiesen und diese stimmte schließlich dem Centrumsantrage zu. Statt des Wortes „in“ wurde dann das Wort „für“ gesetzt. Dies geschah auf besonderen Wunsch des Vertreters der sächsischen Regierung, den dieser in der Kommission ausdrückte. Er machte geltend, daß es dadurch möglich werde, Orte mit mehr als 20000 Einwohnern, in denen sich aus besonderen Gründen die Errichtung eines Gewerbegerichts nicht ermöglichen lasse, mit dem Gewerbegerichte eines Nachbarortes zu verbinden. Er führte auch das Beispiel des mit Dresden eng verwachsenen Ortes Löbtau an. Diesen Gründen stimmte die Kommission unbedenklich zu und es war um so weniger dagegen einzurücken, als sowohl der sächsische wie andre Regierungstreter ihre Sympathie mit der Absicht der Verneuerung der Gewerbegerichte zu erkennen gegeben hatten. Auch der Reichstag stimmte zu, nachdem insbesondere der Abgeordnete Trimborn für die Ersetzung des Wortes „in“ durch das Wort „für“ in der dritten Lesung dieselbe Erklärung gegeben, daß es sich nämlich nur darum handle, die Verbindung benachbarter Orte mit mehr als 20000 Einwohnern zu einem Gewerbegericht zu ermöglichen.

An einen Mißbrauch des harmlosen Wortes zu denken, gab die Sachlage keine Veranlassung. Um so erstaunlicher ist es, welche Auslegung das Gesetz jetzt seitens des preussischen Handelsministers findet. In einem Erlaß dieses Ministers zur Ausführung des Gewerbegerichts-Gesetzes*) heißt es:

„Ich hebe dabei hervor, daß für die Auslegung des § 2 des Gewerbegerichts-Gesetzes folgendes zu berücksichtigen ist: Durch die Fassung der Eingangsworte: „Für Gemeinden“ hat zum Ausdruck gebracht werden sollen, daß jede Gemeinde mit mehr als 20000 Einwohnern zu einem Gewerbegerichts-Bezirk gehören muß; in der Absicht des Gesetzgebers hat es also nicht gelegen, daß für jede derartige Gemeinde ein besonderes, auf den Bezirk dieser Gemeinde beschränktes Gewerbegericht zu errichten ist. Der Vorschrift ist auch genügt, wenn die sachliche Zuständigkeit eines bereits bestehenden Gewerbegerichts auf bestimmte Teile von Gewerbe- oder Fabrikbetrieben oder die örtliche Zuständigkeit auf bestimmte Teile eines solchen Gemeindebezirks beschränkt oder in dem Orte eine besondere Kammer oder ein Verg.-Gewerbegericht vorhanden ist.“

Es mag ein Mangel sein, daß die Möglichkeit der Beschränkung der sachlichen Zuständigkeit auf bestimmte Gewerbe-Arten oder der örtlichen Zuständigkeit auf bestimmte Ortsteile aus dem alten Gesetz in das neue übernommen wurde. Zu dem alten, das ja die Gewerbegerichte grundsätzlich fakultativ machte, mochte solche Bestimmung angebracht sein; in einem Gesetz, dessen Grundgedanke das Obligatorium des Gewerbegerichts für Orte von über 20000 Einwohnern ist, ist solche Beschränkung nicht mehr am Platze. Jedes würde das nicht allzu fühlbar werden bei lokaler Anwendung des Gesetzes; sehr bedenklich wird es aber sofort bei illohaler Auslegung. Es könnte dann die Errichtung eines Gewerbegerichts für irgend ein wenig zahlreiches Gewerbe, das vielleicht nur aller Jubeljahre einmal das Gericht in Anspruch nähme, als Erfüllung der Vorschrift des Gesetzes angesehen werden; das Gericht bestände, schliefe den Schlaf des Gerechten und die große Masse der gewerblichen Arbeiter wäre doch von seinen Wohlthaten ausgeschlossen. Muß man nicht solche illohalen Auslegung befürchten von einem Ministerium, daß die citierte Anweisung erlassen kann?

Es ist keinem Menschen eingefallen, das Vorhandensein eines Verg.-Gewerbegerichts als Erfüllung der Vorschrift anzusehen, daß für jeden Ort mit mehr als 20000 Einwohnern ein Gewerbegericht errichtet werden muß. Die Verg.-Gewerbegerichte sind bloß zuständig für Arbeiter des Vergewerbetriebes etc., nicht für die eigentlichen gewerblichen Arbeiter; sie sind überdies nur für weit-angelegte Bezirke, meist für ganze Vergewerbebezirke oder für ganze Staaten errichtet und werden nicht von den Gemeinden, sondern von den Landes-Centralbehörden errichtet. So könnte z. B., wenn die Auslegung des preussischen Handelsministers zulässig wäre, für den ganzen ober-schlesischen Industriebezirk die Vorschrift des § 2 als erfüllt gelten durch das Vorhandensein des Verg.-Gewerbegerichts in Weichen und die vielen Tausende anderer gewerblicher Arbeiter belämen kein Gewerbegericht. Das ist natürlich nicht die Absicht des Gesetzgebers gewesen, und wenn man in der Reichstagskommission an eine solche Auslegung hätte denken können, dann hätte man sicher nicht das Wort „in“ durch „für“ ersetzt. Die Zusammenziehung benachbarter Orte zu einem Gerichtsbezirk hätte sich durch eine Sondervorschrift erreichen lassen. Außerdem hätte man dann aber wahrscheinlich auch die Möglichkeit der örtlichen oder sachlichen Zuständigkeitsbeschränkung nach § 7 des Gesetzes beibehalten.

Einer Behörde, die sich solche merkwürdige Gesetzesauslegungen zu Schulden kommen läßt, wo noch dazu die Entstehungsgeschichte des Gesetzes so frisch in aller Gedächtnis ist, muß man die Möglichkeit solcher Ausdeutungen mit allen Mitteln eingeschränkt suchen.

Hoffentlich findet sich Gelegenheit, Herrn Müller an verantwortlicher Stelle über sein Verfahren zur Rede zu stellen.

Arbeitslosigkeit in der Schweiz. In der Stadt Zürich meldeten sich bis zum 7. Januar 554 Arbeitslose bei der betreffenden Kommission zur Unterstützung aus städtischen Mitteln. Bis Ende Dezember waren 783 Erwachsene und 802 Kinder, zusammen 1585 Personen unterstützt worden mit einer Summe von 11 531 Fr. Im Monat Dezember kamen beim städtischen Arbeitsamt bei 748 offenen Stellen und 2825 Arbeitsuchenden 31082 der letzteren auf je 100 offene Stellen, woraus man ersehen kann, wie weit die Zahl der bei der städtischen Kommission zur Unterstützung sich meldenden Arbeitslosen hinter der Gesamtzahl der Arbeitslosen zurückbleibt. Die Summe der bisher eingegangenen freiwilligen Beiträge zur

*) Siehe Ministerialblatt der Handels- und Gewerbeverwaltung, Nr. 1, 1902.

Unterstützung der Arbeitslosen beträgt nur 1345 Fr. — In Lausanne haben sich bei der zuständigen Anstalt 163 Arbeitslose gemeldet, wovon 113 verheiratet sind.

Gegen das Bleiweiß. Auch in Belgien ist eine Bewegung im Gange, welche sich gegen die Verwendung von Bleiweiß zu gewerblichen Zwecken wendet. Zahlreiche Versammlungen von Malern und andern Berufsarten sind anberaumt, um die Gesetzgebung zu veranlassen, die Verwendung von Bleiweiß zu verbieten.

Aus der Frauenbewegung.

Im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse las Montag, den 27. Januar, die Dichterin Klara Müller einige ihrer Gedichte aus der Sammlung: „Kote Kressen, sowie ein Bruchstück aus einem bisher noch unveröffentlichten Roman. Wie vielfach in ihren lyrischen Dichtungen, so steht auch hier das sociale Problem, die Klagen gegen die modernen Lebens im Mittelpunkt der Handlung. Klara Müllers lyrische Gedichte haben sich durch die Kraft und Echtheit des Ausdrucks, wie durch die Glut der Empfindung, die in ihnen lebt, längst einen hervorragenden Platz in der socialen Lyrik unserer Zeit erworben. Sie übten in dem eignen Vortrag der Dichterin auf die Proletarierinnen, aus denen Empfinden heraus sie geschaffen sind, eine tiefe und erhellende Wirkung. Mit glühendem Interesse folgten die Mädchen und Frauen den leidenschaftlichen Anklagen und den tiefen Sehnsuchtsklagen dieser Verse. Auch hier gewann man wieder einmal den klaren Eindruck, welche fortwährend agitatorische Kraft gerade der künstlerischen Form innewohnt, wo sie zum Ausdruck modernen, socialen Geistes wird.“

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Ein die organisierte Arbeiterschaft Berlin und der Vororte!

Um der Arbeiterschaft ein Mittel in die Hand zu geben, Kontrollen zu können, wo die Forderungen der Berliner Gewerkschaften erfüllt sind, führten letztere die gelbe Kontrollkarte ein. Arbeiter, Parteigenossen! Fragt bei Benutzung von Bardiergeschäften nach der Karte, laßt Euch nicht auf andre Legitimationen ein, denn nur die gelbe Karte ist der Ausweis, daß die Forderungen innegehalten werden.

Die Lohnkommission der Barbiers.

J. A.: Paul Lier, Klerikstraße 64.

Stetig. Bei der bleigehaltigen Gewerkschaftskommission gingen für die ausgeperrten Glasarbeiter durch Julius Zander, Ueberläufer der Bierprojente Werksche Wacker u. Pösch, Gr. Schierstraße, 14,00 M. ein. Die Gewerkschaftskommission stetig u. Umgegend.

Deutsches Reich.

Wegen Verletzung von Arbeitswilligen verhandelte kürzlich das Landgericht in Stettin gegen einen Stuccateur, einen Maler und einen Zimmermann. Der Gerichtshof erkannte gegen den Stuccateur auf einen Monat, gegen die beiden andern Angeklagten auf eine Woche Gefängnis.

Auf die Finger geklopft hat das Schöffengericht in Harburg dem Schmiedemeister Ehrhorn, der einigen Gesellen einen Entlassungsschein gegebend, der geeignet war, ihnen in ihrem Fortkommen zu hindern. Auf dem Entlassungsschein waren mehrere Rubriken vorgebracht und es bestand in der Zeitung eine Vereinbarung, daß der Name nicht zu empfehlender Gesellen auf die letzte Rubrik geschrieben werden solle. Das hatte Ehrhorn dem auch gethan, ohne Rücksicht darauf, daß eine solche Kennzeichnung in der Gewerbe-Ordnung verboten ist. Das Gericht verurteilte den Gesetzesverletzer zu der milden Strafe von — 30 Mark. — Einer der Gesellen hat waghalsig vergeblich nach Arbeit gesucht und ist um weit mehr als 30 M. geschädigt worden. Die Arbeiter würden gut thun, in solchen Fällen auch Civilklage auf Grund des § 823 des Bürgerlichen Gesetzbuchs einzulegen. Dieser Paragraph verurteilt denjenigen zu Schadensersatz, der gegen ein den Schutz eines andern bezweckendes Gesetz verstößt. Es ist wohl nicht zweifelhaft, daß der § 113 der Gewerbe-Ordnung zum Schutze der Arbeiter gegen rachsüchtige Unternehmer geschaffen ist.

Die Germania-Werft in Kiel hat nach Mitteilungen ihres Magdeburger Bruderblatts thatfächlich durch eigene Annoncen und eigene Schriftsteller Arbeitslose verlost, die unnütze Reisen nach Kiel anzutreten. Auf die in Magdeburger bürgerlichen Blättern erschienenen diebezüglichen Annoncen meldete sich ein Arbeiter schriftlich und bekam — nicht etwa von einem Agenten, sondern von der Werftverwaltung selbst — folgende klassische Antwort:

Schiff- und Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft

„Germania“

Berlin und Kiel.

A. J. Nr. 8458.

Germania-Werft (Kiel), den . . Januar 1902.

Herrn

Magdeburg.

Antwort auf Schreiben vom . . d. Mts.

Verst.: Dienstverboten als Bleichschmied oder Schlosser.

Sie können bei uns Beschäftigung finden, vorausgesetzt, daß Sie gesund und rüstig sind und bei Ihrer persönlichen Vorstellung den Ansprüchen des einstellenden Meisters genügen.

Die Fahrtkosten Magdeburg—Kiel 4. Klasse vergüten wir Ihnen, nachdem Sie drei Monate auf unserer Werft gearbeitet haben.

Achtungsvoll

Schiff- und Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft

„Germania“

Trotz dieser wenig verlockenden Awerbdiensliste der Arbeiter schlemmte nach Kiel, fand aber keine Gnade vor den Augen des zuständigen Meisters und hatte nun das Recht, wieder auf seine eignen Kosten von Kiel nach Magdeburg zurückzufahren zu dürfen! — Einige Zeit darauf meldete sich noch ein anderer Magdeburger Arbeiter und bekam einen genau gleichen Brief. Gleichfalls hatte dieser zweite Briefempfänger von dem Schicksal des ersten erfahren und verzichtete infolgedessen auf das Risiko der losjähigen Reise. — Hoffentlich werden diese Reize dahin wirken, daß künftig keiner, der es nicht dazu hat, sich durch Annoncen der Werft zu einer leinewege bequemem und billigen Extratour 4. Klasse nach Kiel bestimmen läßt. —

Die Glasfabrikanten pfeifen auf die Geschlichkeit! Der § 113 der Gewerbe-Ordnung schreibt vor:

Den Arbeitgebern ist unterlag, die Zeugnisse mit Merkmalen zu versehen, welche den Zweck haben, den Arbeiter in einer aus dem Wortlaut des Zeugnisses nicht ersichtlichen Weise zu kennzeichnen.

Die Glasbläse in Hensburg hat nun einem Arbeiter einen Entlassungsschein ausgehändigt, in dem sich folgender Nachsatz befindet:

„Mit einer Unterbrechung von ca. 8 Wochen hat p. St. vom 13. März 1900 bei mir in Arbeit gestanden.“

Weshalb erwähnt man die Unterbrechung von 8 Wochen? Deshalb, weil diese Unterbrechung die Teilnahme des Betroffenen an dem Generalkonferenz der Glasarbeiter bedeutet! Am ihre Unternehmerrache zu wehnen, sprechen die Herren Glasbläse selbst vor Ungefährlichkeiten nicht zurück. Wird sich kein Staatsanwalt finden, der im öffentlichen Interesse gegen ein derartiges Verfahren einschreitet? Der § 113 der Gewerbe-Ordnung hat doch sicherlich denselben Anspruch auf Berücksichtigung wie der § 168!

Die Zahlreiche Miets des Glasarbeiter-Verbandes macht bekannt, daß der Streikbrecher Wilhelm Krause, geboren

6. Juni 1892 zu Kinteln, wegen Meineidsverdacht flüchtig ist. Derselbe hat in Kinteln während des Streiks mehrere Glasarbeiter zu Gefängnisstrafen, darunter einem zu 10 Monaten, verurteilt.

Verichtigung. Nicht um einen Streit in einer Gerberei, sondern um einen solchen in einer Färberei handelt es sich in unserer gestrigen Drohmelung aus Greiz.

Die Kasse München des Schneiderverbandes hat jetzt einen händlichen Beamten angestellt. — Da in München ein Konflikt wegen der Tariffrage droht, ist Zugang von Schneidern nach dort streng fernzuhalten.

Ausland.

Der Weberstreik zu Eschwege. Der Minister Kupfer hat sich beiden Parteien als Schlichter angeboten. Die Firma Van Esel hat aber das Angebot abgelehnt. Demnach wird also beabsichtigt, die angeordnete allgemeine Aussperrung am 1. Februar auszuführen. Es kommen dabei ca. 2000 Arbeiter in Betracht und mit deren Angehörigen werden 4000—5000 Personen davon betroffen werden.

Streik der dänischen Dampfschiff-Heizer. Thomas Conley und seine Kameraden sind nun nach England abgereist. Der englische Konsul in Kopenhagen hat ihnen jegliche Hilfe verweigert. Der Dänische Dampfschiff-Heizer-Verband hat für ihren Unterhalt gesorgt und die Heimreise für sie bezahlt. Sie haben in „Socialdemokraten“ ein Dankschreiben an die Kopenhagener Arbeiterschaft für das Entgegenkommen und die Hilfe, die ihnen erwiesen wurde, veröffentlicht.

Musik.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Will man recht erfahren, was innerhalb der Kunst weiteren Sinnes Handwerk ist, im Gegensatz zur Kunst engeren Sinnes, so giebt es nicht bald ein besseres Mittel dafür, als eine der typischen Operetten anzuhören. Die aus Wien kommenden sind dazu vornehmlich geeignet, nicht etwa weil Wien die Stadt der schlechtesten Operetten wäre, sondern weil es die der guten Operetten ist, und hinter diesen eben die Manufaktur der Dudenware einherzieht. Schon die Zweifelhafte der Ibertisten deutet dem Literaturlerker an, was weiß Gieße die Letzte sind; und die nachlässige Herausgabe dieser, die noch unter der vieler Opern steht, zeigt, was die Beteiligten selber von der Sache halten. Doch ihr Handwerk verstehen sie alle. Mit welcher Gewissenhaftigkeit ist da der Aufbau eines dramatischen Aufbaues — Inhalt gleichgültig — hergestellt; wie verstehen es die Leute, stimmungsvolle oder rauschende oder sonstwie schlagende Finales zu machen! Nur im letzten Akt pflegt diese Dramatik wie mit einer naturgesetzmäßigen Notwendigkeit zu stoen. Da stellt es sich denn auch heraus, daß diese oder jene Figur bisher noch nicht genügend solistisch bedacht ist, und man fällt nun den toten Gang nach mit Arien oder Couplets aus, wie z. B. dem: „Dünn, dünn war die Leopoldin!“ Und nun die Musik! Zum Heulen schön, zum Weinen schmachend, zum Lächeln rhythmisch, zum Auswendiglernen abgegriffen. Das Publikum ist aber auch danach. Es wiehert die traurigen Komiker an, es weidet sich an den Aufzügen der als Kadetten oder sonstige angelegenen Chorfloranten. Eines noch bleibt als Lichtbild: die schauspielerische Kunst, die da meistens einfallt wird — natürlich von dem lächerlichen Singen abgesehen.

Damit wäre dem ungefähr gesagt, was sich über E. M. Zieher's Operette „Die drei Wünsche“ sagen läßt, die vorgestern (Donnerstag) im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater premié und entsprechend prämiert wurde. Herr Zieher, in Wien als Dirigent einer Musikkapelle wohl bekannt und beliebt, in Berlin seit kurzem ob seiner „Landstreicher“ beachtet, vertritt sein Handwerk ebenfalls. Einige Nummern, wie das Lied „Schön Grottelein“ und das erste Finale könnten sogar mit künstlerischen Leistungen verwechselt werden.

Den Vätern der Friedrich-Wilhelm-Stadt unsere Reverenz! Herr Edmund Hanno als „Theaterdirektor“ Hummel, Anführer einer richtigen Schmierbande, die da und dort ihre Schicksale findet, so gar in Philisterkleidung, war auch in seinem Spiel der Oberste dieser Truppe. Er hatte neben sich einen „Star“ (ein Gedächtnis, welches das Publikum heranzieht, den Direktor ansieht, und möglichst wenig anzieht). Anna Calice gab den Star mit gewandtem Spiel und weniger schlechtem Gesang, als bei den meisten übrigen üblich ist. Freunde der Sangeskunst konnten an dem Gesang des hellen, schmächtigeren Tenors von Gustav Rattan gegen den dunklen, breitschultrigen Tenor von Siegmund Steiner ihr Interesse finden. Manche andre Mitwirkende thaten ebenfalls Gutes. Die Regie des Herrn Direktors Julius Frijsche war jedenfalls ein gut Stück Arbeit; mehr wohl nicht.

Luftig wäre das alles immerhin — wenn's nicht Raum und Zeit und Aufmerksamkeit für künstlerisch Belangvolleres wegnähme. In solchem fehlt's ja auch heute nicht; es brauchte nur zur Geltung kommen. —

Gerihts-Beitrag.

Berliner Polizeizustände. Wie ein eifriger Schymann wirkt, das enthält eine Verhandlung, die gestern vor dem höchsten Schöffengericht stattfand. Die wegen Verleumdung eines Schymanns angeklagte Vertha K. ist die Schwester eines hiesigen Regierungsbeamten, die aus Reuthtin zur Laufe des jüngsten Kindes ihres Bruders hierher gekommen war. Am 16. Oktober erhielt das Dienstmädchen des letzteren den Auftrag, das vier Monate alte Kind im Kinderwagen auf dem Mariannenplatz spazieren zu fahren. Ihr wurden auch noch drei andre junge Kinder ihrer Dienstherren anvertraut. Die Angeklagte schloß sich dem Spaziergange an. Auf dem Wege nach der Thomastirche fuhr das Dienstmädchen unvorschriftsmäßig mit einem Teile des Wagens auf der Granitplatte des Bürgersteiges statt auf dem daneben befindlichen Sandwege, und so wurde sie denn von dem Schymann Bauer in strengem Tone aufgefordert, „scharf rechts“ zu fahren. Das Mädchen behauptet, daß sie das nicht sofort gefonnt habe, da die ihr zur Seite gehenden Kinder sie an der Schritze gehalten hätten. Dem Schymann dauerte die Befolgung seines Befehls zu lange, er drohte dem Mädchen, das ihm renitent zu sein läien, sie zu sistieren, und forderte von ihr den polizeilichen Erlaubnisschein für den Kinderwagen. Einen solchen hatte das Mädchen freilich nicht bei sich, sie will jedoch ihren Namen und den Namen und Wohnung ihrer Dienstherren genannt haben. „Dann müssen Sie mit zur Wache!“ erklärte der Schymann. Das Mädchen protestierte. Sie meinte, sie habe doch nichts getan, was den Schymann berechtige, sie wie eine gemeine Verbrecherin zur Wache zu schleppen, sie behauptete, daß sie die ihr anvertrauten Kinder nicht verlassen dürfe, die Angeklagte legte sich ins Mittel, indem sie sich als Kante der Kinder bezeugte — alles Parlamentieren war aber vergeblich. Das Mädchen sollte zur Wache gebracht werden, leistete aber passiven Widerstand, indem sie ruhig am Kinderwagen stehen blieb und die linke Hand am Griffe desselben hielt. Nunmehr kam es zu einer erregten Scene, die bald eine große Menschenmenge herbeilodete; aus letzterer sollen schlimme Bemerkungen gegen den Schymann gefallen sein. Dieser verjagte das Mädchen mit solcher Gewalt vom Kinderwagen zu reihen, daß der Wagen fast umgefallen wäre und der Säugling in Gefahr schwebte, herauszufallen. Ein Mann aus dem Publikum sprang noch rechtzeitig hinzu und hielt den Wagen fest. Das Dienstmädchen behauptet, daß sie von dem Kopfen des Schymannes rote und blaue Flecke am Arm davongetragen habe. Die in der Begleitung des Mädchens befindlichen drei Kinder waren durch den ganzen Vorgang sehr erschreckt, der älteste fünfjährige Junge lief weinend fort und wäre beinahe überfahren worden. Während dieser Scene, die einen großen Anlauf verursachte, kam der Polizeileutnant v. Carnap hinzu, auch er war der Meinung, daß das Mädchen mangels einer Legitimation dem Schymann zur Wache folgen müsse, und hatte nichts dawider, daß die Angeklagte mitging. So zog denn das Mädchen mit dem Kinder-

wagen, den beiden noch zurückgebliebenen Kindern und der Angeklagten nach dem zuständigen Polizeirevier, begleitet von einer großen Menschenmenge. Schymann Bauer behauptet nun, daß die Angeklagte auf dem Wege zur Wache die Worte „Unerbittliche Frechheit“ und „frecher Kerl“ in Bezug auf ihn gebraucht habe. Die Angeklagte bestritt dies und es traten zwei Zeugen auf, die bezeugten, daß nicht die Angeklagte, sondern das Dienstmädchen von „Frechheit“ und dergl. gesprochen habe, ähnliche Worte auch aus der Mitte des Publikums gefallen seien. Dagegen bekundete Polizeileutnant v. Carnap auf das bestimmteste, aus dem Munde der Angeklagten die Worte „frecher Kerl“ gehört zu haben. Der Vorsitzende konstatierte, daß bis zum Termin diese Worte in den Akten nicht vorgekommen seien. Nach der Ansicht der Polizeibeamten ist das Dienstmädchen absichtlich den Anordnungen des Schymanns nicht nachgekommen. — Der Staatsanwalt beantragte, die Angeklagte wegen Verleumdung mit 10 M. Geldstrafe zu bestrafen. — Rechtsanwalt Grünfeld beantragte dagegen die Freisprechung, da er der Meinung war, daß bei dem Polizeileutnant infolge der Erregtheit, die bei dem ganzen Vorfall herrschte, immerhin eine Personenverwechslung vorliegen könne. — Der Gerichtshof hielt die von Schymann behauptete Verleumdung nicht für erwiesen, die Angeklagte aber wegen der vom Polizeileutnant bekundeten Verleumdung für strafbar. Die Strafe wurde nur auf 3 M. bemessen. Der Gerichtshof war der Meinung, daß die Angeklagte sich in erklärlicher Erregung befunden habe. Das Vorgehen des Schymanns hätte viel milder ausfallen können, bei der geringfügigen Uebertretung, die vorlag, wäre ein Wegfahren zur Wache wohl zu vermeiden gewesen und die unbedeutende Verletzung des Mädchens stehe in gar keinem Verhältnis zu dem aufgetriebenen Apparat und den aus der ganzen Situation erwachsenen Gefahren für den Säugling.

Rettung der Stillschkeit. Wegen Verbreitung einer unzüchtigen Schrift stand gestern der Redacteur des „Kögler“, Karl Schmidt, vor der 7. Strafkammer des Landesgerichts I. Der Angeklagte hatte im „Kögler“ eine Novelle „Die Liebeslehrerin“ zum Abdruck gebracht, die er über Jahr und Tag vorher im „Spottvogel“ veröffentlicht hatte. Damals war sie völlig unbearbeitet geblieben, und diesen Umstand machte der Angeklagte zum Beweise dafür geltend, daß ihm subjektiv das Bewußtsein der Strafbarkeit gefehlt habe. Er beantragte auch die Vorladung des Herrn v. Wolzogen und des Herrn v. Dumpe, Uebersetzers von Hauptmann, als Sachverständige über den Charakter der Novelle. Der Gerichtshof lehnte diesen Antrag ab; er hielt die Novelle für unzüchtig und verurteilte den Angeklagten zu 4 Wochen Gefängnis.

Zu dem Prozeß Fuhrmann und Genossen wurden gestern die Vernehmungen der Angeklagten über die einzelnen Diebstahlsfälle fortgesetzt. Auf der Anklagebank herrschte gestern eine etwas größere Erregung, denn es kam zur Sprache, daß einer der Angeklagten „gepiffen“ hatte und zwei von ihnen besonders viele Mitschuldige des Diebstahls und der Hehlerei beschuldigt hatten. Letztere behaupteten, daß dies der Wahrheit zuwider und nur zu dem Zweck geschehen sei, damit sich die „Geister“ eine möglichst milde Strafe sichern. Darüber kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen und zwei Angeklagte schienen nicht abel Lust zu haben, mit gehaltenen Fäusten auf einander los zu schießen. Ganz interessant waren die Ausführungen, die Kriminalkommissar Weich gestern über den Nachwächendienst unter den Verbrechern und die verschiedenen „Juden“ gab, die sie anwenden, wenn sie bei ihrer Vorführung aus der Haft im Kriminalkommissariat zusammenzutreffen. Da hat alles seine besondere Bedeutung; die auf den Akten gelegten Hände, eine vor dem Leib gebaltene Faust, eine in die Seite gestemmte Hand, eine besondere Stellung des Beines. Aus diesen Zeichen stellt der Komplotte sofort, ob der andre geflohen oder leugnen will, ob er versuchen will zu „schönen“, d. h. auszureißen u. dgl. m. Wie Kriminalkommissar Weich bekundete, haben zwei Angeklagte bei einem solchen Zusammenreffen eine derartige Präsenzprobe mit solcher Schamlosigkeit und Virtuosität gesprochen, daß er energisch einschreiten mußte. Aus der gestrigen Sitzung ist noch nichts zu melden. Am Sonnabend wird mit der Vernehmung der Hehler begonnen werden.

Interns der Polizeiwache in Spandau bilden den Gegenstand einer Verhandlung, die gestern vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II ihren Anfang nahm. Angeklagt sind der Müller G r y g a und P i e p e r, der verortswortliche Redacteur des in Spandau erscheinenden Parteiorgans „L a t e r n e“. Gryga ist seiner Anklage nach am 21. Juni 1900 auf der Spandauer Polizeiwache von mehreren Beamten schwer mißhandelt worden. Er ist bereits aus diesem Anlaß wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt verurteilt, denn, wie das in solchen Fällen oft zu geschehen pflegt, bestritten die betreffenden Beamten jede Mißhandlung und behaupten, daß Gryga sich der Sitierung widersetzt habe. Gryga ist jetzt beurlaubt, die Polizeibeamten in einer Anzeige an die Staatsanwaltschaft wesentlich falsch beschuldigt zu haben, während Pieper, der den fraglichen Vorfall in der „Laternen“ veröffentlichte, der Beamtenverleumdung angeklagt ist. Die Angeklagten haben einen umfangreichen Wahrheitsbeweis angetreten. In diesem Zweck sind 88 Zeugen, darunter auch der Oberbürgermeister von Spandau, geladen. Ueber den Verlauf der Verhandlung, die voranschreitlich die Montagabend dauern dürfte, werden wir später berichten.

Die Angelegenheit des Studenten Walter Fischer aus Offenach, der bekanntlich seine Geliebte getödet hat, beschäftigte gestern das Reichsgericht. Das Schwurgericht in Göttingen hat Fischer am 4. Dezember v. J. zwar von der Anklage des Mordes freigesprochen, aber wegen Totschlag zu zehn Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt. Auf die Revision des Angeklagten hob gestern das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Schwurgericht in Weimar. Als begründet erwies sich eine prozesuale Beschwerde. In der Hauptverhandlung hatte der Verteidiger dem medizinischen Sachverständigen Medizinalrat Dr. W. aus Offenach eine Frage über den Gesundheitszustand des Vaters des Angeklagten vorlegen wollen, da er die Absicht hatte, nachzuweisen, daß der Angeklagte erblich belastet sei. Dr. W. hatte die Verantwortung einer solchen Frage abgelehnt, da er nach § 528 der Straf-Prozess-Ordnung in Anwendung desjenigen, was ihm in Ausübung seines Berufes anvertraut sei, Verschwiegenheit üben müsse. Der Schwurgerichtshof hatte dann beschloffen, daß dem Sachverständigen nach dieser Richtung hin keine Fragen vorzulegen seien. Darin nun, daß der Angeklagte vor Erlass dieses Gerichtsbeschlusses nicht gehört worden ist, hat das Reichsgericht eine Beschränkung der Verteidigung erblidigt, auf der möglicherweise das Urteil beruht.

Verksammlungen.

Der Wahlverein für den fünften Reichstags-Wahlkreis hielt am Donnerstag in Puch's Lokal eine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Bucht erstattete den Geschäftsbericht, in welchem er bemerkte, daß in den am 9. Januar abgehaltenen Abteilungs-Versammlungen die Bezirks- und Abteilungsleiter aufgestellt worden sind. Es sollen in allen Gruppen, soweit es noch nicht geschehen ist, Zahlstellen eingerichtet werden. Der Verein hat jetzt 700 Mitglieder. — Den Kassenbericht für das vierte Quartal erstattete an Stelle des erkrankten Kassierers Hermann dessen Stellvertreter Zapfe. Die Einnahmen betragen 1500,00 M., die Ausgaben 1283,20 M., bleibt ein Bestand von 216,80 M. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer einstimmig entlassen. — Als Abteilungsleiter wurden folgende Genossen bestatigt: 1. Abteilung Fahrtensohn, 2. Abteilung Roth, 3. Abteilung Keller, 4. Abteilung Carthe, 5. Abteilung Weidauer, 6. Abteilung Rud., 7. Abteilung Wiese. Unter „Vereinsangelegenheiten“ führte der Vorsitzende aus, ein Bericht der Veritasenleute und der Kommissionsmitglieder könne nicht gegeben werden, da dieselben mit Ausnahme der Preßkommission von den Vertretern der andren Kreise nicht anerkannt und zu den Sitzungen nicht eingeladen werden. Der Vorsitzende sowohl wie die nachfolgenden Redner gaben der Meinung Ausdruck, daß sich die Genossen des fünften Wahlkreises dadurch

nicht irre machen lassen würden. Sie könnten warten bis die Vertreter der übrigen Kreise zu der Ueberzeugung kommen, daß es in der jetzt beliebten Weise nicht weitergeht. Wenn Fragen von Bedeutung zu erledigen sind, müsse man die Vertreter des fünften Kreises doch berücksichtigen. Die Gegner der Neuorganisation haben sich der Mehrheit gefügt, der Kreis sei in sich einig und könne der weiteren Entwicklung der Dinge ruhig entgegensehen. Die Versammlung stimmte dem Vorstand darin bei, daß in dieser Angelegenheit keinerlei Schritte zu unternehmen seien. — Friedländer beantragte den Ausschluß des Mitgliedes Karl Krämer, weil dieser eine Versammlung christlicher Gewerkschaften einberufen und geleitet hat, in der die Socialdemokratie in unerbörter Weise beschimpft und verleumdet wurde. In der Besprechung dieses Antrages wurde ausdrücklich betont, daß man Krämer nicht etwa die Einberufung jener Versammlung, die für die Proportionalwahl zum Gewerbegericht Propaganda machte, zum Vorwurf mache, denn für die Proportionalwahl seien auch unsere Genossen. Der Antrag werde nur damit begründet, daß Krämer als Leiter jener Versammlung es ohne Widerspruch duldet, daß die Socialdemokratie, deren Organisation er angehöret, in der gemeinsten Weise verleumdet wurde. Der Antrag Friedländer wurde dem Vorstande überwiesen, ebenso ein von Streiter gestellter Antrag, das Mitglied Hoffmann aus der Liste zu streichen. Hierauf entstand noch eine längere Besprechung über die Ausführung der Arbeitslorenzählung.

Grünau. Am Sonntag, den 26. Januar, fand hier in Duchsaffours Saal eine öffentliche Volksversammlung statt. Dieselbe war sehr zahlreich, zum Teil auch von Genossen besucht, so daß der geräumige Saal bis auf den letzten Platz gefüllt war. Anwesend waren auch verschiedene Gemeindevertreter des Ortes. Seit mehr denn 2 Jahren war es uns nicht möglich, einen Saal zu Versammlungen zu erhalten. In dieser Versammlung sollte Stellung genommen werden zu den im März stattfindenden Gemeinderatswahlen. Genosse Zubeil hatte das Referat über die Bedeutung der Kommunalwahlen übernommen. Reicher Beifall lobte den Referenten für seine trefflichen Ausführungen. Eine Diskussion wurde nicht beliebt; auch seitens der anwesenden Gegner trotz mehrfacher Aufforderung nicht das Wort ergriffen. Als Kandidat der Socialdemokratie wurde für die Gemeinderatswahl Genosse Hermann Wustrow proklamirt; das Wahlkomitee besteht aus den Genossen Poltzien, Gallajch und Mies. Am Schluß der Versammlung nahm Genosse Juchel nochmals das Wort, um als Vertreter des Kreises ein Bild zu geben über die Verhandlungen des Reichstags im Reichstagsgebäude. Auch bei diesen Ausführungen fand er lebhaften Zuspruch. Sodann schloß der Vorsitzende die impotante Versammlung.

Reichstags- Stichwahl in Schaumburg-Lippe.

Bückeburg, 31. Januar. (Privat-Depesche.) In der heute stattgefundenen Reichstags-Stichwahl im Reichstags-Wahlkreis Schaumburg-Lippe erhielten Arbeiter Demmig (fr. Sp.) 2923, Graf Reventlow (Ant.) 1989 Stimmen.

Dieses offenbar unvollständige Resultat wird ergänzt durch folgendes Wolff'sches Telegamm:

Bückeburg, 31. Januar. Bei der heutigen Reichstags-Stichwahl erhielten nach vorläufiger Feststellung Demmig (fr. Sp.) 4541 und Graf Reventlow (deutsch-social) 3446 Stimmen.

Demnach ist der Gegner des Brotwuchers mit großer Majorität gewählt.

In der Reichstags-Ergebniswahl am 23. d. M. wurden für den Kandidaten der freien Willigen Volkspartei Demmig 3064, für den Kandidaten und Kandidaten des Bundes der Landwirte Graf Reventlow 3016 und für Reichenbach (Soz.) 1634 Stimmen abgegeben. Gespaltet waren 51 Stimmen.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Zustizwucher.

Dresden, 31. Januar. (Privat-Depesche des „Vorwärts“.) Der Landtag erhöhte die Gerichtsgelühnen um 25 Proz. Der jährliche Mehrertrag beträgt eine Million. (Das Recht wird teurer, dafür hat man auf die Grundsteuer der Rollenden verzichtet!)

Unterhaus.

London, 31. Januar. (W. T. W.) Der Staatssekretär des Krieges Brodrick bringt den Nachtragsetat für die Heeresverwaltung in Höhe von 5 Millionen Pfund ein und erklärt, im Etatsjahr 1900/1901 betragen die Kriegskosten 63 Millionen Pfund Sterling, im Etatsjahr 1901/1902 würden die Kosten 61 Millionen betragen. Einen Teil des Jahres hindurch zählte das Kriegsheer in Südafrika 250000 Mann, am 1. Januar dieses Jahres 237000 Mann. Im Durchschnitt wurden monatlich 24000 Pferde gekauft. Mit dem Troß betrug die Gesamtwahl der dem Kriegsheere angehörenden 250000. Die Regierung mußte durchschneiden 208000 Pferde und Maulthiere, 30000 Oesen, 27000 gelandene Boeren und 150000 Köpfe der Boerenbevölkerung unterhalten. Die monatlichen Ausgaben haben sich von 5/2 auf 4/2 Millionen vermindert.

Hamburg, 31. Januar. (W. T. W.) Nach einer Meldung aus Lütjenburg ist es dort gelungen, mit einem Apparat nach dem System Staby-Arco nach Esbjerg an der Westküste von Dänemark, d. h. auf eine Entfernung von 220 Kilometer drahtlos zu telegraphieren.

Düsseldorf, 31. Januar. (W. T. W.) Am Erweiterungsbau der städtischen Kunsthalle stürzte heute ein Gerüst ein, wodurch fünf Maurer zum Teil schwere Verletzungen erlitten.

Koblenz, 31. Januar. (W. T. W.) Rechnungsrat G e h m e r vom Provinzial-Schulkollegium ist an das Ministerium nach Berlin berufen worden.

Frankfurt a. M., 31. Januar. (W. T. W.) Heute hat sich ein furchtbares Unglück auf der Strecke der Main-Redarbnah umweit der Stadt ereignet. In der Nähe der Station Louisa waren sieben Strecken-Arbeiter auf dem Bahndamm mit Reparatur der Geleise beschäftigt und merkten das Herankommen des Personenzuges von Darmstadt nicht, der um 9 Uhr 55 Minuten morgens hier einlief. Der Personenzug fuhr mitten zwischen die Arbeiter; der 62 Jahre alte Streckenarbeiter Peiz aus Egelsbach und der 50jährige Güterarbeiter Verber aus Langen wurden überfahren und zermalm. Der Zug hielt, die Leichen wurden aus den Wägen hervorgeholt, die andren Streckenarbeiter kamen mit dem Schrecken davon. Daß die Arbeiter und besonders der Vorarbeiter das Herankommen des Zuges auf der schurgetaden Bahnlinie nicht bemerkten, ist unbegreiflich!

Frankfurt a. M., 31. Januar. (W. T. W.) Der „Frankf. Bzg.“ wird aus Wien depeschirt: Das Ministerium des Innern entlich eine Warnung vor der Arbeitsuche in Deutschland, wo die industrielle Notlage die industriellen Arbeiter zur Landwirtschaft zurückzelenkt habe.

Leipzig, 31. Januar. (W. T. W.) Auf die Revision der Angeklagten und des Nebenklägers hob das Reichsgericht das Urteil des Landesgerichts Potsdam vom 24. Mai v. J. auf, nach welchem Weg und I., sowie der Geschäftsführer des „Reinen Journals“ und die Redactoren Reiser und Schiebellamp wegen Verleumdung des Rechtsanwalts Dr. Rosenfeld zu Geldstrafen verurteilt waren. Die Sache wurde an das Landesgericht Bregenz verwiesen.

Paris, 31. Januar. (W. T. W.) Aus Marseille, Oberbourg, Trouville und andren Küstenorten wird Inwertter gemeldet; einige Schiffsunfälle haben stattgefunden. In verschiedenen Departements herrscht bei starken Schneefällen Frostwetter.

Reichstag.

131. Sitzung vom Freitag, 31. Januar 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf v. Posadowsky.

Die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt (Titel: Staatssekretär).

Abg. Dr. Pachtke (fr. Bg.):

Im Verein mit den Herren Bassermann, Dr. Hise und Rösche-Dessau habe ich eine Resolution eingebracht, die eine überaus wichtige Frage behandelt. Es soll eine Kommission bestehend aus Vertretern der verbündeten Regierungen, Mitgliedern des Reichstags und sonstigen Sachverständigen, von Seiten des Herrn Reichskanzlers gebildet werden, welche die Aufgabe hat, die bisher seitens der Berufsvereine, einzelner Unternehmer und Gemeinden gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit getroffenen Versicherungs-Einrichtungen zu prüfen und Vorschläge über eine zweckmäßige Ausgestaltung dieses Zweiges der Versicherung zu machen. Träger einer solchen Versicherung können außer den Arbeiterberufsvereinen, den Gewerkschaften und Gewerksvereinen vor allem die Gemeinden sein. Die Mitwirkung des Staates kann nur soweit in Frage kommen, als er den betreffenden Zweckverbänden die Befugnis zur Durchführung dieser Versicherung gibt. Selbstverständlich kann nur bei unverschuldeter Arbeitslosigkeit Unterstützung gezahlt werden, ob in einzelnen Fällen verschuldete oder unverschuldete Arbeitslosigkeit vorliegt, könnte schließlich dem Entschiede der Gewerbegerichte anheimgestellt werden. Ich hoffe, daß der Reichstag uns diese Anregung annehmen wird. Ich bitte, daß der Reichstag uns diese Unterstützung, wenn die Regierung sich ablehnend verhält. (Sehr richtig! links.)

Abg. Bassermann (natl.):

Ich bitte Sie, meinen Antrag, im nächsten Etat eine finanzielle Unterstützung für das Internationale Arbeitsamt in Basel vorzusehen, anzunehmen. Nachdem diese private Gründung einmal erfolgt ist, erscheint uns der Antrag Bebel, die Regierung aufzufordern, ihrerseits Schritte zur Gründung eines internationalen Arbeitsamts zu thun, überflüssig. Der Herr Staatssekretär hat ja erklärt, daß das Amt in Basel bereits aus dem Fonds des Reichsamts des Innern subventioniert wird, wir halten aber die regelmäßige Einsetzung einer Summe zu diesem Zwecke in den Etat für richtiger. Es liegt in unserem Interesse, daß die ausländischen Staaten der Entwicklung unserer Sozialreform pari passu folgen und diesem Zweck die Unterstützung des Internationalen Arbeitsamts dienen.

Abg. Dr. Hise (C.):

Die Ausführungen des Abg. Dr. Pachtke über unsern Antrag betreffend die Versicherungs-Einrichtungen gegen Arbeitslosigkeit kann ich nur ihrem vollen Umfange nach unterstützen. Auch den Ausführungen des Abg. Bassermann über den ebenfalls von uns unterstützten Antrag, der einen regelmäßigen Zuschuß des Reiches zum Internationalen Arbeitsamt in Basel fordert, schließe ich mich durchaus an. Dagegen kann ich die Auffassung des Abg. Schlumberger, heute habe ein solches Arbeitsamt keine Bedeutung mehr, nicht teilen. Nachdem dies Arbeitsamt in Basel einmal geschaffen ist, sollen wir uns dessen freuen, und die Schaffung eines von den Regierungen zu gründenden Arbeitsamtes, wie es die Sozialdemokraten in ihrem Antrag verlangen, erscheint überflüssig. Das Deutsche Reich kann ja auch dem bestehenden Baseler Arbeitsamt sein gedrucktes Material, die Ergebnisse seiner Statistiken usw. zur Verfügung stellen. Vor allem hat ein privates Arbeitsamt vor einem staatlichen den Vorzug der Unabhängigkeit. Ich wundere mich hier gewissermaßen über die optimistische Auffassung der Sozialdemokraten einem staatlichen Arbeitsamt gegenüber. Ich möchte das Baseler Arbeitsamt nicht vertauschen mit einem solchen Arbeitsamt der Zukunft, das übrigens abfolgt seine Aussicht auf Bewirkung hat.

Meine Partei wird jedenfalls für den vom Abg. Dr. Erlanger gestellten Antrag stimmen, wonach der Reichskanzler ersucht wird, dem Reichstag eine Uebersicht über den gegenwärtigen Bestand der Innungen, Innungsausweise und Handwerkerlammern vorzulegen, unter besonderer Berücksichtigung der Mitgliederzahl, Beitragsleistungen und Aufwendungen in den einzelnen Innungen.

Sehr dankenswert ist die Erklärung des Staatssekretärs Grafen Posadowsky, daß Erhebungen über den zehnstündigen Maximalarbeitszeit für weibliche Arbeiter veranlaßt werden sollen. Diese Frage ist schon anschießend erörtert und zur geschlossenen Inangriffnahme reif. Ich möchte empfehlen, die Kommission für Arbeiterstatistik mit der Vorbereitung dieser Erhebungen zu beauftragen. Besonders muß festgestellt werden, wie weit die Fabrikinspektoren den zehnstündigen Tag für weibliche Arbeiter für möglich halten. Ich begrüße diesen Fortschritt auf sozialpolitischem Gebiete mit Freuden. (Beifall im Centrum.)

Abg. Rösche-Dessau (wildl.) spricht sich für eine regelmäßige Reichsunterstützung des Baseler Arbeitsamtes aus. Es würde nicht zweckmäßig sein, durch Annahme des sozialdemokratischen Antrages etwaigen weiteren Einrichtungen der Regierungen vorzuziehen. Die Einrichtung einer Arbeitslosen-Versicherung, zu deren bisheriger Anwendung unser Antrag das Material erbringen will, ist in der bisherigen Debatte vielfach als unmöglich bezeichnet worden. Ich kann diese Meinung nicht teilen; es ist ja auch seiner Zeit die Invalidenversicherung als ein „Sprung ins Dunkle“ bezeichnet worden. Allerdings muß die Arbeitslosen-Versicherung zwangsweise eingeführt werden, wenn sie leistungsfähig sein soll. Ich komme zu der Frauenbewegung. Wenn die Polizei allen Vereinen gegenüber gleiches Recht gelten ließe, so müßten unter Umständen auch solche Vereinsversammlungen, die unter Leitung der höchsten Frauen tagen, der Auflösung verfallen. Auch auf patriotische Frauenvereine müßte diese Praxis eventuell angewandt werden. — Die Frauen ganz gleich zu stellen mit den Männern, wie es die Sozialdemokraten wollen, geht natürlich nicht an. Davon sind ja auch die Sozialdemokraten selbst überzeugt. (Widerspruch des Abg. Bebel.) Das Koalitionsrecht aber muß den Frauen unbedingt eingeräumt werden. (Bravo! links.)

Abg. Rosenow (Soz.):

Die Forderung der staatlichen Arbeitslosen-Versicherung und der staatlichen Arbeitsnachweise haben wir stets vertreten. Ich behaupte, es gibt keine populärere Versicherung als die Arbeitslosen-Versicherung, denn unter Krankheit und Arbeitslosigkeit haben die Arbeiter am allermeisten zu leiden und jeder Arbeiter wird deshalb gern für eine solche Unterstützung Beiträge leisten. Man behauptet, eine solche Versicherung müße den Faulen auf Kosten der Fleißigen. Diese Behauptung ist aber ganz hinfällig, denn noch nie hat das Unternehmertum zu Zeiten der Krisis bei Arbeiterentlassungen einen Unterschied gemacht zwischen Fleißigen und Faulen, es hat sie einfach planlos auf Pfahle geworfen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Reich wird sich der Regelung dieser Frage nicht entziehen können. Je mehr sich die Wirkung der anarchisch-kapitalistischen Produktion zeigt je größer die Zahl der Arbeitslosen anschwillt, desto mehr werden diese Arbeitslosen eine Gefahr auch von Ihrem Standpunkte aus für die Gesellschaft, und schon deshalb hat das Reich ein Interesse daran, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Ebenso wichtig ist natürlich auch die staatliche Regelung des Arbeitsnachweises. Das beste Mittel hierzu ist die Annahme unseres Antrages mit Bezirks-Arbeitsämtern und Arbeiterkammern. Die Anwendungen gegen unsern Antrag auf Errichtung eines internationalen Arbeits-

amtes waren nicht stichhaltig. Herr Rösche meinte, wir stellen häufig unerfüllbare Forderungen. In der That sind Sie nur durch unsere fortgesetzte Thätigkeit gezwungen worden, das Wenige auf dem Gebiete der Sozialreform zu geben, was Sie gegeben haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist klar, daß einer Anregung der Regierung auf Gründung eines internationalen Arbeitsamts viel mehr Autorität beizubringen, als wenn sie von privater Seite erfolgt. Die Vorschläge, die von Ihrer Seite gemacht werden, sind eben immer nur halb. Sie wollen Sozialreform treiben, aber Sie wollen dabei nicht dem Kapital auf den Fuß treten!

Ich komme zu dem Thema der gewerblichen Nachtarbeit. Die Zahl der Industrien, die ihrer Natur nach der Nachtarbeit bedürfen, ist lange nicht so zahlreich, als wie sie gemeinhin dargestellt wird. Geradezu verwunderliche Folgen übt die gewerbliche Nachtarbeit auf die Gesundheit der Arbeiter aus. Der menschliche Körper verträgt eben nicht dauernd die Entziehung der Nachtruhe. Wenn der Arbeiter dann übermüdet morgens nach Hause kommt, so kann in seiner kleinen Wohnung, in die der Lärm der Straße, der Arbeit und der Kinder dringt, meistens von einem wirklichen Nachholer der Ruhe nicht mehr die Rede sein. Die kapitalistische Nachtarbeit untergräbt aber auch das Familienleben, daß Sie (nach rechts) doch immer zu schämen vorgeben. Sie macht den Arbeiter übermüdet und mühsam, und dann reden Sie über die Zerrüttung des Familienlebens der Arbeiter! Oft ist — das ist ärztlich festgestellt — der Arbeiter gezwungen, seinen überarbeiteten Körper durch Alkoholgenuß aufrecht zu erhalten; der Alkohol ist der Weichheitsmittel, der den Körper zu immer neuer Thätigkeit ansetzt. Zu anregender Lektüre wird ein so erschöpfter Geist auch keine Kraft mehr haben und ebensowenig kann der Nachtarbeiter ein wirksames Mitglied seiner Arbeiterorganisation sein, deren Hauptthätigkeit in die Abendstunden fällt. Die Arbeiterorganisation aber bietet dem Arbeiter alles: Lektüre, Vorträge, Anregungen aller Art, sie trübt ihn auf und unterstützt ihn in dem sozialen Kampfe um seine Existenz. Ferner ist der Nachtarbeiter der Unfallmöglichkeit in weit höherem Grade ausgesetzt, als der Tagesarbeiter; er ist nicht im stande, auf die Gefahren des Betriebes, der Maschinen in genügender Weise zu achten. Bei alledem ist die Nachtarbeit weniger verursacht durch eine innere Notwendigkeit, als durch die Ausbeutungssucht des Kapitals. In einer großen Anzahl von Betrieben könnte man die Nachtarbeit ohne irgend welche Schädigung entbehren. Aber die Kapitalisten wünschen eben durch ununterbrochenen Betrieb der Maschine eine noch größere Ausnutzung des ganzen Materials zu erzielen. Sie behalten die Nachtarbeit bei, trotzdem sie selbst ihre Rindereichtigkeit einsehen. Dabei ist gerade der gegenwärtige Moment, die ungenügende Lage des Arbeitsmarktes und die enorm gesteigerte Arbeitslosigkeit am allergeringsten, um eine energische Bekämpfung der Nachtarbeit in allen Betrieben, die ihrer nicht unbedingt bedürfen, durchzuführen. Wir werden unsere ganzen Kräfte diesem Kampfe widmen! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Ertart (C.):

Wenn schon die geringen sozialpolitischen Forderungen des Centrums beim Bundesrat und der Reichstagsmehrheit oft so großen Widerstand finden, wie vielmehr gilt dies von den weitgehenden Forderungen der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokraten wollen alles und dabei stimmt Ihre (zu den Sozialdemokraten) Partei selbst gegen das Geringe, das wir Ihnen bieten können. (Hört! hört! rechts.) Lassen Sie bei den Sozialdemokraten freilich schlagen Sie eine andre Taktik ein. Die Sozialdemokratie scheint jetzt einzusehen, daß die Taktik des Centrums doch nicht so übel ist. In den letzten Jahren haben Sie (zu den Sozialdemokraten) auch diesen Kleinigkeiten zugestimmt. (Abg. Bebel: Weil es Verbesserungen waren.) Aber auch unsere früheren Forderungen waren Verbesserungen und Sie haben damals dagegen gestimmt. Jetzt aber haben Sie erkannt, daß Sie mehr erreichen mit der Centrums-Taktik, Sie sind jetzt auf die Centrums-Taktik eingegangen, und wir freuen uns darüber, daß Sie das Wenige annehmen. Dies wenige in den letzten Jahren Erreichte bildet doch schon ein stattliches Ganzes, wenn es auch noch sehr dürftig ist.

Hätten wir Ihrer Taktik zugestimmt, so hätten die Arbeiter heute gar nichts. Jetzt haben Sie ja auch den zehnstündigen Tag aufgegeben und bequamen sich mit der Forderung des zehnstündigen Tages für die Arbeiterinnen. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Erfreulich war es mir aus den Berichten der Gewerbe-Inspektoren zu erfahren, daß in sehr vielen Fällen die nachgesuchte Erlaubnis zur Nachtarbeit verweigert ist. Von Erfurt wird gemeldet, daß für die Wäckerinnen sehr viel geschehen sei. In Köln ist in vielen großen Fabriken der Textilbranche der zehnstündige Arbeitstag eingeführt worden. Das ist sehr zu begrüßen. Die Löhne sind von den betreffenden Unternehmern nicht herabgesetzt worden. Dieser Erfolg ist wesentlich dem Erstarben der Organisationen der Arbeiter zu verdanken. Ich hoffe, daß die Regierung die Anträge auf Erteilung der Rechtsfähigkeit für die Berufsvereine, die von so vielen Seiten des Hauses gestellt sind, endlich annehmen wird. — Redner regt schließlich eine Alters- und Invalidenversorgung für private Beamte an.

Abg. Stolle (Soz.):

Der sächsische Bundesbevollmächtigte, Herr Geheimrat Fischer, hat neulich behauptet, die Sozialdemokraten seien Feinde der Fabrikinspektoren und in Versammlungen sowie in der Arbeiterpresse werde gegen diese Inspektoren gehetzt. Das ist durchaus unrichtig. Wir haben im Gegenteil Anträge auf Erweiterung der Fabrikinspektion gestellt, und das können wir nur, wenn wir Vertrauen zu den Fabrikinspektoren haben. Das erkennt auch der Bericht der Gewerbeinspektorin in Dresden an. Sie konstatiert, daß das Verhältnis zwischen ihr und den Arbeiterinnen durchaus auf Vertrauen beruhe und daß ihr Verkehr mit den Arbeiterinnen erkennliche Fortschritte gezeigt habe. Von böswilligen Denunziationen löme, mit Ausnahme vielleicht eines Falles, überhaupt nicht gesprochen werden. Die Arbeiterinnen seien ängstlich und unsicher in ihren Angaben. Die Inspektorin zeigt, indem sie diese Thatsache angeht, daß sich die Arbeiter und Arbeiterinnen in solcher Abhängigkeit befinden, daß sie selbst einer amtlichen Vertrauensperson gegenüber mit ihren Angaben zurückhalten. Möge Herr Fischer doch einmal den Beweis führen, daß in der Arbeiterpresse und in Arbeiterversammlungen gehetzt wird. Aus den Berichten der Fabrikinspektoren geht das Gegenteil hervor. So wird darin mitgeteilt, daß in einer Glasarbeiter-Versammlung sich die Arbeiter lebhaft, aber in maßvoller Weise an der Diskussion beteiligt hätten. Es gehört doch ein bestimmter Mut dazu, angesichts solcher Thatsachen und zuzurufen: Ihr hegt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Worüber die Arbeiter sich beschweren, ist, daß die Fabrikinspektoren, bevor sie in die Fabrik gehen, sich erst ins Comptoir begeben; so kommt es, daß Uebelstände, die jahrelang bestanden haben, von ihnen nicht gemerkt werden. Sind sie im Comptoir, so wird nach der Fabrik telephoniert, und kommt der Inspektor dann in die Fabrik, so findet er alles in schönster Ordnung. Auf diese Uebelstände müssen die Arbeiter und die Arbeiterpresse aufmerksam machen und die Behörden thäten gut, entsprechende allgemeine Anweisungen zu erlassen. Die Arbeiterpresse thut nur ihre Pflicht, wenn sie Uebelstände, besonders auf sittlichem Gebiete, im Arbeiterverhältnis zur Sprache bringt. So sind in einer Fabrik die Arbeiterinnen, weil im Arbeitsnahe sich Klüffeln zeigten, gezwungen worden, sich beim

Hausmann zu entkleiden; eine Arbeiterin ist bis zum Anie befüßt worden. (Hört! hört!) Dem Werkführer ist mit gelagt worden, sein Vorgehen sei ungebührlich und verleihe das Schandgefühl. Weiter ist ihm nichts passiert. Weiter ist erwiesen, daß der Werkführer in einer Strohhutfabrik die Arbeiterinnen mit unsittlichen Worten verfolgt und mit einer verheirateten Arbeiterin in einem unsittlichen Verhältnis gestanden habe. Solche Zustände müssen aus Tageslicht gezogen werden, und die Fabrikinspektionsberichte bestätigen, daß die Angaben der Arbeiterpresse in diesem Falle auf Wahrheit beruht haben. Wir sind das Sprachrohr für die armen Leute, die selbst nicht klagen zu können wagen, und wenn Herr Dertel auch behauptet, daß ich bei jeder Gelegenheit hier die sächsischen Juristen angreife, so halte ich es doch für meine Pflicht als Mensch und Abgeordneter, solche Dinge zur Sprache zu bringen.

Der sächsische Bundesbevollmächtigte Dr. Fischer hat uns mitgeteilt, daß die sächsische Regierung angesichts der teuren Schweinefleischpreise in Sachsen geneigt war, die Grenze nach Oesterreich für die Schweineeinfuhr zu öffnen. Man hat sich aber erst beim Reichskanzler erkundigt, und dieser hat für sanitäre Gründe vorgeschlagen und sich gegen die Öffnung der Grenze erklärt. Der Reichskanzler hat neulich auf eine Anfrage aus dem Hause erklärt, der Bundesrat sei kein Parlament, die einzelnen Mitglieder des Bundesrats stimmten nur ab nach den Anordnungen ihrer Regierungen. In diesem Falle aber, wo eine Bevölkerung von 4 Millionen Seelen unter einer Teuerung leidet, da erkundigt sich die Regierung eines Einzelstaates erst beim Reichskanzler, dessen Informationen natürlich dahin gingen, daß eine Aufhebung der Grenzsperrre eine Seuchengefahr für das Königreich Sachsen bedeute. Trotzdem der Hunger infolge der schlechten Arbeiterlöhne vor der Thür steht, darf sich die sächsische Regierung nicht zu einer Maßregel herbeilassen, die der Bevölkerung billigeres Fleisch schaffen würde, weil der Bund der Landwirte nicht will, daß das Schweinefleisch billiger wird. Worin besteht denn die angebliche Gefahr? Wir haben im Königreich Sachsen die strengste Aufsicht, obligatorische Trichinenschau, wir haben eine Fleischschau, jeder Schlachthof hat Wahngelisse, so daß ein österreichisches Schwein nicht mit einem Fuße den deutschen Boden betritt, es wird nur mit der Eisenbahn transportiert. Glaubt man denn, das befreundete Oesterreich werde uns verheutes Vieh liefern? Das müßten sehr schlechte Kaufleute, sehr schlechte Händler sein! Daran glauben wir nicht! Nur wenn der Bund der Landwirte es will, werden die Grenzen aufgemacht, wenn er nicht will, bleiben sie geschlossen. Die königlich sächsische Regierung hätte doch die Pflicht gehabt, für billigeres Schweinefleisch in Sachsen zu sorgen! Nun, wir werden ja sehen, wie sich die sächsische Bevölkerung abfindet mit der Erklärung des Geheimrats Dr. Fischer! Die Deutsche Tageszeitung behauptet, die Verteuerung des Schweinefleisches rühre einzig und allein von einem Händlerherren her, der den Regiern die Preise vorzschreibe. Wenn das wahr ist — wo bleibt da die Regierung? Versuchen Sie doch vorzugehen gegen solche Mißbefindungen, wie sie sich auch beim Kohlenhandel zeigen!

Redner Redner sind auf die Innungs-Gesetzgebung eingegangen. Ist denn das Innungsgesetz wirklich zu Gunsten der Handwerker ausgeführt? Im Königreich Sachsen besteht für die Wähler zu den Handwerkslammern ein Census, der 75 Proz. aller Handwerker das Wahlrecht nimmt. Und auch der geringe Teil der Nichtgewählenden lehnt vielfach ab, von einem solchem Klassen-Wahlrecht Gebrauch zu machen. Das nennen Sie (nach rechts) Mittelstands-Politik! Ich muß noch auf die Angriffe des Herrn Sittard zurückkommen. Wir sollen uns gegenüber Anträgen zum Wohle der Arbeiter ablehnend verhalten haben. Wo ist das geschehen? Wie haben stets, wenn uns die Anträge der anderen Parteien nicht weit genug gingen, Verbesserungsanträge gestellt und gerade durch unser fortwährendes Drängen ist wenigstens etwas für die Arbeiter erreicht worden. Wir haben bereits 1868 Arbeiterrecht verlangt. Das Centrum hat sich aber unseren Anträgen gegenüber immer ablehnend verhalten und sich auf Resolutionen beschränkt. Wir haben uns kämpfen müssen, um das Wenige von Kinderhand zu erreichen, was wir jetzt haben. Damals schrien die Unternehmer: die Industrie geht zu Grunde, und das Centrum begnügte sich wieder mit Resolutionen. Wir können uns mit dem Zeugnis des Fürsten Bismarck zufrieden erklären, der selbst betont hat: Ohne Sozialdemokratie kein Arbeiterschutz. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Sächsischer Bundesbevollmächtigter Dr. Fischer:

Ich habe mir von den Angriffen der sozialdemokratischen Presse gegen die sächsische Fabrik-Inspektion gesprochen. Im „Vorwärts“, den ich mit Eifer und bestem Bemühen studiere (Bravo! bei den Sozialdemokraten), nicht meinem innersten Triebe folgend, sondern der Rot gehorchend (Heiterkeit stand, sofort nach Erscheinen der Fabrikinspektoren-Berichte ein fulminanter Artikel, überschrieben „Die sächsische Fabrikinspektion“. Es war schon auffallend, daß der „Vorwärts“ sich gerade mit der sächsischen Fabrikinspektion besonders beschäftigte. Nachdem darauf hingewiesen war, daß die sächsische Fabrikinspektion vollkommen ungenügend sei, hieß es dort: „Die neue Form bringt den alten Geist in noch schlechterer Fassung.“ — Der Bericht zeigt wieder von der geringen sozialpolitischen Einsicht.“ (Sehr wahr! bei den Soz.) Jetzt sagen Sie: sehr wahr! vorher haben sie aber ausdrücklich bestritten, Gegner der sächsischen Fabrikinspektoren zu sein. Weiter heißt es: Wir stoßen kaum auf einen ernsthaften Versuch, die Existenzverhältnisse der Arbeiter zu bessern. Was wir finden — das scheint Ihnen besonders unangenehm zu sein — sind breite Schilderungen über Fabrikparlamente und Fabrikfestlichkeiten. Die Wohnungsverhältnisse werden anscheinend nur erwähnt, um Lobhudeleien auf die Unternehmer anzubringen. Wie die Arbeiter wohnen, ist einem sächsischen Fabrikinspektor gleichgültig. Danach bin ich doch gewiß berechtigt zu sagen, daß Sie gegen die sächsischen Fabrikinspektoren hegen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen.

Geheimrat Fischer (fortfahrend):

Dieser Bitte schließe ich mich an. — Herr Stolle ist dann auch auf das Verbot der Öffnung der Grenze für Schweine nach Oesterreich-Ungarn zurückgekommen. Die sächsische Regierung hat sich bereits entschlossen, dieses Verbot nicht aufzuheben, bevor das Schreiben des Herrn Reichskanzlers an sie gekommen ist, weil zuverlässige Nachrichten vorliegen, daß inzwischen in Oesterreich-Ungarn die Maul- und Klauen-seuche größere Verbreitung gewonnen hätte. Uebrigens war die sächsische Regierung nach Art. 4 der preussischen Verfassung verpflichtet, zunächst beim Herrn Reichskanzler anzufragen, ehe sie eine solche Maßregel verfügt hätte.

Abg. Dorn (Soz.):

Es ist unbegreiflich, daß der sächsische Amtshauptmannschaft die Bestimmung über das Streikpostenwesen so unklar waren, daß sie im Gegensatz zu dem Erkenntnis des Reichsgerichts zu dieser Verfügung kommen konnten. Der bayerische Regierungsvizepräsident hat die Behauptung aufrecht erhalten, daß die zwei aufgelösten Jagdstellen des Glasarbeiter-Verbandes politische Vereine seien. Der Erlaß der bayerischen Regierung beruht sich einfach zur Begründung auf die sogenannte Feststellung des preussischen Landrats von Nieder-Barum, der erklärt, der Centralverband der Glasarbeiter verfolge öffentliche Angelegenheiten. Das zeigt von wenig selbständigem Urteile der bayerischen Regierung. Man möchte wohl

ein hiesigen Socialistengesetz auf administrativem Wege machen. So lange die organisierten Glasarbeiter die Statuten ihres Verbandes nicht verletzen, treiben sie nicht Politik. Der Erlass der bairischen Regierung hat mit keinem Wort nachgewiesen, daß seine Vollstreckung ihre Befugnisse überschritten hätten. Wenn übrigens Unternehmer-Organisationen Politik treiben, so kümmert sich die Regierung recht wenig darum. Ich erinnere nur daran, daß erst in den letzten Tagen eine große Reihe von **Unternehmer-Organisationen zum Zolltarif** Stellung genommen haben.

Wahrscheinlich wird diese Angelegenheit auch noch im bairischen Landtag zur Sprache kommen. Auf die Zusage des Staatssekretärs Grafen Pofadownsky, daß Erhebungen über die weitere Ausdehnung der Sonntagsruhe in der Glasindustrie veranlaßt werden sollen, haben die Glasarbeiter, und ich hoffe, daß ihre Wünsche alsbald in Erfüllung gebracht werden und sie in dieser Beziehung keine Täuschung erleben. Ich möchte nochmals dringend ersuchen, so schnell wie möglich ein generelles Verbot für die Sonntagsarbeit in der Glasindustrie zu erlassen.

Herr v. Hehl hält eine Vereinerächtigung des Koalitionsrechtes der Arbeiter durch die Unternehmer für verwerflich. Wenn er das vor verammeltem Reichstag erklärt, dann müßte er eigentlich auch sagen, ob es wahr ist, daß er selbst seinen Arbeiter die Ausübung des Koalitionsrechtes verbietet. Vielleicht ist Herr v. Hehl so freundlich, diese Frage zu beantworten. Die Arbeiter respektieren auch das Koalitionsrecht der Unternehmer, und Herr v. Hehl wird mir kein einziges Beispiel nennen können, wo die Arbeiter einen Zwang auf einen Unternehmer ausgeübt hätten, damit dieser aus einer Organisation austräte. Der Hamburger Accordmaurerstreik, den Herr v. Hehl auch erwähnt hat, ist eine innere gewerkschaftliche Frage. Daß Herr v. Hehl aber gerade für die Accordarbeiter eine Lauge einlegte, ist mir nur ein Beweis dafür, daß die Hamburger Accordmaurer auf dem Holzwege sind. In der Glasarbeiter-Industrie Amerikas lüchelt der Terrorismus der Unternehmer die Arbeiterorganisationen zu zertrümmern. Hunderte von Arbeitern liegen auf der Straße; soeben erfahre ich wieder, daß in einer Fabrik Hunderten der tüchtigsten Arbeiter gekündigt worden ist, nur aus dem Grunde, weil sie organisiert sind. Offenlich gelang es den amerikanischen Glasarbeitern, zu verhindern, daß die Unternehmer ihre Organisation vernichten. Sonst wäre es auch mit der Exportfähigkeit der deutschen Glasindustrie zu Ende. (Weisfall bei den Socialdemokraten.)

Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter Dr. Fischer:

Herr Abg. Horn hat die Streikposten-Verordnung der Drebbener Amtshauptmannschaft als auf Unkenntnis beruhend bezeichnet. Ich gratuliere dem Vordrucker wegen seiner außerordentlichen Kenntnis. (Heiterkeit.) Er weiß ganz genau, was Rechtens ist; ich wäre ihm sehr dankbar, wenn er mir ein Privatgespräch darüber lesen wollte, damit ich meine mangelhafte Kenntnis ergänzen könnte. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Bei dem betreffenden Glasarbeiterstreik sind jedenfalls auf beiden Seiten Ausföhrungen vorgekommen, nach den Rettungsmeldungen allerdings mehr Behelligungen Arbeitswütiger durch Streikende als umgekehrt. „Hincos intra muros peccatur et extra.“ (Es wird gekündigt innerhalb und außerhalb der Mauern von Troja.)

Abg. Sachse (Soc.)

erörtert die Mißstände in den Verhältnissen der sächsischen und rheinisch-westfälischen Vergarbeiter. Vielfach werden die Vergarbeiter bei der Berechnung der Arbeitszeit über die Ohr gehauen. Die Strafen, die wegen Uebertretung der vergewaltigten Vorschriften verhängt werden, sind viel zu gering, um irgend eine Wirkung auszuüben. Die Vergewaltigung muß besser werden und sich auch mehr um die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter kümmern. Die **juristische Wurmkrankheit** nimmt von Jahr zu Jahr im Aufreißer zu. Im Jahre 1898 erkrankten 108 Vergarbeiter, im Jahre 1900 296. Vorschriften sind ja vorhanden, aber ob sie beobachtet werden, das wissen wir nicht. Die Wurmkrankheit ist von ausländischen Arbeitern eingeführt und es gibt Mittel, ihre Ausbreitung zu verhindern. Sonst sind die Herren auf der Wacht doch sofort zur Stelle, wenn es gilt, Krankheiten und Seuchen durch **Viessperren** von deutschen Oefen und Schweinen fernzuhalten. Wie steht es aber bei den Menschen; da kümmern sich die Agrarier und Schatzkammer nicht darum. (Sehr richtig! b. d. Soc.) Der Schatz der nationalen Kindvieh und Schweine ist ihrem Herzen näher als der Schatz der nationalen Arbeiter. Das sage ich auch der **Centrumpartei**, die sich um diese Viessperren ja auch so bemüht hat. Sie sollten doch auch die Arbeiter vor ansteckenden Krankheiten schützen, und wenn hier nicht das Erforderliche veranlaßt werden soll, dann sollten Sie im preussischen Abgeordnetenhaus die Sache zur Sprache bringen. — Mein Freund Stolle hat behauptet, daß die sächsischen Behörden die Arbeiter als Menschen zweiter Klasse betrachten und Gewerkschaftsversammlungen unmöglich machen. Geheimrat Fischer hat darauf geantwortet, nicht die Behörden seien schuld, daß die Arbeiter die Säle nicht zu Versammlungen bekämen, sondern die Wirte, die sie nicht hergeben. In Wahrheit liegt die Sache umgekehrt. Es liegt auf der Hand, daß die Wirte das Geld nicht bloß von Patrioten sondern auch von uns nehmen, wenn ihnen die Behörden nicht Schwierigkeiten machen. Charakteristisch dafür sind die Maßnahmen der **Amtschaupmannschaft Glanau** gegen die Vergarbeiter. Ein Saal wurde zu einer Versammlung nicht genehmigt, weil die Säulen zu stark seien und sich jemand hinter ihnen verstecken könne. (Hört, hört! bei den Socialdemokraten.) Ein anderer Saal wurde verboten, weil er zusammenbrechen könnte. Aber derselbe Saal stand vorher anderen Parteien ohne weiteres zur Verfügung. In Delitzsch wiederholte sich dieselbe Sache. Ein Saal, in dem vorher Schuppenfeste abgehalten wurden, galt nun als lebensgefährlich, und zwar wurde der Saal nicht nur für Versammlungen, sondern auch für Tanzveranstaltungen verboten. Sachverständige haben den Saal untersucht und durchaus nicht lebensgefährlich gefunden. Der Gastwirt ist geflohen. Noch kurz vor seinem Tode hat er über die Behörden gesagt: Diese Wände bringen mich noch ins Grab!

Derartige Schiedsgerichte hat auch der Amtsvorsteher in Zellhammer angewandt, als ich dort Versammlungen abhalten wollte. Er forderte einen Treppenaufgang von mindestens drei Meter Breite; vorher hatten die **Kriegervereine ruhig Maskenhalle** in dem betreffenden Saal abhalten können. Auch durch Einschränkungen der Postzeit werden die Wirte gemahnt und wegen kleiner Uebertretungen angezeigt. Von einer Verhütung gegen die Fabrikinspektoren durch uns kann nicht die Rede sein. Herr Fischer hat gesagt, auch hier im Hause würde gegen die Gewerbe-Inspektoren gehandelt. Wollte ich behaupten, daß Herr Fischer schuld daran ist, wenn die Gewerbe-Inspektoren so parteiisch vorgehen, so würde ich mir einen Ordnenpreis zueigen machen. Er kann sich aber solche Behauptungen uns gegenüber gestatten. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Herr Fischer hat sich beschwert, daß wir die Wohlfahrtsvereine nicht loben. Nun diese Wohlfahrtsvereine werden jetzt in der Zeit der Arbeitslosigkeit geradezu verhängnisvoll für die Arbeiter. Leute, die 10 und 20 Jahre zu den **Pensionskassen** gezahlt haben, werden entlassen und ihres Eigentums beraubt. Aus allen Fabrik-Inspektoren-Berichten geht hervor, daß die Unternehmer jetzt anfangen, die Gewerbe-Inspektorate als ihre eigenen Sekretariate anzusehen. Sie haben ja auch keine Ursache, mit den Gewerbe-Inspektoren unzufrieden zu sein, denn ihnen wird ja nur sehr selten auf die Finger geklopft. Daß die Arbeiter den Inspektoren nicht dasselbe Vertrauen entgegenbringen, ist nicht wunderbar. Rechner führt einige Fälle an, wo Arbeiter auf Veranlassung der **Vergarbeitsinspektoren** entlassen worden seien, die sich auf den Standpunkt der Unternehmer stellten. Das Arbeitsbuch für Vergarbeiter ist ungesetzlich, und doch wird es von den Vergarbeitsinspektoren des Zwickauer Reviers geduldet. Arbeiter, die beschäftigt hatten,

daß die Strecken des **Wilhelmschächtes** bei Zwickau in schlechtem Zustande seien und daß ihnen der Lohn nicht voll ausgezahlt würde, sind gemahnt worden. Der Vergarbeitsinspektor von Zwickau hat das als verdiente Strafe bezeichnet; er selber hätte ihre Entlassung bewirkt, weil sie unter dem Tode solche Thatfachen angegeben hätten. Es ist aber ein Meinesprozeß gegen die Arbeiter nicht eingeleitet worden. Wie sollen die Arbeiter zu einem solchen Inspektor Vertrauen haben. Wie die Zustände auf den **Wilhelmschächten** sind, geht daraus hervor, daß in einem Jahre über **13 000 Wagen gemüllt worden sind**. Da will man uns als Hezer bezeichnen. Nein, wir haben den Leuten geraten, sich wieder ans Vergarn zu wenden. Wir schiden den Inspektoren die Arbeiter erst zu. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Herr Fischer hat meinem Parteigenossen Sadelum gegenüber behauptet, daß in Sachsen kein Vergarbeitsinspektor an Vergarbeitsinspektoren interessiert sei. Nun, man sollte sich einmal die **Schwelegräber der Vergarbeitsinspektoren** ansehen. Trotz der großen Arbeitslosigkeit werden im sächsischen Braunkohlen-Bergbau Gesangene beschäftigt. Gegen die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter im Bergbau protestieren nicht nur wir, sondern auch der christliche **Vergarbeitsinspektor**. Von der schweren Arbeit in der Jugend rühren die vielen Verkrüppelten her, die unter den Vergarbeitsinspektoren verbreitet sind. Die Regierung sollte hierüber einmal eine Statistik aufnehmen. — Redner hält eine Reihe Angaben aus einer früheren Rede, die Geheimrat Fischer bestritten hatte, diesem gegenüber aufrecht. Sorgen Sie dafür, daß die Vergarbeitsinspektoren bessere Aufsicht führen, dann werden diese Anlagen aufhören! (Weisfall bei den Socialdemokraten.)

Preussischer Geheimrat **Schneider** (auf der Tribüne fast unverständlich) lüchelt die Vorwürfe des Abg. Sachse in bezug auf mehrere Einzelheiten zu widerlegen und erklärt, daß die Vergarbeitsinspektoren alle Vorkehrungen treffen, um Unfälle zu verhüten.

Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter Dr. Fischer:

Wenn Sie mit Ihren Beschwerden Erfolg haben wollen, so müssen Sie sich an das Vergarn wenden. Ich weiß ja, was Sie bezwecken, aber es wäre besser, wenn Sie den von mir empfohlenen Weg beschritten.

Die Abg. Stolle und Sachse haben getadelt, daß in manchen Orten Sachsen die Socialdemokraten kein Versammlungslokal erhielten. Sie (zu den Socialdemokraten) scheinen mir nicht zu glauben, daß die Behörden daran unschuldig sind. Ich will Ihnen einen anderen Fall aus der jüngsten Zeit nennen. Bei der Wahl in **Döbeln** sollte von den Konservativen und dem Bund der Landwirte in einem Orte, der sehr socialdemokratisch angehaucht zu sein scheint, eine Versammlung abgehalten werden. Es war aber kein Lokal für sie zu haben. Wahrscheinlich haben die Behörden dafür gesorgt, daß die Konservativen kein Lokal erhielten. (Heiterkeit rechts.) — Den Unfall in Schwarzenberg hatte ich schon fast vergessen; wir haben uns ja bereits vor Jahresfrist darüber unterhalten. Jedenfalls fügen sich die Äußerungen des Abg. Sachse auf einen sehr bedenklichen Gewährsmann, während meine Vorlesungen auf amtlichen Erhebungen beruhen. Ich halte die Angelegenheit für verjährt. (Waboi! rechts.)

Abg. Thiele-Halle

betrachtet die jüngst erlassene Verordnung des Bundesrats für die Angestellten im Gastwirts- und Schankgewerbe, die **total ungenügenden** Schutz vorsehe. Er demängelt besonders, daß das Hilfspersonal in der Verordnung überhaupt ausgeschlossen sei. Das Hilfspersonal ist aber des Schutzes noch bedürftiger, als die qualifizierten Angestellten. Die Verordnung ist aber auch ungenügend bezüglich des **Maktes** des darin vorgesehenen Schutzes. Deshalb die **Vade-Orte** ausgenommen worden sind, ist mir insofern unverständlich, daß die Angestellten im Gastwirts- und Schankgewerbe einen besonders großen Schutz brauchen, wird wohl allgemein anerkannt, in seinem Gewerbe ist Krankheit so häufig, ist die Mortalität so groß wie gerade hier. Von den 50000 Mitgliedern der Krankenkasse der Berliner Gastwirtsgehilfen sind im Jahre stets etwa 30 Proz. krank. Auch die Tuberkulose ist sehr häufig. — Die Verordnung bleibt hinter dem weit zurück, was von andern schon lange gefordert worden ist. In dem im Jahre 1897 von den Nationalliberalen gestellten Antrage, der freilich nur die weiblichen Angestellten im Schankgewerbe betraf, wurde eine **gehobene Minimalarbeitszeit** verlangt. Am 19. April 1899 stellte Herr v. Hehl in einer Rede auch weitergehende Forderungen auf, als die Verordnung enthält. Sie bleibt auch hinter dem zurück, was in einzelnen Kantonen der Schweiz schon Gesetz ist. Viel weiter gehen natürlich die Forderungen der Angestellten selbst. Sie haben beiseite den 12 stündigen Normalarbeitszeit verlangt. Die Verordnung gewährt ihnen den 16 stündigen. Dabei ist allgemein anerkannt worden, daß eine Regelung sehr gut möglich sei. Zum Schluß noch ein paar Bemerkungen gegen den **Geheimrat Fischer**, der uns vorgeworfen hat, wir hätten gegen die Fabrikinspektoren. Wir hegen nicht, aber wir heizen manchmal den Behörden etwas ein. Gerade die sächsische Regierung legt uns so viel Holz zum Einheizen hin, daß wir Thoren wären, wenn wir es nicht benutzen würden. (Waboi! bei den Socialdemokraten.)

Präsident **Graf Vallasirem**: Der Abgeordnete Thiele ist nun schon der zweite Redner, der behauptet, Herr Geheimrat Fischer habe den Ausdruck „hegen“ gegen Mitglieder des Hauses gebraucht. Ich habe einen solchen Vorwurf nicht gehört. Sollte er in der That erfolgt sein, so würde ich ihn als unangemessen erklären müssen. (Waboi! bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Pofadownsky:

Es wäre sehr unvorsichtig gewesen, wenn wir mit unserer Verordnung über das Gastwirts- und Schankgewerbe sofort scharf zugegriffen hätten. Bei der Befreiung dergleichen Uebelstände muß man allmählich vorgehen. Hätten wir eine weitergehende Verordnung erlassen, so hätten wir voraussichtlich nur erreicht, daß sie nicht ausgeführt worden wäre. Durch eine **Kollusion** (Zusammenspiel) zwischen Wirten und Angestellten wäre in vielen Fällen der alte Zustand heimlich beibehalten worden. Auf die Arbeitgeber, die ihr Personal in unmenslicher und in unzulässiger Weise ausnutzen, müssen wir zunächst erziehllich einwirken und unsre Vorlesungen so gestalten, daß sie ins wirkliche Leben übergeführt werden können. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß man seiner Zeit weiter geht. Die Verordnung geht übrigens in fünf Punkten weiter, als die Beschlüsse der Kommission für Arbeiterstatistik, und nur in zwei Punkten bleibt sie dahinter zurück. Der eine dieser beiden Punkte ist der, daß die höhere Verwaltungsbehörde auf die Zeit von drei Monaten Ausnahmen in den Aufhebungen gestatten kann. Die zweite Beschränkung besteht darin, daß die Beschäftigung für **Rechnerinnen** unter 18 Jahren nur für die Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens verboten ist, während die Kommission hier das volle Verbot haben wollte. Die Verhältnisse in den kleinen Wirtschaften Süddeutschlands haben diese Einschränkung notwendig gemacht. Sie sind so patriarchalischer Natur, daß wirklich nichts darin gefunden werden kann, wenn aus ein Mädchen unter 18 Jahren da Vier oder Speisen bringt. Der Antrag der Nationalliberalen über denselben Gegenstand im Jahre 1897/98 blieb erheblich hinter dem zurück, was die Verordnung bringt. Es war darin eine **Arbeitszeit** von 5 bis 8 Stunden verlangt. Diese Arbeitszeit ist durch die Verordnung geändert, aber sie kam durch die Polizeibehörde auf 9 Stunden erhöht werden. Ebenso geht die Verordnung in der Festsetzung der freien Tage weiter als der damalige nationalliberale Antrag. Wenn auf die Bestimmungen in der Schweiz verwiesen wird, so ist daran zu erinnern, daß sich der dortige Schatz aberwiegend auf die **Rechnerinnen** bezieht. Aus dem statistischen Material geht hervor, daß in mehr als 50 Proz. aller Betriebe eine **Arbeitszeit** von länger als 20 Stunden herrscht, in Berlin sind es sogar 9,3 Proz. aller Betriebe. Da bringt die Verordnung doch einen erheblichen Fortschritt. Unter die Verordnung fallen auch die Personen, die am **Wäffelt**

beschäftigt sind. Wenn die Hausdiener und Kutsher nicht mit einbezogen worden sind, so liegt der Grund hierfür darin, daß die genannten Personen auch nicht in die Statistik mit einbezogen waren. Hier müssen erst besondere Erhebungen vorgenommen werden.

Abg. Mollenbuhr (Soc.):

Die Vorschläge der Kommission für Arbeiterstatistik zum Schutze der im Gastwirts- und Schankgewerbe Angestellten haben selbst in einem großen Teil der bürgerlichen Presse eine so ungünstige Aufnahme gefunden, daß der Bundesrat wohl oder übel über diese Vorschläge hinausgehen mußte. Von der kirchlich ergangenen Bundesratsverordnung wird aber auch bei weitem nicht die ganze Masse der Gastwirts- und Schankgewerbe Angestellten betroffen. Für gewisse Kategorien der weiblichen und jugendlichen Angestellten wird nicht einmal der 16 stündige Arbeitszeit als Mindestmaß gefordert, sondern eine noch längere Arbeitsdauer gestattet. Das **sieht ohne Beispiel da in der socialpolitischen Gesetzgebung!** Auch die Bestimmungen über die Sonntagsruhe genügen den berechtigten Forderungen bei weitem nicht. Und solche Vorschriften werden getroffen zu einer Zeit, in der das Gastwirts- und Schankgewerbe sich im Aufschwung befindet, in dem der Bierkonsum steigt, der Reiseverkehr außerordentlich zunimmt! Einem solchen Gewerbe derartige Konzeptionen zu machen, daß es weibliche Arbeiter länger als 16 Stunden beschäftigen darf, entspricht wenig dem, was man vom Bundesrat hätte verlangen müssen! Eine Ueberanstrengung des Personal ist zur **Evidenz** erwiesen, trotzdem verlag man den weiblichen und jugendlichen Personen jenen Schutzes! Das ist kein schöner Punkt in unsrer Socialpolitik! (Weisfall bei den Soc.)

Württembergischer Bundesratsbevollmächtigter v. Schiller:

Ich wundere mich über die Vorwürfe, die Abg. Mollenbuhr der Kommission für Arbeiterstatistik gemacht hat. Die Vorschläge derselben sind von Leuten wie dem Abg. Dr. Hise unterstützt, dem niemand eine den Arbeitern unfreundliche Bestimmung nachsagen wird. Von einer 16 stündigen ununterbrochenen Arbeitszeit ist nicht die Rede; man kann aber die ununterbrochene Ruhezeit nicht beliebig steigern. Eine erhebliche Steigerung der Ruhezeit würde den größten Teil der kleinen Betriebe zu Grunde richten. Ich hoffe, daß jeder, der die Verordnung an der Hand der Statistik liest, zu einem ganz anderen Urteil kommt als Abg. Mollenbuhr.

Abg. Mollenbuhr (Soc.): Ich habe nur konstatiert, daß die Vorschläge der Kommission für Arbeiterstatistik selbst von bürgerlichen Vätern — wie der „Kreuz-Zeitung“ und „National-Zeitung“ — getadelt worden sind. Ganz ungeschätzt bleiben nach der Bundesrats-Verordnung nicht die **Kellner**, sondern das **Küchenpersonal**.

Damit schließt die Diskussion.

Der Titel „Staatssekretär“ wird bewilligt.

Der Präsident bringt die zahlreichen Resolutionen zur Abstimmung, die zum Titel Staatssekretär gestellt sind. Die Resolutionen **Vassermann** (natl.), **Hise** (C.), **Rösike** (wldl.), in nächster Etage eine finanzielle Unterstützung für das internationale Arbeitsamt in Basel vorzusehen, wird einstimmig angenommen.

Eine Resolution **Albrecht** (Soc.) und **Genossen**, die Gründung eines internationalen Arbeitsamtes herbeizuführen, wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und Socialdemokraten abgelehnt.

Ebenso wird eine Resolution **Albrecht** (Soc.), welche die Fristverlängerung für die Zinshütten, die von der Regierung bis zum 1. Oktober 1902 ausgesprochen ist, nur bis zum 1. April 1902 ausgesprochen wissen will, gegen Freisinnige und Socialdemokraten abgelehnt.

Dagegen wird eine Resolution **Dasbach** (C.), welche die Fristverlängerung nur den großen Betrieben zubilligen will, einstimmig angenommen.

Eine Resolution **Vassermann** (natl.), **Hise** (C.), **Rösike** (wldl.) dem Reichstag abföhrlich eine Uebersicht vorzulegen über die Arbeitsverhältnisse in den Betrieben des Reichs und den Werkstätten der Heeresverwaltung, insbesondere über die Zahl der beschäftigten Arbeiter, die von ihnen bezogenen Löhne, die Arbeitsdauer und die zu ihren Gunsten getroffenen Einrichtungen, wird einstimmig angenommen.

Die Resolution **Rösike**-**Pachnide** betr. die Errichtung von kommunalen und gemeinnützigen Arbeitsnachweisen wird abgelehnt. Dagegen stimmen die beiden konservativen Parteien und die Socialdemokraten.

Die Resolution **Pachnide**-**Hise**-**Vassermann**, eine Kommission zu bilden, um die bisher gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit getroffenen Versicherungsmaßnahmen zu prüfen, wird gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Die Resolution **Dr. Eräger** betreffend eine Enquete über die Finanzverhältnisse wird einstimmig angenommen.

Hierauf wird die Weiterberatung des Etats auf **Sonnabend 1 Uhr** verlag.

Schluß 6 Uhr.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Sonntagabend 6 Uhr findet in den **Arminshallen**, Kommandantenstr. 20 (großer Saal), eine Versammlung mit nachfolgendem gemütlichen Beisammensein und Tanz statt. Schriftsteller **Genosse Georg Bernhard** referiert über „Die Hölle auf Schleichwegen“. Abheres Annonce am Sonntag. Regie Beteiligung erwarten die Vertrauensleute.

Achtung, 5. Wahlkreis! Die Lokale, in denen sich die Parteigenossen am Sonntag zum Ein sammeln der Zählkarten versammeln, sind folgende:

1. Abteilung: **Kausch**, Wilsstr. 12; 2. Abteilung: **Klobe**, Georgenkirchstr. 49; 3. Abteilung: **Knösch**, Hirtenstr. 10; 4. Abteilung: **Wath**, Dragonerstr. 15; 5. Abteilung: **Hummel**, Sophienstraße 5; 6. Abteilung: **Heine**, Linsenstr. 96; 7. Abteilung: **Schiller**, Luisenstr. 28.

Die Vertrauensleute.
Wohlfahrt. Die Genossen werden nochmals darauf hingewiesen, daß sie sich beim Ein sammeln der Zählkarten am Sonntag pünktlich morgens 8 Uhr wiederum in denselben Lokalen einzufinden haben, von wo aus sie am Sonntag, den 26. Januar, die Karten verbreiten haben. Diejenigen Genossen, welche am 26. Januar nicht erschienen haben, werden ersucht, sich beim **Genossen Schumann**, Ledderstr. 118 zu melden. Gleichzeitig werden die Genossen ersucht, sich mit **Schreibmaterialien** zu versehen.
J. A.: **E. Schumann**, Ledderstr. 118.

Grünau. Der Wahlverein hält heute abend 9 Uhr seine Mitglieder-Versammlung bei **Gen. Köpferstr. 88**, ab. Pflicht aller Genossen, so weit sie dem Wahlverein noch nicht angehören, ist es, sich denselben anzuschließen. — Gleichzeitig sei darauf aufmerksam gemacht, daß morgen, **Sonntagmorgen** 4 Uhr, im **Kolal** „**Vesper**“ des **Herrn Meibis**, Friedrichstraße, eine vom **Grundbesitzer** und **Bürgerverein** einberufene Wählerversammlung stattfindet. Die Genossen werden ersucht, sich in derselben pünktlich und zahlreich einzufinden, sowie für den Besuch derselben zu agitieren.

Lokales.

Die neue städtische Volkshalle in der **Oberbergerstraße** wird am heutigen Sonntagabend eröffnet. Für den Stadtteil am **Schönhauser Thor** wird damit ein Bedürfnis abgeleitet, das von der Bevölkerung seit Jahren als ein sehr dringendes empfunden worden war. Lange genug hat es gedauert, bis diese Anstalt zu Stande gekommen ist. Dem Plan, vor dem **Schönhauser Thor** eine städtische Volkshalle zu errichten, hatte die **Stadtverordneten** Versammlung bereits gegen Ende des Jahres 1893 grundsätzlich zugestimmt. Die notwendigen Vorarbeiten, Ausmaß und Anlauf des Grundstücks, Aufstellung und Genehmigung der Bau-Entwürfe zogen sich durch volle fünf Jahre hin. Nämlich ein weiteres Jahr

berging dann, bis im Spätherbst 1890 auf dem Baugrundstück der erste Spatenstich gethan werden konnte, und mehr als zwei Jahre noch dauerte es bis zur endlichen Vollendung des Baues.

Das lange Warten wird gut. Die Anstalt in der Oberbergerstraße trägt dieses Sprichwort nicht Lügen: sie kann in jeder Beziehung als musterhaftig bezeichnet werden. Im Hinblick auf die Forderungen der Hygiene darf das erstklassigere von allen städtischen Badeanstalten Berlin gesagt werden. Ihre Stadtgemeinde ist erst jetzt spät an die Aufgabe herangegangen, neben den Fluss-Badeanstalten auch Warm-Badeanstalten zu errichten, die der weniger bemittelten Bevölkerung das ganze Jahr hindurch zur Verfügung stehen. Sie hat aber dafür auf diesem Gebiete von vornherein verhältnismäßig so Nütziges geleistet, daß sie sich — in bemerkenswertem Gegenatz zu mancher andrer ihrer Leistungen — sehr wohl damit lassen kann.

Die neuesten Volks-Badeanstalten der Stadt können auch in ästhetischer Hinsicht verdünnte Ansprüche befriedigen. Sie sind Schöpfungen des Stadtbaurats Hoffmann, dem wir nun bereits eine ganze Reihe von Neubauten verdanken, die zugleich der Stadt zur Freude gereichen. Auch die Anstalt in der Oberbergerstraße zeigt aufs neue das reiche Können Hoffmanns und verrät den Künstler, der mit voller Hingebung an der Lösung der ihm gestellten Aufgabe gearbeitet hat. Sie wird darum ein neuer Stein des Anstoßes sein für die Bauausführung der freisinnigen Stadtverordneten-Mehrheit, deren Verständnis für die Wichtigkeit eines Berliner Stadtbaurats sich an den nächsten Bauten eines Blauensteins herangebildet hat.

Ein neuer Stein des Anstoßes wird die nunmehr eröffnete Anstalt zugleich für die Inhaber der privaten Badeanstalten sein. Die Tätigkeit, die die Berliner Kommunalverwaltung in neuerer Zeit auf dem Gebiete des Badewesens entfaltet hat, ist diesen Herrschaften begreiflicherweise sehr unangenehm. Sie schreien über die Konkurrenz, die die Stadt ihren steuerzahlenden Bürgern macht, und behaupten dreist, es sei gar kein Bedürfnis nach mehr Badeanstalten vorhanden. Es ist erstens, daß die städtische Verwaltung auf das Geringste der Badeanstalts-Besitzer bisher wenig Rücksicht genommen hat. Die „Konkurrenz“, die ihnen die Stadt macht, zwingt die Inhaber der privaten Badeanstalten mindestens zu größerer Sauberkeit, die sehr nötig ist. Sollte sie aber die privaten Anstalten schließlich ganz verdrängen, so wäre auch das kein Verlust, sondern vielmehr ein Gewinn. Das Badewesen ist als Teil der Volks-Gesundheitspflege eine öffentliche Angelegenheit. Die Errichtung von Badeanstalten sollte niemals der naturgemäß zuerst auf den Profit bedachten Privatkapitalisten überlassen, sondern stets als eine Aufgabe der Kommune angesehen werden.

Die Arbeitslosenzählung und die Firma Raud u. Hartmann. Die Berliner Gewerkschaftskommission, die bekanntlich am 1. Februar die Arbeitslosenzählung in Berlin und den Vororten vornahm, hatte zum besseren Verständnis und zur Information für das Publikum eine Aufklärung in Form eines Säulenaufschlags geplant. Das Manuskript wurde von der Firma Raud u. Hartmann abgenommen und der Preis dafür bezahlt. Am Nachmittage, nachdem dies geschehen, teilte die Firma den Interessenten zu deren Ueberzeugung mit, daß sie den Aufschlag nicht bringen könne. Geld und Manuskript sandte sie zurück. Die Interessenten verzweifelten aber die Annahme. Auf die Anfrage, warum das Plakat zum Aufschlag an den Säulen nicht angenommen werde, wurde der Gewerkschaftskommission die Mitteilung, daß das Manuskript auf Grund der §§ 9 und 10 des Preßgesetzes zurückgewiesen werden müsse. Da die aufstrebende Behörde Plakate derartigen Inhalts nicht gestatte, zu dem Inhalt des Manuskripts war nun nichts zu entdecken, was gegen die vorbenannten Paragraphen verstoßen könnte; der Text verletzte weder gegen die Ordnung und die guten Sitten noch den Anstand. Nunmehr fragte der Vertreter der Gewerkschaftskommission beim Berliner Polizeipräsidenten an, warum das Verbot erfolgt sei. Der in Betracht kommende Decernent erklärte darauf, daß vom Polizeipräsidenten ein Verbot zum Aufschlag an den Säulen überhaupt nicht erfolgt sei! Die Sache liege so, daß die Polizei der Firma überhaupt nichts zu verbieten habe. Der Polizei stehe lediglich das Recht zu, Plakate, deren Inhalt gegen die guten Sitten, den Anstand usw. verstoßen, zu entfernen.

Damit hat die Firma Raud u. Hartmann aus eigenem Ermeßlen gehandelt. Es ist für diese Ungehörigkeit schwer den Grund zu erraten. Sollte die Firma etwa so empfindlich sein, daß sie eine Auforderung an das Berliner Publikum, die Arbeitslosen-Zählarten genau auszufüllen — bereits als Rebellion gegen die heutige Gesellschaftsordnung ansieht? — und in solcher Rebellion einen Vorstoß gegen den Anstand und die guten Sitten erblickt? Dieser Vorstoß beweist von neuem, daß es durchaus notwendig ist, das Anschlagwesen den Monopolisten aus der Hand zu nehmen und in städtische Regale zu übernehmen. Unsere Stadtverordneten werden gewiß auch diesen Fall beachten.

Das „Gesundbeten“ im Volksgymnasium. welches am Donnerstag in der Stadtverordneten-Versammlung zu einer regen Debatte Veranlassung gab, dürfte die städtischen Behörden noch des weitern beschäftigen. Wie es heißt, wird die städtische Schuldeputation noch zu der Angelegenheit Stellung nehmen und einschlägigen suchen, ob Gymnasialdirektor Stellungnahme aus eigener Machtvollkommenheit den Anhängern der metaphysischen Gesellschaft die Aula des Gymnasiums eingeräumt, oder ob er dazu in der That die Genehmigung seitens seiner Vorgesetzten, der Stadtpräsidenten Fürstenau und Gerstenberg, eingeholt hat. Man will, wenigstens wird uns dies von Stadtverordneten versichert, endlich einmal im Prinzip festgestellt sehen, ob höhere städtische Beamte berechtigt sind, ohne Vorwissen des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung der Stadt gehörige Räume an Privatgesellschaften zu vergeben; eventuell soll ein Antrag eingebracht werden, wonach nur die städtische Schuldeputation berechtigt ist, Schulräume zu wissenschaftlichen Vorträgen herzugeben.

Die Zahl der Opfer der Großen Berliner Straßenbahn war im ersten Monat des neuen Jahres leider recht groß. Es wurden nicht weniger als 4 Personen todsichend, gegen 2 im Dezember 1901, und zwar der Stenograph Eduard Bremer am Alexanderplatz, der zweijährige Knabe Max Leonhardt in der Breslauerstraße, der 24jährige Stallmann Ernst Braun, der von seinem Pferde abgeworfen und gerade vor einen Straßenbahnwagen geschleudert wurde, und der 64jährige Gemeindeführer Wilhelm Gröffe in der Zuerstraße in Moabit. Die Zahl der Schwerverletzten beträgt 12 gegen 11 im Vormonat. Während die brennenden Straßenbahnwagen zu den Seltenheiten gehören und Drahtbrüche fast ganz aufgehört haben, zählen die Zusammenstöße zwischen Straßenbahnwagen untereinander oder solchen mit anderem Fahrzeug noch immer zu den täglichen Erscheinungen. Der größte Teil der Schwerverletzten besteht aus Damen, die durch ungeschicktes oder verletztes Abpringen Schaden genommen haben, die Straßenbahnverwaltung hätte deshalb gut daran, das Anbringen der in Aussicht genommenen Warnungsplakate thunlichst zu beschleunigen.

Ein Künstlerverhaltens Zukunftsproblem. Früher sollte der Dichter mit seinem König gehen; Schiller war gegen die Monarchen so höflich, beiden den Platz auf der Reichsacht Höben anzuweisen. Der geläuterte Menschenbegriff der Unterthanen läßt solche freche Parität nicht mehr zu; der Dichter Lauff schreitet heute hinter seinem König her, in gemessener Entfernung und gewärtig jeden Winkes. Die Anerkennung, welche dem diktierenden Artilleriehauptmann von oben zu teil geworden, zeigte am Donnerstagabend den Bildhauer Prof. Eberlein, sich als selbstamer Interpret der künstlerischen Gedanken Wilhelm II. zu versuchen und die Kunst der Siegesallee durch ein angeblich das 21. Jahrhundert aufweisendes Fernrohr ins Ungemessene vergrößert zu zeigen. Als Herr Eberlein begann, diese eigenwillige Kunst als Beherrschung der Zeit unserer Menschheit hinzustellen, dachten wir, daß es dem Künstler um einen Scherz zu thun sei. Es war uns, als ob wir einen Apologeten

Friedrich II. am Ende des 18. Jahrhunderts beweisen hörten, daß die neue Kunst der Goethe und Schiller sich bald ausgelebt haben werde und die ewigen Gesetze, die von den Alten geformt und von den Dichtern des französischen Sonnenkönigs der Neuzeit überliefert seien, für die fernsten Tage des deutschen Volkes Geltung behielten, dem so habe der große Friedrich die Kunst begriffen. Aber Herr Prof. Eberlein meinte es ernst mit seinem Zukunftsmodell. Er mochte uns darauf gefaßt, daß das Volk von Berlin am letzten Tage des Jahres 1909 eine Denkmalskränze bewundert, die „Jingerkang“ vom Brandenburger Thor bis zum Großen Stern geht. Rauter Denkmäler im Sinne Kaiser Wilhelm II., dem die Reuter, die am Beginn des 20. Jahrhunderts die ewigen Gesetze der Schönheit und Harmonie dreist bedrohten, sind gleich den politischen Volksempfindern längst in den Ort der Weltgeschichte hinausgestoßen worden. Auch nach hundert Jahren gibt es, Herr Prof. Eberlein zufolge, eine Monarchie, die dann womöglich noch gefestigter als die von heute dasteht. Der Monarch dieser Zukunft ist ein ehrwürdiger Herr, der per Automobil durch die Lüste fährt und von seiner Höhe herab die dann von jedem ampedete wahre Kunst an allen Ecken und Enden leitet und fördert. Das Andenken seines Vorfahren Wilhelm II. ehrt er durch ein riesenhafte Denkmal, dessen von Ueberladung strotzenden Entwurf Prof. Eberlein bereits der begriffsfähigen Gegenwart vorgeführt die Götter hatte. Es ist Dank der Freundlichkeit des Monarchen der Zukunft dann ein Berlin geschaffen, das sich ohne Schmeichelei die schönste Stadt der Welt nennen kann. Dem die wahre Kunst hat die Linden mit lauter silbernen Regierungsbauten besetzt, die Promenaden dieser vis triumphalis mit Alpenluft und südlischer Vegetation verlorst und sogar das Volk glücklich gemacht. Ganz arme Leute gibt es im Jahre 2000 Dank der monarchischen Sozialreform der Zukunft nicht mehr; damit die Luft Berlins aber rein bleibe, wohnen die Arbeiter dann weit, weit draußen in den Vororten und lassen sich unterirdisch dahin befördern. Zu allem Ueberflus läßt Prof. Eberlein auch noch die Presse des 21. Jahrhunderts sich zum Guten wenden, denn die zerschende Kritik, die dem königlichen schaffenden Künstler oft so unangenehm ins Gehege fährt, hat sich dann zum positiven Wirken und Fördern hindurchgeläutert. So ist es um das Denken eines streng monarchischen Künstlers bestellt.

Ueber moderne Höhlenbewohner bringt eine hiesige Korrespondenz folgende Meldung: Auf einem unbebauten freiliegenden Terrain an der Frankfurter Chaussee ist gestern eine regelrecht angelegte Höhle entdeckt worden. In diesem unterirdischen Versteck haunte, wie sich herausgestellt hat, bereits seit Wochen eine Anzahl junger Burken und Mädchen, insgesamt etwa ein Duzend Personen. Die Einwohner der an der Grenze zwischen Berlin und Zehlendorf gelegenen Arcyburgerstraße hatten seit einiger Zeit viel unter Diebstählen aller Art zu leiden, ohne daß es gelingen wollte, der Thäter habhaft zu werden. Eines Abends bemerkten nun Passanten auf einem unbebauten Grundstück mehrere verdächtige junge Leute; man behielt sie im Auge und gewahrte, daß sie plötzlich wie vom Erdboden verschwunden waren. Es wurden daraufhin auf dem Grundstück weitere Nachforschungen angestellt; man entdeckte eine Fallthüre und benachrichtigte die Polizei. Die diebstahligen Höhlenbewohner müssen noch rechtzeitig vor der drohenden Gefahr gewarnt worden sein, denn als polizeilichsichers in der Nacht die Fallthüre mitstellt wurde, waren die Vögel ausgeflogen. Durch die Fallthüre gelangte man mit Hilfe einer eisernen Leiter in eine 1 1/2 Meter lange und 12 Meter breite Höhle, die recht gut, fast wohnlich eingerichtet war. Es wurden Weinflaschen und verschiedene andere Gegenstände in dem Versteck gefunden, die darauf schließen lassen, daß die Höhlenbewohner kein schlechtes Leben geführt haben, wie denn auch durch die merkwürdige Entdeckung erwiesen wurde, daß ein Teil der vorgekommenen Diebstähle auf ihre Rechnung zu setzen ist. Die Höhle verblieb unter polizeilicher Bewachung, doch sind bis jetzt ihre Bewohner nicht zu ermitteln gewesen.

Der Magistrat und die städtischen Arbeiter. Der Magistrat beschloß gestern mit Rücksicht auf die „nührverstandene“ Deutung, welche die Magistratsverwaltung vom 25. Oktober 1901 über die einheitliche Regelung der Bestimmungen über das Arbeitsverhältnis der städtischen Arbeiter außerhalb der städtischen Verwaltung gefunden hat, den zweiten Satz der Nr. 3 dieser Verfügung dahin zu deklarieren, daß die Auflösung des Arbeitsverhältnisses die Wieder Einstellung des zu einer militärischen Uebung einkommenden Arbeiter keineswegs ausschließt. In der städtischen Verwaltung sei in diesem Sinne schon immer verfahren worden. Na, na!

Wein Aushängen von einem Straßenbahnwagen ist der Restaurateur Louis Keller in der Andraestraße gestern schwer verunglückt. Schwer verletzt wurde er in seine Wohnung gebracht.

Das Befinden Rudolf Virchows ist, wie berichtet wird, angeblich zufriedenstellend. Der Patient erhebt sich besserer Nachtruhe und nimmt leidlich gut Nahrung zu sich. Die Heilung hat Fortschritte gemacht.

Abermals ein „Bankier“ verhaftet. Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft am Landgericht I ist gestern der sogenannte „Bankier“ Gustav Adolf Koch aus der Wallstraße festgenommen worden. Der Angeklagte betrieb hier unter der Firma Koch u. Co. Kommanditgesellschaft ein Geschäft nach der Art des kürzlich verurteilten Lohschäblers Scholl. Er verkaufte anfänglich Prämienlose auf Abzahlung und machte später Geschäfte mit dem Vertrieb von Zahlungspapieren auf Abzahlung. Seine Kunden waren ausschließlich kleine Leute, denen er die Anzahlungen abnahm und sie mit ihren weiteren Forderungen an ihn einfach in der Luft schweben ließ. In welchem Maße er den Schwandel betrieb, geht daraus hervor, daß schon jetzt die Staatsanwaltschaft auf Grund umfangreicher Ermittlungen etwa 250 Fälle des Betruges, der Unterschlagung und der Untreue feststellt hat.

Der Verbandstag der deutschen Bahnhofs-Wirte findet am 4. und 5. Februar er. in den Räumen des City-Hotels, Berlin, Dresdenerstr. 52/53, statt. Mit dem Verbandstag wird auch in diesem Jahre wieder eine Ausstellung der Rahrungs- und Gemüsmittel-Vorräte und sämtlicher für den Gastwirts-Betrieb erforderlichen Gebrauchsgegenstände verbunden sein.

Feuerbericht. Eine reiche Brandschönheit hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden zu verzeichnen. Infolge mehrfacher Meldung mußte Freitagabend 7 Uhr ein größeres Löschaufgebot nach der Reuen Wehrstr. 21 ausrücken, wo in der Ensalwarenhandlung von G. Negele u. Co. das Warenlager in Brand geraten war. Im Wesentlichen brannte die Verpackung der Waren, doch konnte die Gefahr in kurzer Zeit beseitigt werden. Erheblicher Schaden ist nicht entstanden. Freitagvormittag 8 Uhr wurde die Wehr nach der Oberbergerstr. 22 gerufen, wo im zweiten Stock in einer Wohnung Betten, Möbel und Kleiderstücke Feuer gefangen hatten. Es gelang indes die Flammen in kurzer Zeit zu löschen. Kurz vorher mußte in der Invalidenstr. 18 ein Brand abgelöscht werden, der den Fußboden und die Balkenlage ergriffen hatte. Freitags 5 Uhr war in der Grenadierstr. 5 in einem Keller ein Sofa in Brand geraten. Eine Stunde später erfolgte wiederum eine Alarmierung nach der Grenadierstraße und zwar nach Nr. 35, wo in einem Keller Gerahmpel und alter Hausrott brannte. Donnerstagsabend gegen 9 Uhr mußte in der Alten Jankofstr. 86 in einer Tischlerei ein kleiner Brand beseitigt werden, der hauptsächlich Kupfholzer beschädigte. Nachmittags gingen in der Fürstengrabenstr. 13 Gardinen, Wäsche und Kleiderstücke in Flammen auf, während in der Loubdbergerstr. 28 im 2. Stock Hausgeräte in einer Kabine brannten. Außerdem erfolgten noch Alarmierungen von Gerahmpel 5 und Prenzlauerstr. 17, die jedoch auf geringfügige Anlässe zurückzuführen waren.

Die beiden Februar-Vorstellungen der Reuen freien Volksbühne (Regie Dir. Friedrich Rösch) finden für die erste Abteilung am 9. für die zweite Abteilung am 16. Februar im Belle-Alliance-Theater statt. Gesungen werden Heinrich Dandies „Karlshütter“.

Nichtigstellung. Von dem Rektor der 123. Gemeindefschule erhalten wir folgende Aufschrift: Die Mitteilung in Nr. 24 Ihres geschätzten Blattes, nach welcher an Kaisers Geburtstag fünf Schüler der 123. Gemeindefschule auf der Straße wegen Diebstahls festgenommen worden sind, beruht auf einem Irrtum. Die Angelegenheit

bezieht sich nicht auf die genannte Anstalt, die überdies eine Mädchen-Schule ist.

Tot aufgefunden wurde gestern Abend in der Straße Neu-Köln am Haffer der 36jährige Arbeiter Otto Schmidt aus der Prenzlauerstraße 46. Er hatte seinem Leben durch Erschießen ein Ende gemacht. Die Leiche wurde nach dem Scharnhauße gebraucht.

Von einem Besucher unserer juristischen Sprechstunde ist am Mittwochabend ein Schirm zurückgelassen worden, der in unserer Redaktion abgeholt werden kann.

Das städtische Obdach in der Gröbelsstraße erforderte in den letzten Jahren ganz erhebliche Mehrausgaben. Im Jahre 1900 stiegen die Ausgaben auf 421 000 M. und im laufenden Etat sind rund 451 000 M. angelegt. Der neue Etat für 1902 zeigt abermals eine Erhöhung um 15 000 M.

Aus den Nachbarorten.

Die Rixdorfer Stadtverordneten-Versammlung hatte in ihrer Sitzung vom 30. Januar eine Vorlage, betreffend die Anlegung der Straße 19 des Bebauungsplanes, zu erledigen. Es ist dies die Straße, welche am Kohlhufer Damm beginnt und den direkten Verkehr von Berlin Süd nach dem mächtig ausblühenden Rixdorfer Stadtteil auf den Könnischen Wiesen vermitteln soll; also von großer Bedeutung ist. Die Versammlung nahm die Erklärung an, wonach sich die Grundbesitzerin Frau v. Westermagen verpflichtet, unter gewissen Voraussetzungen Straßenland unentgeltlich herzugeben und Straßenherstellungskosten zu übernehmen. Der Eisenbahnschluss will auch unentgeltlich Straßenland überweisen, die anteiligen Straßenbaukosten sollen aber erst bei der späteren Bebauung erhoben werden. Diese Erklärung wurde ebenfalls genehmigt und beschloffen, den fraglichen Kostenanteil vorläufig auf die Stadt zu übernehmen. Es sind 89 000 M., die aus der letzten großen Anleihe entnommen und in den nächsten Stadthaushalts-Vorschlag eingestellt werden sollen.

Aus Rixdorf. Mit Rücksicht darauf, daß die Erdarbeiten zum Bau des Stichkanals, so weit solche im Trockenen gefördert werden können, östlich der Willdenbruchstraße in einigen Tagen fertiggestellt sein werden, hat die Baudeputation die Inangriffnahme der Erdarbeiten auf der Strecke nordwestlich der Willdenbruchstraße bis zur Lohmühlenstraße beschloffen. — Auf den Hoch- und Tiefbauten der Stadtgemeinde sind zur Zeit 381 Arbeiter beschäftigt.

Geborene Ordnungsfälle. Unter dem Verdachte, amtliche Gelder unterschlagen zu haben, ist der Gemeindefassenerendant G. Knisse in Bismersdorf verhaftet worden. Knisse hatte in seiner amtlichen Stellung die Verwaltung der Gemeinde- und Steuerkassen des Borsches Bismersdorf unter sich. Infolge einer Verleumdung, die er sich am rechten Fuß zugezogen hatte, konnte er seit einigen Wochen den Dienst nicht versehen. Da die Revision der vorgelegten Bücher in zwei Wochen bevorstand, wurde ein Vertreter mit der Verwaltung der Kasse beauftragt. Hierbei ergab sich ein Fehlbetrag, der nach den bisherigen Feststellungen auf etwa 20 000 Mark angegeben wird, jedoch erscheint es nicht ausgeschlossen, daß eine höhere Summe fehlt. Die Bücher wurden sofort mit Beschlag belegt, und der Kasseneudant Knisse wurde in seiner Wohnung Meidenburgische Straße 85 verhaftet und nach dem Amtsgefängnis gebracht. Gestern vormittag fand seine Ueberführung in das Untersuchungsgefängnis des Kgl. Landgerichts II Berlin statt, wo bereits die ersten Vernehmungen in der Sache erfolgten. Knisse ist seit etwa 20 Jahren in Dienst; er ist verheiratet, aber kinderlos, und besaß bisher bei seinen vorgelegten Behörden unbegrenztes Vertrauen. Außerhalb seines Amtes trat er als Vorsitzender des „Reichstreuen-Vereins“ sehr thätig in die Erscheinung.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 2. Februar, vormittags 8 1/2 Uhr, in der Aula der 68. Gemeindefschule, Kleine Frankfurterstraße 6: Versammlung, „Freireligiöse Vorträge“. Um 10 1/2 Uhr vormittags, ebenfalls: Vortrag des Herrn Waldemar Manasse: „Wörter außer Dienen“. Vor- und Nachspiel auf dem Pariser Musik-Panorama. Gede, Damen und Herren, sehr willkommen.

Verband der Maschinen- und Heizer. Sonntag, den 2. Februar, nachmittags 5 Uhr, in Coburgs Hofstr. 20, Versammlung, Tagesordnung: Fortsetzung von der am 19. Januar stattgefundenen Generalkonferenz.

Allgemeine Kranken- und Verletzte der Metallarbeiter (S. 29). Hamburg, Hülse Berlin I. Mitgliederversammlung der 4. Wahlabteilung der Hülse Berlin I, Berlin IX, Schöneberg Sonntag, den 2. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, in Habels Brannerstr. 5-7. Tagesordnung: Aufstellung der Kandidaten zur Generalversammlung und Beschließendes.

Witterungsübersicht vom 31. Januar 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Wolken- bedeckung	Wetter	Temp. u. C. 5 u. 10 U.	Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Wolken- bedeckung	Wetter	Temp. u. C. 5 u. 10 U.
Stromberg	783.9	W	4 bedeckt	0	5	Hannovers	779.9	W	2 wolfig	-32	5
Dahlemburg	784.9	W	3 bedeckt	-1	5	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	781.9	W	3 bedeckt	-1	5	Karl	783.0	W	4 wolfig	-2	5
Frankf. M.	776.9	W	4 wolfig	-1	5	Berden	—	—	—	—	—
Wilmshagen	771.9	W	6 wolfig	-1	5	Paris	772.9	W	4 wolfig	-2	5
Wien	776.9	W	1 wolfig	0	5	—	—	—	—	—	—

Weiter-Prognose für Sonntag, den 1. Februar 1902.
Kälter, trocken und vorwiegend heiter bei ziemlich scharfen nordöstlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

Werbung. Unsere Stellung zu der Depesche ist im „Vorwärt“ bekannt gegeben. Zu weiteren Andauerbedingungen haben wir keinen Anlaß. — G. W. 66. Die Beitragsamtlern erhalten 1/2 Proz. von der Einnahme. Wären dafür verloren gegangene Marken oder Fehlbeträge, die beim Kassieren entziehen, beden.

Wage. 100. Außer Ihrer Werbungswarte müssen Sie das mit dem Rechtskraft-Arbeit verfehrene Schiedsgericht-Arbeit beibringen. — G. H. 100. Sie können nur dann die Betriebsbeurteilung, wenn Sie Dispenz erhalten haben. 2. Wenn der Betriebsbeurteilung, was nicht angenommen ist, Ihnen etwas vorzuzählen sollte, was Ihnen nicht paßt, dann können Sie und Ihre Beirat ihn mit der Mitteilung unterbrechen, daß Sie die Ehe miteinander eingehen wollen, und verlassen ihn. (S. 1317 S. 2.)

— **G. J. 100.** Sie können nur dann die Betriebsbeurteilung, wenn Sie Dispenz erhalten haben. 2. Wenn der Betriebsbeurteilung, was nicht angenommen ist, Ihnen etwas vorzuzählen sollte, was Ihnen nicht paßt, dann können Sie und Ihre Beirat ihn mit der Mitteilung unterbrechen, daß Sie die Ehe miteinander eingehen wollen, und verlassen ihn. (S. 1317 S. 2.)

— **G. J. 100.** Sie können nur dann die Betriebsbeurteilung, wenn Sie Dispenz erhalten haben. 2. Wenn der Betriebsbeurteilung, was nicht angenommen ist, Ihnen etwas vorzuzählen sollte, was Ihnen nicht paßt, dann können Sie und Ihre Beirat ihn mit der Mitteilung unterbrechen, daß Sie die Ehe miteinander eingehen wollen, und verlassen ihn. (S. 1317 S. 2.)

— **G. J. 100.** Sie können nur dann die Betriebsbeurteilung, wenn Sie Dispenz erhalten haben. 2. Wenn der Betriebsbeurteilung, was nicht angenommen ist, Ihnen etwas vorzuzählen sollte, was Ihnen nicht paßt, dann können Sie und Ihre Beirat ihn mit der Mitteilung unterbrechen, daß Sie die Ehe miteinander eingehen wollen, und verlassen ihn. (S. 1317 S. 2.)

— **G. J. 100.** Sie können nur dann die Betriebsbeurteilung, wenn Sie Dispenz erhalten haben. 2. Wenn der Betriebsbeurteilung, was nicht angenommen ist, Ihnen etwas vorzuzählen sollte, was Ihnen nicht paßt, dann können Sie und Ihre Beirat ihn mit der Mitteilung unterbrechen, daß Sie die Ehe miteinander eingehen wollen, und verlassen ihn. (S. 1317 S. 2.)

— **G. J. 100.** Sie können nur dann die Betriebsbeurteilung, wenn Sie Dispenz erhalten haben. 2. Wenn der Betriebsbeurteilung, was nicht angenommen ist, Ihnen etwas vorzuzählen sollte, was Ihnen nicht paßt, dann können Sie und Ihre Beirat ihn mit der Mitteilung unterbrechen, daß Sie die Ehe miteinander eingehen wollen, und verlassen ihn. (S. 1317 S. 2.)

— **G. J. 100.** Sie können nur dann die Betriebsbeurteilung, wenn Sie Dispenz erhalten haben. 2. Wenn der Betriebsbeurteilung, was nicht angenommen ist, Ihnen etwas vorzuzählen sollte, was Ihnen nicht paßt, dann können Sie und Ihre Beirat ihn mit der Mitteilung unterbrechen, daß Sie die Ehe miteinander eingehen wollen, und verlassen ihn. (S. 1317 S. 2.)

— **G. J. 100.** Sie können nur dann die Betriebsbeurteilung, wenn Sie Dispenz erhalten haben. 2. Wenn der Betriebsbeurteilung, was nicht angenommen ist, Ihnen etwas vorzuzählen sollte, was Ihnen nicht paßt, dann können Sie und Ihre Beirat ihn mit der Mitteilung unterbrechen, daß Sie die Ehe miteinander eingehen wollen, und verlassen ihn. (S. 1317 S. 2.)

— **G. J. 100.** Sie können nur dann die Betriebsbeurteilung, wenn Sie Dispenz erhalten haben. 2. Wenn der Betriebsbeurteilung, was nicht angenommen ist, Ihnen etwas vorzuzählen sollte, was Ihnen nicht paßt, dann können Sie und Ihre Beirat ihn mit der Mitteilung unterbrechen, daß Sie die Ehe miteinander eingehen wollen, und verlassen ihn. (S. 1317 S. 2.)

Beleidiger wohnt, fruchtlos ausgefallen ist. — N. 7. Sie manen zahlen. — Augenleidend. Sie mühten sich diesfalls mit der Krankenkasse direkt in Verbindung setzen. — P. 145. Eine Darlegung über das rechtlich sehr verwickelte Wasserrecht, Trausicht und Nachbarschaft ist nicht möglich. In ihrem Falle steht Ihrem Nachbar, falls ihm nicht etwa früher ausdrücklich ein Recht eingeräumt ist, kein Anspruch auf das Wasserrecht zu. —

P. 29, 89. 1. Rein. 2. Wenden Sie sich um Auskunft an das kundmüchtige Amt. — N. 2. 61. Doktor giebt es keine Priß. Die von Ihnen imbedachten Sachen dürfen Sie nicht verkaufen. Sie können nur entweder öffentliche Veranlassung nach vorheriger Androhung des Verkaufs herbeiführen oder nach Androhung Ihrer Forderung die Versteigerung veranlassen. — P. Friedenau. Ihre Mutter soll sich mit einem Antrag auf Be-

willigung einer Unfallrente an die Brandenburgische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft zu Berlin, Palmsir. 8, wenden. Falls, was wahrscheinlich, für den dortigen Bezirk eine Krankenversicherung für landwirtschaftliche Arbeiter nicht besteht, hat die Gemeinde während der ersten 13 Wochen die Mindestleistungen (ärztliche Behandlung und Kranfengeld) zu leisten. — W. M. 100. 1. Ja. 2. Rein. — W. M., Brin. Rein.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Sonnabend, 1. Februar.
Cypernhaus. Caccini. Anf. 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Das große Licht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Cypern-Theater (Kroll). Geschlossen.
Schiller. Der Jongleur. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Es lebe das Leben. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Die rote Robe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Rochow. 3 Uhr: Sondervorstellung: Luciano Gelpi: Simon. — Der Hahn. — Die Fahrt über den Stur.
Leipzig. Die Zwillingsschwester. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reitbahn. Die japanische Befe. Sordher: Chasson-Croisoz. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Coralle u. Co. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Kat und Zimmermann. Anfang 7 1/2 Uhr.
Recessionsbühne. Delfes Viten-crowd Bunted Breill. Anfang 8 Uhr.
E. v. Wolzogens Bunted Theater (Ueberritt). Anfang 8 Uhr.
Schall und Rauch. Vorstellung vor Serenissimus. Anf. 8 1/2 Uhr.
Trianon. Lebende Lieder. Kleine Spiele. Anfang 8 Uhr.
Central. Das süße Mädel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Rochow. 4 Uhr: Schneewittchen bei den sieben Zwergen. Einlagen: Lebendes Schauspiel. Die Puppe. Die freie Kette.
Thalia. Seine Kleine. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Der Walzerkönig. Anfang 8 Uhr.
Carl Weiss. Das Jungfernstift. Anfang 8 Uhr.
Rochow. 4 Uhr: Kinderdarstellung: Klein Däumling und der Menschenfresser.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die drei Wünsche. Anfang 7 1/2 Uhr.
Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville. Hierauf: Gr. Anfang 7 1/2 Uhr.
Crepens. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Charivari-Breitl. Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Metropol. ne feine Nummer. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Casino-Theater. Lustige Bräder. Ghetos. — Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Specialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Passage-Vanoptikum. Specialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Urania. Tauben-Strasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Invalidenstr. 57/62. Tägliche Sternwarte.

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurterstr. 132.
Nachmittags 4 Uhr: Kinderdarstellung zu kleinen Preisen:
Klein-Däumling
und der Menschenfresser.
Abends 8 Uhr.
Das Jungfernstift.
Operette in 4 Akten nach einer Idee des Paul de Rod von Ernst Günrot. Musik von Jean Gilbert.
Morgen: Das Jungfernstift.
Schall und Rauch
(Kleines Theater)
Unter den Linden 44.
Sonnabend, den 1. Februar 1902, abends 8 1/2 Uhr:
Vorstellung vor Serenissimus
Familienidyll etc.

Urania.
Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Frühlingstage an der Riviera
Invalidenstr. 57/62.
Tägliche Sternwarte.

Central-Kranken- u. Sterbe-Kasse der Tischler etc.
Ortsverwaltung Berlin B.
Mitglieder-Berjammlung
am Sonntag, 2. Februar cr., vormittags 9 1/2 Uhr, im Märkischen Hof, Admiralsstr. 18 c. Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1901.
2. Die Kassearbeiten. 3. Verschiedene Kassenangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert.
181/1* Die Ortsverwaltung.

Preßföhlen-Bruch!
Scheffel 70 Pf. ab Platz,
2. Sorte Briquette 100 St. 70 Pf. dto. (3345)*
F. Schleussner,
Lagerplatz: Bahnhofsstr. 43, Eingang: Kreuzbergstr. 43.

Wo?
schmeckt das Bier am besten? In dem neu renovierten Lokal von **Gustav Urban, Friedrichsbergstr. 11, „Segler-Beim“**, 2 schöne Saalräume.

Cirkus A. Schumann.
Sonnabend, den 1. Februar, abends präc. 7 1/2 Uhr:
XVIII. Grande Soirée High-Life.
Solo-Programm. Neue Debüt. Neu! Zum erstenmal in Deutschland!
Monsieur Edouard Sosmann. Zum erstenmal. Sensationell!
? L'écuyère lumineuse ?
In Feuer und Flammen.
Ferner sämtliche neu engagierten Spezialitäten und Dir. A. Schumanns neueste Originalprogramme. — Zum Schluss zum erstenmal:
MEPHISTO
und Doktor Faust.
Eine romantisch-phantasische Handlung in 3 Akten von August Siem. In Scene geführt von Dir. A. Schumann und Hofballmeister Siem. 1. Akt: Im Studierzimmer des Doktor Faust. — Im Reich der Liebe. 2. Akt: Ein Scherzstück im 16. Jahrhundert. — 3. Akt: Der Hengstjährt auf dem Bloßberge. Die 10 fache Tenfels-Voltige. — Fausts Höllenritt. — Die fliegenden Gestalten der Unterwelt. Schluss-Apoteose.
Sonnabend zwei große Vorstellungen. In beiden Vorstellungen nachmitt. und abends: **Mephisto**. In beiden Vorstellungen: **Rosk. Edouard Sosmann** und sämtl. neu engagierten Spezialitäten. Dir. A. Schumanns neueste Originalprogramme. Nachmitt. 1 Kind frei auf allen Plätzen. Zum zweitenmal: **L'écuyère lumineuse**.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlstrasse.
Dienstag 7 Uhr. Kur erfrischende. Direktion:
Sonntag 5 Uhr. Specialitäten. **J. H. Hütt.**
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung**

Partei-Expeditionen:
Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Wengel, Große Frankfurterstr. 133, Hof part. — SO.: Paul Böhmer, Vanthorplatz 14/15 (Laden). — Sechster Wahlkreis (Noabit): Karl Anders, Salzweberstr. 8, im Laden. — Wedding und Oranienburger Vorstadt: Emil Stöckenburg, Wiesenstr. 41/42. — Gesundbrunnen: Hermann Raschke, Grünhaldenstr. 65. — Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt: Karl Marx, Kabanien-Allee 95/96. — Charlottenburg: Gustav Schwarberg, Seidenhakenstr. 1, Ecke Worchelstr. u. I. — Deutsch-Wilmersdorf: W. Riebel, Wilmersstr. 108, part. — Friedrichsberg-Friedrichsfelde: Oswald Brauer, Berlin O., Frankfurter Allee 197. — Grünau: Gustav Wierß, Spänischerstr. 111. — Rixdorf: Oßermann, Grünhaldenstr. 6. — Schöneberg: W. H. Däumler, Apffelgasse 13, Duergel. Hoch. — Ober-Schöneberg: Otto Kohn, Wilhelmshofstr. 18. — Nieder-Schöneberg: Karl Weber, Cigarrengehäuf. — Johannisthal: Paul Mann, Friedrichstr. 39, I. — Adlershof: Gustav Hise, Dackenbergstr. 8. — Köpenick: Friedrich Boldt, Grünhaldenstr. 29. — Friedenau-Steglitz: S. Bernsee, Rixstr. 15 in Friedenau. Vorstellungen nehmen entgegen in Steglitz: S. W. H. Doppelstr. 8, und Fr. Schellhase, Hornstr. 15a. — Baumshulenberg: Stodt, Grünhaldenstr. 2, II. — Neu-Weissensee: Heinrich Bachmann, Webersstr. 1, part. links. — Rummelsburg: Borgberg, Prinz Albersstr. 5a.
Ausdem ist sämtliche Parteilitteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegen genommen.
Bitte ausschneiden!

Kufekes
BESTE NAHRUNG FÜR gesunde & darmkranke Kinder
Kindermehl.

Jede Uhr
zu reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens nur **1 Mk. 50 Pf.**, außer Bruch, keine Reparaturen billiger. Großes Lager in Uhren, Goldwaren. Ketten zu ersparten billigen Preisen. **Dufaten-Draining, 900 gsch., 1 1/2 Dufaten 15,50, 2 Dufaten 20,50.** Für sämtliche Waren schriftliche Garantie. **Edt Rathenower Brillen, Pincenes, Oecknaldier.**
T. Stolz, Chausseest. 78, P. Stolz, Badstr. 67.

Centralverein der Bildhauer Deutschlands.
Todes-Anzeige.
Am Donnerstag, den 30. Januar, verstarb nach langem Leiden unser langjähriges Mitglied, der Holzbildhauer
Otto Escher
im Alter von 26 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm die Verwaltungskasse Berlin.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 2. Februar, 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Rooditer Krankenhauses, Virchowstr. 62/63, aus statt. Um zahlreiche Beteiligung bittet
Der Vorstand.
Alle Freunde und Bekannte erlaube ich mir zu bitten am Sonntag, den 2. Febr., stattfindenden Wirtsch. verbunden u. Hof-Haus, ergebenst einzuladen. **Alex Kleburg,** Gastwirt, Urbanstraße 68. 2696
Dr. Simmel, Prinsenzstr. 59.
Specialarzt für 7/19*
Haut- und Hautleiden.
10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4.
Patentanwalt Dammann,
Moritzplatz 57.
Kunstst. bis abends neun. (3350)*

Baer Sohn
En gros. Export. En detail.
Chausseest. 21a/25. Brückstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Die 18. Preisliste der Saison 1901/1902 über gesamte Herren- und Knaben-Bekleidung (Kaufgabe 1 Million) wird kostenlos und portofrei zugesandt. Versand von 20 Mk. an franco. — Bei Bestellung genügt Angabe der Brust u. Bundweite u. Schnittlänge. Obige Preise gelten für normale Größen. 32052*

Achtung!
Genossen, Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich die Restauration und Dekoration von **H. Schulz, Pfingststr. 6,** übernommen habe und bitte um ihren werten Zuspruch. Empfehle Vereinszimmer, 60 Personen fassend.
Johannes Kaiser
früher Dreher.

Montag, d. 3. Februar
beginnt mein
Inventur-
Ausverkauf
zu beispiellos billigen Preisen.
Teppich-Haus
Emil Lefèvre
Berlin, Oranienstr. 158.
Bitte gefl. meine morgige
Sonntags-Anzeige
zu beachten.

Jeid's
MILCH-CREAM
Das einzig Beste für die häuflige Gese. geschützt.
Dose 20 Pf. in den Drogerien.

Ist das billig?
100 Stück 6 St. lang. . . . 0,60,
100 „ 7 „ „ „ . . . 0,70,
100 „ 7 „ „ „ . . . 0,85,
1 St. Henckels Werke, das Beste auf dem Markt, ungepackt. . . 0,75,
Industrie O. Bräuerei a. G. . . 0,65,
Josef Fischer, Chausseest.,
Witte Brombergstr. 19-21, ab Platz.

Metropol-Theater
Heute
Sonnabend, den 1. Februar
Dritter grosser
Metropol-Theater-Ball
Ballmusik:
Die vollständige Kapelle des Musikdirektors Julius Eindehofer unter dessen persönlicher Leitung. Vollständige Kapelle des 2. Garderegiments-Regiments unter Leitung des Kgl. Musikdirektors Neese.
Glänzende Illumination!
Grosse Ueberraschungen!
Brillante Ball-Arrangements!
Exquisite Weine und Buffets.
Rauchen gestattet.
Preise der Plätze wie gewöhnlich.
Morgen Sonntag:
'ne feine Nummer!

W. Noacks Theater.
Tramstr. 10.
Wegen Privatfestlichkeit
keine Vorstellung.

Apollo-Theater.
Zum vorletzten Male:
König Aqua.
Vollständig neues
Specialitäten-Programm.
The Leanny-Troupe
und
6 Debuts.
Anfang 8 Uhr.
Montag, den 3. Februar 1902:
Erstes Ensemble-Gastspiel
des **Central-Theaters**
mit **Mia Werber** in

Passage-Theater.
Die siebenjährige
Lola Gray
in dem Mimodrama:
Der Bajazzo und sein Kind
Sie? Lanzetta Er?
Damenluftkampf
ausgeführt von 12 jungen Damen.
16 erstkl. Nummern.

E. von Wolzogens
Buntes Theater (Ueberritt)
Küppelstr. 68.
Sonnabend, den 1. Februar 1902:
Lina Abarbanell, Rozena Bradsky u. Oskar Strauss.
U.a.: Nora-Parodie. Die beiden Pierrots. Brahms'sche Duette.
Anfang 8 Uhr.
Morgen Sonntagnachmittag-Vorstellung, 3 Uhr.

Trianon-Theater.
Georgenstr. Ecke Universitätsstr.
Madonnenschein. Lebende Lieder.
Anf. 8 Uhr. Parkett 2 M. — Sonnt.
4 Uhr: Neues Kindertheater.
Tierspiele. Kinderquartett.

Sanssouci
Kottbuserstr. 4 a.
Jeden Sonntag, Montag
und Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
Ken!
Die Zillerthaler.
Ken!
Die Poltschilgen.
Nach jeder Vorst. TANZ.
Entrée 50 u. 75 Pf. Wochenent. Anfang 8 Uhr, Entrée 30 u. 50 Pf. Wochenent. Vereinsbesitz gültig und Tanz frei.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfangs Woche 8 Uhr
Sonntag 7 Uhr.

Grosse Indische Menagerie
im Exerzierhaus
(am Brenzlauer Thor)
Lothringersstr. 1-7.
Täglich 3 große Vorstellungen. 4, 6 und 8 1/2 Uhr. Dressur mit Löwen, Tigern, Wölfen u. Schönen, sowie
Löwen-Ringkampf
und Fütterung um 4 u. 8 1/2 Uhr.
Entrée: I. Platz 1 M., II. Pl. 50 Pf., III. Pl. 25 Pf., Kinder unter 10 Jahren und Militär ohne George zahlen auf I. u. 2. Pl. die Hälfte, dem 3. Pl. 15 Pf.
Die Direktion: Frosso.

Das süße Mädel.
Cirkus Busch
Sonnabend, 1. Februar, ab. 7 1/2 Uhr:
Gr. Vorstellung **Klondike**. Orig. Panomime des Cirkus Busch. Die rätselhafte **Comtesse X.**
Deutsche Konzerthallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Größt. Vergnügungsort Berlin
Internationale Konzerte u. Specialitäten-Vorstellung
Ausschank:
Berliner Bock-Bräuerei.
Bürgerl. Diner, 5 Gänge.
Tägl. Matinee von 12-2 Uhr.
Oekonom: Gustav Prellpper.

Casino-Theater.
Lothringersstr. 37.
Solist **Wilhelm Richter** in der Gesangsposse „Lustige Bräder“. Dazu „Chloris“ und das sensat. neue Programm.
Anfangs Woche 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2 Uhr. Sonntagnachm. 4 Uhr: **Watterfegen**.

Schiller-Theater
(Wolkow-Theater).
Sonnabend abends 8 Uhr:
Der Jongleur.
Gosse mit Gesang in vier Abteilungen von Emil Pohl.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Wilhelm Tell.
Sonntag abends 8 Uhr:
Helmat.
Montag abends 8 Uhr:
Der Jongleur.

Central-Theater.
Heute Sonnabend, den 1. Februar, nachmittags 4 Uhr, halbe Preise, jeder Erwachsene hat ein Kind frei; Schneewittchen bei den sieben Zwergen.
Abends 7 1/2 Uhr:
Das süße Mädel.
Operette in 3 Akten von D. Weinhardt.
Sonntag, 2. Februar, nachmittags 3 Uhr: **Der Seefahrer**. — Abends 7 1/2 Uhr: **Das süße Mädel.**
Montag, den 3. Februar: Gastspiel **Yvette Guilbert** mit ihrer Gesellschaft. **Montmartre on Balade** (Montmartre auf Reisen).

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73.
Heute und folgende Tage mit vollständig neuer Ausstattung:
Seine Kleine.
Große Berliner Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 3 Akten. Paula Worm a. G., Guido Thieler, Helmerding, Junkermann, Baumhäuser, Gerda Walde, Boje, Wannowius, Junfermann. Anfang 7 1/2 Uhr.
Belle-Alliance-Theater.
Die Dame aus Trouville.
Schwant in Gesang u. Tanz in 3 Akten. Emil Sondermann. Ferd. Worms. Maggi Wirtner. Rosa Barton.
Hierauf: **Gr.** Pariser Lebensbild. Sonntag nachmittags 3 Uhr, Kleine Preise: **Anne-Lise.**

Arbeitslosenzählung!

Die Zählkarten sind am Sonntag ausgefüllt den Einsammlern zurückzugeben! Wir bitten die Bevölkerung Berlins uns in unserm Bemühen zu unterstützen!

Zur Arbeitslosenzählung.

Alle Personen, die sich durch ihrer Hände Arbeit zu ernähren haben, gleichviel ob sie arbeitslos oder beschäftigt sind, werden noch einmal erfragt, heute am 1. Februar, die in ihrem Besitz befindlichen Zählkarten auszufüllen und diese für die Zähler, welche die Karten am Sonntag, den 2. Februar, abholen, bereit zu halten. Wer nicht in dem Besitz einer Zählkarte ist, möge sich eine solche von dem Zähler ausbändigen lassen; auch sind diese im Bureau der Gewerkschaftskommission zu haben.

Werden in einem Haushalt mehr als eine Zählkarte gebraucht, so ist eine zweite zu verlangen. Im Haushalt wohnende Personen füllen bei der zweiten Zählkarte die für den Haushaltungsvorstand vorhandene erste Rubrik nicht aus, sondern die folgenden.

Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß die Namen und Wohnorten der Bezögerten zu keinerlei öffentlichen Zwecken oder in unzulässiger Weise verwendet werden; diese sind nur auf den Karten, um zu verbinden, daß mehrere Zählkarten auf ein und dieselbe Person ausgefüllt werden.

Achtung, Gewerkschaftsmitglieder!

Am Sonntag, den 2. Februar, morgens 8 Uhr, gehen alle Gewerkschaftsmitglieder, welche am 26. Jan. Karten ausgegeben haben, in die Bezirkslokale. Alle diejenigen, welche nicht zum Verteilen gekommen sind, treffen sich von neuem in den unten bezeichneten Sammellokalen. Gemäß dem Beschlusse der vereinigten Gewerkschaften haben sich 10 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder zur Verfügung zu stellen.

6000 Mitglieder sind am 26. Januar ihrer Pflicht nachgekommen; es hat sich trotzdem herausgestellt, daß während an der Peripherie Berlins die Hilfskräfte keine Verwendung finden konnten, im Herzen der Stadt nicht genügend Leute waren. Um die Arbeit zu erleichtern zu gestalten, ersuchen wir alle Gewerkschaftsmitglieder, welche sich am 26. Januar nicht an der Arbeit beteiligt haben, dieses am 2. Februar zu thun.

Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß alle die Mitglieder, welche am 26. Januar mitgearbeitet haben, dagegen am 2. Februar nicht erscheinen, in der Kontrollliste als nicht mitgearbeitet aufgeführt werden.

Die Mitglieder, welche am 26. Januar keine Verwendung fanden und sich am 2. Februar zur Mitarbeit einstellen, werden als anwesend verzeichnet. Das letztere gilt auch für Mitglieder, welche sich am 2. Februar neu melden.

Alle Zähler sind angewiesen, in jedem Haushalt, wo eine Karte nicht abgegeben worden ist, Nachfrage über Arbeitslosigkeit oder Erwerbsbeschränkung zu halten und dieses auf der Erfassung zu notieren.

Alle Karten sind an die Bezirksführer abzugeben. Das Centralbureau ist das Gewerkschaftsbureau, Engelallee 15. Die noch weiteren notwendigen Hilfskräfte hat sich jeder Bezirksführer aus dem ihm zunächst liegenden Sammellokal zu beschaffen, deren Telefonnummern unten angegeben sind.

Die Leiter der Sammellokale haben sich mit der Centralleitung in Verbindung zu setzen, deren Telefonnummern für den Süden und Süd-Osten Amt 7, 3783, für den Osten 7, 3258, für den Norden 7, 353 sind.

- Arminhallen, Kommandantenstr. 20, 1, 3504. Gabels Brauerei, Pergamenerstr. 6a, 10, 128. Regolt, Wasserthorstr. 68. Gwald, Schönleinstr. 6. Hilfskräfte bei Brüdern, Waldemarstr. 75, 4, 1191. Königshof, Wiltonstr. 37, 6, 241. Gewerkschaftshaus, Engelallee 15, Saal 1, 7, 3783. Hilfskräfte für III. und IV. Kreis Süd-Ost. Königshaus, Frankfurterstr. 117, 7a, 8142. Siebert, Andraastr. 21, 7, 5323. Keller, Kopenstr. 29, 7, 554. Elynum, Landberger Allee 40. Hilfskräfte für den IV. Kreis Osten. Bauer, Rosenthalerstr. 57, 3, 1296. Feind, Weinstr. 11, 7, 8054. Hilfskräfte für den V. Kreis. (Schweizer Garten fällt hinweg.) Fischer, Wollstr. 8, 2, 660. Peters, Al-Boabitt 80/81, 2, 3420. Schüler-Brauerei, Lützenstr. 24, 2, 183. Norddeutsche Brauerei, Chaussee-straße 58, 3, 2623. Köhler Hof, Köhlerstr. 8. Brinmann, Pringens-Allee 21. Schweinmünder Gesellschaftshaus, Schweinmünderstr. 42, 3, 583. Dieke, Adlerstr. 123, 3, 5114. Rümmer, Braunnstr. 188, 3, 6825. Wernau, Schwedterstr. 23/24, 3, 586. Hilfskräfte für den VI. Kreis.

- Charlottenburg, Leder, Bismarckstr. 74. Schöneberg, D.H. Weiningerstr. 8. Wilmersdorf, Witte, Berlinerstr. 40. Steglitz, Schellhose, Abornstr. 15a. Tempelhof, Müller, Verlinestr. 41. Niddorf, Thomas (Apollo-Theater), Hermannstr. 48. Baumschulenweg, Staffeld, Baumschulenstr. 84. Rummelsburg, Benling, Goethe- und Kantstr. 11. Lichtenberg, Lüttenbrunn, Friedrichs-straße 11; Wolfst. Dagen- und Gubrunnstr. 10. Friedrichs-straße 118. Loffe, Luisenstr. 20. Weiskense, Schumann, Ledderstr. 118. Prenzlauer Berg, Hoffmann, Röhlsenstr. 25. Reinickendorf, Ost, Buxteh, Provinzstr. 47. Reinickendorf-West, Engel, Eichbornstr. 73.

Radfahrer-Hilfskräfte sind im Gewerkschaftshaus und in den Lokalen, welche keine Telefonverbindung haben.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 31. Januar 1902.

In der Börse hielt in der abgelaufenen Woche im Ganzen die abwartende Haltung vor, die sich schon in der vorigen Berichtswache lautstimmig ließ; doch vermochte die zünftige Spekulation, unterstützt durch den zunehmenden Geldüberschuß, der trotz des größeren Umlaufbedarfs am Mittwoch zu einer weiteren Reduktion des Privatnotens um 1/2 Proz. auf 17/8 Proz. führte, wiederholt die Notierungen für Renten- und Bankwerte um kleine Prozentsätze zu steigern. Vornehmlich waren es die Kurse der Kohlenaktien, die, nachdem sie in der vorausgehenden Woche unter dem Mangel an Kaufkraft gelitten hatten, den der Wortlaut des Essener Wochenberichts hervorgerufen, am Montag auf die Nachricht hin, daß das Kohlenprodukt die Produktionsbeschränkung von 43 auf 38 Prozent herabsetzen werde, beträchtlich anzuwachsen. Eine Aufwärtsbewegung, der sich im weiteren Verlauf Hüttenaktien angeschlossen, indes vermochten die Kurse schon am nächsten Tage, als ungünstige Meldungen aus dem obersteilischen Kohlenrevier einliefen und zugleich mehrfach Realisierungsbestrebungen hervortraten, ihren Stand vom 27. Januar nicht zu behaupten, sondern erfuhren durchweg abschließliche Abschlüsse, wenn sie auch keineswegs bis auf den Stand vom 26. Januar zurückwichen.

Ein erregtes Ansehen der Kurse auf einem Teil des Spekulationsmarktes bewirkten am Mittwoch die Meldungen über die vom englischen Schatzkanzler, Lord Balfour, im Unterhause gemachten Mitteilungen betreffend der von der niederländischen Regierung unternommenen Friedensvermittlungsvorläufe, sowie über die anhaltende Haussebewegung in Goldminenaktien an der Londoner Börse. Die Aktien der Transvaalbau stiegen um 4 Proz., die Anteile des Dynamit-Trust um über 3 Proz.; ebenso vermochten die Aktien der an dem Wiederaufblühen der Transvaal-Goldminen interessierten

deutschen Banken ihren Kursstand zu erhöhen, die deutsche Bank von 209,40 auf 210,10, die Anteile der Berliner Handelsgesellschaft von 147,40 auf 149, abgesehen von London gemeldet wurde, daß die leitenden englischen Blätter den holländischen Friedensvermittlungsvorläufen nur geringe Bedeutung beimäßen. Auf andre Gebiete, als den Bankenmarkt, hatten die Nachrichten keinen Einfluß; Kohlenaktien gingen auf ungünstige Nachrichten vom westfälischen Kohlenrevier teilweise noch weiter zurück; eine Rückwärtsbewegung, die sich gestern, am Donnerstags, fortsetzte, so daß, wenn man die Kurse zu Anfang der Berichtswache mit den gestrigen vergleicht, sich für die leitenden Kohlenwerte im ganzen nur geringe Steigerungen ergeben. Bankaktien zogen dagegen zuerst an der gestrigen Börse erneut an, namentlich Handelsaktien, erlitten aber später wieder eine Abschwächung, als Gerüchte auftauchten, der Abschluß der Nationalbank stelle sich so ungünstig, daß keine oder höchstensfalls nur eine ganz minimale Dividende verteilt werden könne.

Als ein halbwegs sichhaltiger Grund zu dem Hausstreiben am Montag kann die Herabsetzung der Produktionsbeschränkungs-Ziffer um 5 Proz. seitens des Coals-Syndikats entschieden nicht gelten; nach wie vor bleibt die Nachfrage nach Kohlen auf dem rheinisch-westfälischen Kohlenmarkt eine mäßige und trotz der vermehrten Feierschichten mehren sich auf den Becken die Vorräte. Die „N. W. B. Ztg.“, das Wochenorgan, dessen Angaben allerdings mit einer gewissen Vorsicht aufzunehmen sind, bringt über die dortige Lage folgenden Bericht:

Die Abfahrtsverhältnisse der Becken haben sich weiter verschlechtert. Die Zahl der durchschnittlich täglich beladen auf den Staatsbahnen abgeführten Kohlen- und Coalkswagen, die sich im Dezember noch auf über 16 000 D.-B. bezifferte, ist im Januar auf ungefähr 14 800 D.-B. zurückgegangen. Die Kohlenverbraucher in Holland legen wegen starken Angebots fremder Kohlen fortgesetzt große Zurückhaltung im Ausfuhrlofen gegenüber an den Tag. Da in Holland auch jetzt ziemlich viel Vorräte lagern, ist von dieser Seite der vorerst keine Belebung des Geschäftes zu erwarten. Dasselbe gilt von dem Abzuge in Hausbrandkohlen. Selbst wenn der Winter noch einsehen und eine härtere Nachfrage nach Hausbrandkohlen aufzutreten sollte, kann es bei den großen Vorräten zu einer Besserung in den Abfahrtsverhältnissen kaum noch kommen. Der Gesamtabsatz würde wahrscheinlich noch unbefriedigender sein, wenn nicht die Kohlenbezüge der rheinisch-westfälischen Werke andauernd ziemlich regelmäßig erfolgten. Der Anteil der Nicht-Syndikatskohlen an der Gesamt-Kohlenproduktion des Ober-Rheinlands beträgt 20 Prozent und erhöht sich noch fortwährend. Die staatliche Förderleistung der Syndikatskohlen gegenüber ihrer Beteiligung an Gesamtabsatz für den Januar wird erheblich höher ausfallen als im Vormonat, der eine Förderleistung von 14,48 Prozent ergab. Es ist sogar fraglich, ob der auf 20 Prozent Einschränkung lautende Vorschlag im Januar nicht noch überschritten werden wird.

Kaum besser sieht es um den obersteilischen Kohlenmarkt. Auch hier hat eine Verneuerung der Feierschichten stattgefunden, und die Einschränkung der Förderung soll sich auf 30 Prozent stellen.

Ueber die Konferenz der Reederei-Direktoren und der Vertreter des Morgan-Syndikats in New York ist es stille geworden. Die von einzelnen Blättern getragenen kurzen Nachrichten charakterisieren sich als bloße Kombinationen. Selbst über den eigentlichen Zweck der Verhandlungen ist so gut wie nichts bekannt, und während die dem Kreise der als beteiligt geltenden Dampferlinien fernliegenden Zeitungen fortfahren, von einem Trüß zu sprechen, sucht die Presse, die mit den betreffenden Kreisen Fühlung hat, es so darzustellen, als handle es sich lediglich um eine Regelung der Abfahrtszeiten und der Beteiligung an dem Passagier- und Frachtdienst zwischen den wichtigsten europäischen Häfen und der nordamerikanischen Union. Von allen verschiedenen Versionen über den Zweck der Verhandlungen ist gerade diese, wie schon im vorigen Bericht erwähnt wurde, die unwahrscheinlichste; und daß jene deutschen und englischen Blätter sie bieten, die Beziehungen zu Reedereien haben, läßt darauf schließen, daß den an der Sache Beteiligten daran liegt, vorläufig die Hauptpunkte der Abmachungen geheim zu halten und den Außenstehenden nur das sehen zu lassen, was sie ohnehin bald erfahren würden. Daß, sofern überhaupt ein Abkommen zu Stande kommt, dieses auch eine gewisse Regelung der Konkurrenz zwischen den betreffenden Dampferlinien mit einschließt, ist selbstverständlich; aber, wenn diese Regelung der eigentliche oder Hauptzweck der Konferenz ist, weshalb hat diese dann in New York unter Dilektion des Morgan-Syndikats? Von den bisher von Morgan kontrollierten beziehungsweise angekauften Linien ist die Leyland-Linie eine reine Frachtdampfer-Linie, die lediglich für den Verkehr zwischen England (Liverpool) und der Union (Boston, New Orleans) in Betracht kommt, und auch die Atlantic-Transport-Linie (von London) beförderte in 1900 nur ca. 3700 Passagiere. Als Konkurrenzlinien spielen diese neben den großen englischen Linien, wie z. B. der Cunard-Linie, der White Star-Linie, der Red Star-Linie, der Anchor-Linie usw., doch immerhin nur eine untergeordnete Rolle; handelt es sich also lediglich um eine Verständigung über Fracht- und Passagierpreise, Abfahrtszeiten etc., so bleibt der ganze deutlich ersichtliche Einfluß des Morgan-Syndikats völlig unerklärlich.

Recht billig sind die von einigen Blättern an die Direktionen der Hamburg-America-Linie und den Norddeutschen Lloyd gerichteten Ermahnungen, sich nur ja nicht von dem Händespinnenden Morgan umgarnen zu lassen, sich den Verkehr von den deutschen Häfen zu reservieren, dem Yankee keinen Einfluß auf die Leitung ihrer Linien zu gestatten usw. Ja, wenn das alles nur von dem Vollen und Wüthigen der Herren Kallin und Birgand abhänge, dann würden sie sicherlich lieber andere Bedingungen stellen, als sich vorläufige lassen; patriotisch sind die Herren ja bis auf die Knochen, wissen sie doch recht gut, was es für sie bedeutet, der Flotten- und See-Romanistik Rechnung zu tragen, an jenen ungenannten maßgebender Stelle gut angeschrieben zu stehen und gelegentlich zur Hofstafel hinzugezogen zu werden. Aber in puncto „Verdienen“ hört bei Aktiengesellschaften der Patriotismus auf. Die beiden Herren haben außer der äußeren Repräsentation ihrer Gesellschaften die Aufgabe, möglichst viel aus ihrem Betrieb herauszuwickeln, und in dieser Hinsicht kann sie das Morgan-Syndikat schwer schädigen; vielleicht weniger infolge seines eignen angekauften Schiffbestandes, als infolge seiner Beherrschung eines großen Teils des amerikanischen Eisenbahnnetzes, der Begünstigung englischer, französischer und holländischer Dampferlinien, die mit den beiden großen deutschen Linien konkurrieren und schließlich seines Einflusses auf die amerikanische Schiffahrts-Verkehrs-Regelung. Von wie wenig Sachkunde die Ermahnungen zeugen, beweist die einfache Thatsache, daß es beiden deutschen Linien absolut unmöglich ist, bei dem Umlauf, den sie erreicht haben, ihren Amerikadienst auf den Verkehr zwischen den deutschen und amerikanischen Häfen zu beschränken. Als Beispiel sei nur erwähnt, daß der Norddeutsche Lloyd im 1900 allein vom Mittelmeer 96 Fahrten veranstaltete und mit diesen über 3200 Passagiere und über 27 000 Zwischenbedspassagiere nach den Vereinigten Staaten beförderte.

Erwähnt sei, daß der Stahltrust, die United States Steel Corporation, deren Abzug nach Europa der geplante King der Schiffslinien erstehen soll, sich stetig weiter ausdehnt. Um sich hinsichtlich des Kostenbezuges für ihre im Pittsburger Eisenindustrie-

bezirk belegenen Werke unabhängig zu stellen, hat der Trust zu seinen Kohlenzweigen weitere Kohlenfelder im Umfang von angeblich 50 000 Acres und im Werte von ungefähr 40 Millionen Mark hingekauft. Mit der Anlegung von Kohlenflächten soll alsbald begonnen werden, und zwar zunächst im Cartiers-Thal, etwa drei deutsche Meilen von Pittsburg entfernt. Der gestern vom Stahltrust veröffentlichte Neumonatsbericht beziffert, wie das „Berl. Tagbl.“ meldet, die Gesamterlöse auf 1647,4 Mill. Dollars (ca. 530 Mill. Mark). Davon entfallen auf den Wert der Bergwerke, Hütten und der sonstigen industriellen Anlagen 437,5 Millionen, auf Vorräte 95,6 Mill., auf Anlagen 46,1 Mill. Dollars. Auf die Haltung der New Yorker Börse blieb der Bericht ohne Einfluß. Er gilt als schonfärberisch; namentlich wird der angegebene Wert des Eigentums als entschieden zu hoch betrachtet.

Veranstaltungen.

Der deutsche Holzarbeiter-Verband (Zahlstelle Berlin) hielt am Mittwoch seine Generalversammlung bei Keller, Kopenstr. ab. Der Kassenbericht für das 4. Quartal lag gedruckt vor. Danach betragen die Einnahmen für die Hauptkassa 30 548,30 M.; die Ausgaben, darunter 2460,50 Gemahrgeltern-Unterstützung, 3299,50 Streikunterstützung, 1106,63 Rechtschutz, 530,40 für Sterbefälle und Umzugs-Unterstützung, insgesamt 17 248,56 M. Die Pokalkasse hatte inf. des alten Bestandes von 103 087,18 M. eine Gesamteinnahme von 127 068,96 M. Die Ausgaben betragen 16 725,98 M. Unter den Ausgaben befinden sich 1314,66 M. für Agitation, 1261,05 M. Streikausgaben, 876,25 M. für Gemahrgeltern- und Extra-Unterstützung, 8150,— M. Unterstützung an andre Gewerkschaften und 998,92 M. Gerichts- und Anwaltsgebühren. Bei der Abrechnung über die Festlichkeiten wurde gewünscht, daß in Zukunft auf die Ueberflüsse von den Festlichkeiten verzichtet wird und das Komitee den Preis für die Willeis entsprechend reduziert. — Aus dem Bericht des Vorstandes, den Th. Glöckler erstattete, war zu entnehmen, daß im verfloßenen Quartal 1 General- und 9 Vertrauensmänner-Veranstaltungen, 11 Verwaltung- und 2 kombinierte Sitzungen mit der Kontrollkommission abgehalten wurden. Der Berichtsteller verweist sodann unter andernm darauf, daß die Zahl der Rechtschutzsachen fortgesetzt zunimmt und zwar infolge des Innungs-Schiedsgerichts, bei dem im Gegensatz zu dem Gewerbegericht nur ein geringer Teil der Klagen einmütig erledigt wird. Die Rechtschutzkosten sind infolgedessen im letzten Jahre auf 4119,27 Mark gestiegen. Aber nicht nur, daß diese verhältnismäßig hohe Ausgabe verursacht wurde, der größte Uebelstand ist die Langwierigkeit des Verfahrens, wodurch viele Arbeiter oftmals erst nach Monaten im Besitz ihrer rechtmäßigen Forderungen gelangten. — Im verfloßenen Jahre waren 216 Differenzen einzelner Werkstätten zu verzeichnen. In 28 Werkstätten kam es zum Streik, die in 8 Fällen erfolglos waren, während die andern durch Vergleich beendet wurden. Streikunterstützung wurde im ganzen Jahre 42 617,76 M. verausgabt. Darunter ist die Unterstützung wegen des bekannten Kontrollbuches mit 10 428,— M. Kosten und die Pokal-Unterstützung, die einen Kostenaufwand von 19 855,— Mark verurachte. Im übrigen hatte die Organisation viele Kettene Kämpfe zu bestehen und in den meisten Fällen ist es gelungen, wenigstens die von den Unternehmern fortgesetzt verurteilten Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen abzuwehren. Auch die Mitgliederzahl ist trotz der ungünstigen Konjunktur auf der bisherigen Höhe verblieben und beträgt gegenwärtig über 12 000. — Der Arbeitsvermittler Raß berichtete, daß im 4. Quartal auf dem Arbeitsnachweis 516 Briefen von 430 Unternehmern eingegangen sind. Verfügt wurden 375 Stellen. Angebote waren 2283 vorhanden. Im verfloßenen Jahre waren insgesamt 2658 Adressen von 2079 Unternehmern eingegangen, denen 8064 Angebote gegenüberstanden. — Aus der Verbandbibliothek wurden im letzten Quartal 3918 Bände verliehen. — Die Werklatt-Kontrollkommission für alle Bezirke, die 125 Mitglieder zählt, hatte 358 Werkstätten- und 55 gesellschaftliche Sitzungen einberufen. Eingeladen waren 1396 Werkstätten, davon sind 719 Werkstätten mit 5209 von den 8182 daselbst beschäftigten Berufscollegen erschienen. In den meisten Fällen handelte es sich in diesen Sitzungen um die Stellungnahme zu geplanten Lohnreduzierungen und außerdem um den Anschluß an die Organisation. Die Erachenkommissionen mit 25 Mitgliedern hielten im 4. Quartal 54 Werkstätten- und 12 gesellschaftliche Sitzungen ab. Eingeladen waren zu diesen 96 Werkstätten, wovon 74 mit 784 Kollegen der Einladung Folge geleistet haben.

In der hierauf vorgenommenen Erwahlung zur Ortsverwaltung wurden neu bzw. wiedergewählt: Th. Glöckler als erster Bevollmächtigter; Viele als Neubau; Leopold als erster Schriftführer; Adonig, Bod und Klingner als Beisitzer, Kunze und Post als Beisitzer. — Den Bericht des Vorstandes erstattete Stische. Dem war u. a. zu entnehmen, daß der Vorstand 140mal von auswärtig in Anspruch genommen wurde und zwar 96 mal behufs Agitation und 44 mal bei Differenzen. In keinem dieser Fälle ist es zum Streik gekommen, sondern es konnten die Differenzen durch Verhandlungen immer beigelegt werden. In der letzten Zeit wurde der Vorstand besonders stark in Anspruch genommen, weil die Unternehmern in der Provinz ganz nach dem Muster ihrer Berliner Klassenossen die ungünstige Konjunktur dazu benutzten, um Lohnreduzierungen oder sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen vorzunehmen. Jede Agitations-Veranstaltung verursachte durchschnittlich nur einen Kostenaufwand von 6,22 M. Wie der Kassier des Gewerkschaftes Matthes noch mitteilte, sind in der Provinz des O. Landes 3940 Mitglieder beschäftigt, die bis auf etwa 400 M., welche die Berliner Zahlstelle beisteuern muß, die gesamten Kosten der Agitation selbst aufgebracht haben. Eine Diskussion über den Bericht fand nicht statt.

In der Gewerkschaft wurden gewählt: Matthes, Ahrens, Böcke, Gütch, Jörn und Weiskender. Bei der Aufstellung der Delegierten zu dem am 4. Mai in Mainz stattfindenden Verbandstag wurde von R. Schmidt beantragt, statt den fünfzehn statutarisch der Berliner Zahlstelle zustehenden Delegierten insbesondere aus Sparmaßsichtmäßig nur fünf Delegierte zu wählen. Um die Rechte der großen Zahlstellen aber nicht zu beschränken, soll statutarisch festgelegt werden, daß bei wichtigen Abstimmungen auf Antrag von 10 Delegierten die Abstimmung namentlich und nach der Mitgliederzahl auf den Verbandstagen erfolgen muß. Dieser Antrag wurde nach längerer Diskussion, in der von mehreren Rednern darauf hingewiesen wurde, daß gerade den Berlinern gegenüber auf den Verbandstagen bisher recht wenig Entgegenkommen bewiesen worden ist, abgelehnt und beschloffen, 15 Delegierte zu wählen. — Als Delegierte zum Gewerkschafts-Kongress wurden im Einverständnis mit den Vertretern der in Betracht kommenden Orte für diesen Wahlkreis Th. Glöckler und A. Ahrens gewählt. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde noch aufgeführt, die Annahme der Entlassungsgesetze, wie sie von den Unternehmern jetzt eingeführt werden, zu verweigern. Eine spätere Versammlung wird sich mit dieser Sache noch eingehender beschäftigen.

Achtung, Metallarbeiter! Arbeitslosen-zählung!

Die Kollegen, die am 26. Januar mitgearbeitet haben, begeben sich am 2. Februar, früh 8 Uhr, direkt nach den Lokalen, wo ihnen am 26. Januar die Häufer zugewiesen wurden.

Die Kollegen, die am 26. Januar keine Verwendung gefunden haben, gehen in eines der folgenden Lokale: Arminhallen, Kommandantenstr. 20, I 3504. Sabels Brauerei, Bergmannstr. 6a, 10, 128. Rehof, Wasserhofsstr. 68. Ewald, Schönleinstr. 6. Hilfskräfte bei Brüdern, Waldemarstr. 75, 4, 1191. Königs Hof, Bülowstr. 37, 6, 241. Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I 7, 3733. Hilfskräfte für III. und IV. Kreis Süd-Ost. Königs Hof, Frankfurtstr. 117, 7a, 8142. Stecher, Andreasstr. 21, 7, 5323. Keller, Koppenstr. 29, 7, 554. Elysum, Landsberger Allee 40. Hilfskräfte für den IV. Kreis Ost. Bauer, Rosenhalsstr. 57, 3, 1296. Feind, Beinhofstr. 11, 7, 8064. Hilfskräfte für den V. Kreis. (Schweizer Garten fällt hinweg.) Fischer, Waldstraße 8, 2, 660. Peters, Alt-Moabit 80/81, 2, 3420. Schüler-Brauerei, Turmstr. 24, 2, 183. Norddeutsche Brauerei, Chausseestraße 58, 3, 2623. Cösliner Hof, Cöslinerstraße 8. Brinkmann, Prinzen-Allee 21. Zwimmunder Gesellschaftshaus, Zwimmunderstr. 42, 3, 583. Diele, Aderstraße 123, 3, 5114. Nümann, Brunnenstraße 188, 3, 6325. Wernau, Schwedterstraße 23/24, 3, 586. Hilfskräfte für den VI. Kreis.

Charlottenburg, Seder, Bismarckstr. 74. Schöneberg, Obst, Reiningenstraße 8. Wilmerdorf, Witte, Berlinerstraße 40. Steglitz, Schellhose, Ahornstr. 15a. Tempelhof, Müller, Berlinerstr. 41. Rigdorf, Thomas (Apollo-Theater), Hermannstr. 48. Baumschulenweg, Staffeld, Baumschulenstr. 84. Rummelsburg, Beutling, Goethe- u. Kantstr. 11. Pichtenberg, Väterbusche, Friedrich-Rohrstraße 11; Bastian, Höger- und Sudbrunnenstr. 11. Friedrichsfelde, Loffe, Luisenstr. 20. Weissenhof, Schumann, Leberstraße 118. Pantow, Hoffmann, Mühlenstraße 25. Reinickendorf-Ost, Puzirer, Provinzstraße 47. Reinickendorf-West, Engel, Eichhornstr. 73. Jeder begibt sich wiederum nach dem Lokal das seiner Wohnung am nächsten liegt. Wer sich in den Listen eingetragen hat, muß zur Stelle sein. Es wird genaue Kontrolle geübt. S. A.: Cohen.

Verband der Möbelpolierer.

Die Mitglieder werden ersucht, heute abend in den Zahlstellen die Zeit anzufüllen, ob sie für die Arbeitslosen jede Woche 20 Pf. Entlohnung bezahlen wollen oder nicht.

Montag, den 2. Februar cr., abends 8 1/2 Uhr, in Rigdorf, Hermannstraße Nr. 197.

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Salmons über: Geschlechtskrankheiten und ihre Bekämpfung. 2. Diskussion. 3. Vorschläge zur Wahl eines Gewerbegerichts-Beisitzenden. 4. Gewerkschaftsangelegenheiten.

Mittwoch, den 5. Februar 1902: Sitzung der Vertrauensmänner für Ost, Friedrichsbergerstr. 11, abends 7 Uhr.

für Süd-Ost, Zallierstr. 59, 7 Uhr. für Norden, Brunnenstr. 96, 8 1/2 Uhr.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kontrollkommission. 2. Warum haben die Arbeitslosen keine Unterstützung erhalten? 3. Unser ungenügender Arbeitsnachweis befindet sich nur Blumenstraße 38, Cranienskr. 197, Brunnenstr. 96. 141/2 Der Rosenhall findet am 8. März statt. Der Vorstand.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Hamburg, Berlin 9. Sonntag, den 2. Februar cr., mittags 12 Uhr, im Moabit Klubhaus, Deusselstr. 9 bei Fildel.

Ausserordentl. Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Wahl des 1. Bevollmächtigten. 2. Statutenberatung. 3. Aufstellung der Delegierten zur Generalversammlung. 4. Berichtsbüro. 111/1 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Rastikspanner und Träger! Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht von der letzten Zahlstellen-Konferenz. 2. Verbandsangelegenheiten und Berichtsbüro. 2786 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Die Kollegen, welche am Sonntag, den 26. Januar, bei der Arbeitslosen-zählung mitgeholfen haben, wollen sich morgen, Sonntag, direkt nach den Lokalen begeben, von denen aus ihnen die Häufer zugewiesen wurden. Die heutigen Kollegen, die am vergangenen Sonntag keinen Bezirk zugewiesen wurden, wollen nach untenstehenden Lokalen gehen. Zahlreiche Beteiligung ist notwendig, da morgen die Ausfüllung der Karten eine größere Zahl von Mitarbeitern notwendig macht. 78/10

Arminhallen, Kommandantenstr. 20, I 3504. Sabels Brauerei, Bergmannstraße 6a, 10, 128. Rehof, Wasserhofsstr. 68. Ewald, Schönleinstr. 6. Hilfskräfte bei Brüdern, Waldemarstr. 75, 4, 1191. Königs Hof, Bülowstr. 37, 6, 241. Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I 7, 3733. Hilfskräfte für III. und IV. Kreis Süd-Ost. Königs Hof, Frankfurtstr. 117, 7a, 8142. Stecher, Andreasstr. 21, 7, 5323. Keller, Koppenstr. 29, 7, 554. Elysum, Landsberger Allee 40. Hilfskräfte für den IV. Kreis Ost. Bauer, Rosenhalsstr. 57, 3, 1296. Feind, Beinhofstr. 11, 7, 8064. Hilfskräfte für den V. Kreis. (Schweizer Garten fällt hinweg.) Fischer, Waldstraße 8, 2, 660. Peters, Alt-Moabit 80/81, 2, 3420. Schüler-Brauerei, Turmstr. 24, 2, 183. Norddeutsche Brauerei, Chausseestr. 58, 3, 2623. Cösliner Hof, Cöslinerstr. 8. Brinkmann, Prinzen-Allee 21. Zwimmunder Gesellschaftshaus, Zwimmunderstr. 42, 3, 583. Diele, Aderstr. 123, 3, 5114. Nümann, Brunnenstr. 188, 3, 6325. Wernau, Schwedterstr. 23/24, 3, 586. Hilfskräfte für den VI. Kreis. Rummelsburg, Beutling, Goethe- und Kantstr. 11. Pichtenberg, Väterbusche, Friedrich-Rohrstraße 11; Bastian, Höger- und Sudbrunnenstr. 11. Friedrichsfelde, Loffe, Luisenstr. 20. Pantow, Hoffmann, Mühlenstraße 25. Reinickendorf-Ost, Puzirer, Provinzstr. 47. Reinickendorf-West, Engel, Eichhornstr. 73. Radfahrer-Hilfskräfte sind im Gewerkschaftshaus und in den Lokalen, welche keine Telefonverbindung haben.

Metallarbeiter Rigdorf.

Montag, den 3. Februar, abends 8 1/2 Uhr in Herrn Lankers Festhallen, Bergstrasse Nr. 151

Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Karl Diesenthal über: Was lernen wir von dem Verhalten der Unternehmer während der Krise? 2. Diskussion. 3. Bericht der Gewerbegerichts-Beisitzer und Aufstellung der Kandidaten als Beisitzer zum Rigdorsen Gewerbegericht (Arbeitsnehmer). Alle in Rigdorf arbeitenden und wohnenden Metallarbeiter sind zu dieser Versammlung eingeladen. 111/12 Der Einberafer.

Zähne 2 Mk. 10 Jahre Garantie.

Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 Mark. Plomben 1,50 M. Reparatur sofort. Umarbeit schlechtsitz. Gebisse Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstr. 130. (Haus Schaarwächter). Sprechst. 9-7 Uhr.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Am Donnerstag, den 30. Januar, verlässt nach langem Leiden unser Mitglied, der Tischler

Paul Henke.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 1/4 Uhr, von der Leichenhalle des Kreuzkirchhofs, Mariendorf, aus statt. 238/2 Es ist Pflicht aller Mitglieder, sich hierbei zu beteiligen. Der Vorstand.

Central-Verband der Bureau-Angestellten Deutschlands.

(Mitgliedschaft Berlin.) Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 28. Januar 1902 unser Kollege, der Bureauvorarbeiter

Otto Roessel

verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 2. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofs in Britz aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Bevollmächtigte.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Am Donnerstag, den 30. d. M. starb unser altes Mitglied, der Former

Eduard Füllborn.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am 2. Februar, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedrichshofs in Friedrichsfelde. 111/5 Rege Beteiligung erwartet Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein innigstgeliebter Mann, unser guter Vater und einziger Sohn, der Metallarbeiter

Fritz Duwe

nach langer, schwerer Krankheit am 31. Januar im Alter von 33 Jahren entschlafen ist. Die Beerdigung findet am 2. Februar, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Oranienstraße 188 aus statt. 2745 Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Nach langen Leiden entschlief sanft mein lieber Mann Fr. Lothen, Maurer. 2726 E. Lothen nebst Tochter.

Achtung! Böttcher! Achtung!

Sonntag, den 2. Februar, nachmittags 2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I

Öffentliche Versammlung der Böttcher Berlins und Umgeg.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Waldek Manasse über: Rinde und Kaserne. 2. Diskussion. 3. Bericht des Delegierten des Gewerkschaftsrates. 4. Anwahl des Beisitzers. 5. Berichtsbüro. 39/2 Um pünktliches Erscheinen wird ersucht. Der Vertrauensmann. Wegen Wichtigkeit des Vortrags sind Frauen besonders eingeladen. Der Saal muß um 4 Uhr geräumt werden.

Hiermit offen Verwandten, Freunden und Genossen die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau

Auguste Kemnitz

geb. Witt am 30. Januar nach kurzem Leiden verstorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 2. Februar, nachm. 2 Uhr, vom hiesigen Kranenhaus im Friedrichshof nach der Emmaus-Gemeinde, Falkenberg Chaussee, statt. Otto Kemnitz.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten, Kollegen und Genossen die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann und guter Vater, der Tischler

Paul Henke,

nach langem schwerem Leiden am 30. d. verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 2. Februar, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Heil. Kreuzkirchhofs in Mariendorf aus statt. Die trauernden Hinterbliebenen: S. Henke nebst Tochter, Bärgwaldstr. 12.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler

Paul Henke

am 30. d. M. verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligen Kreuz-Kirchhofs in Mariendorf aus statt. Um rege Beteiligung bitte! 78/9 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.

Für die zahlreiche Beteiligung, sowie der Kränzen bei der Beerdigung meiner lieben Frau und unserer guten Mutter

Auguste Genschmer sage ich allen Verwandten, Genossen und Genossinnen, insbesondere dem Sottier-Klub „Karl“, sowie dem Chef der Firma Domrowitz meinen herzlichsten Dank. Der trauernde Gatte Julius Genschmer nebst Kindern.

Dankfagung.

Für die liebevolle Teilnahme und die vielen Kränzen bei der Beerdigung meines lieben Vaters, meines guten Vaters und Bruders

Joseph Theone sage ich allen Freunden, Verwandten und Bekannten unseren herzlichsten Dank. 2756 Die trauernden Hinterbliebenen.

Grosses Vereinszimmer

mit Piano zu vergeben. 2626 H. Dobberahn, Fruchtstr. 61.

PAGLIANO-SYRUP

Jede Flasche soll unsere Fabrikmarke mit dem Namenszug des Prof. Girolamo Pagliano tragen, welche seit dem 12. Dezember 1895 beim Kaiserlichen Patentamt in Berlin eingetragen ist. 7/5

Blutreinigungsmittel

Hergestellt seit dem Jahre 1838 von Prof. Girolamo Pagliano, Florenz, via Pandolfini (Italien).

Niederlage für Deutschland: Karl Hunnius, München. Vor Fälschungen und Nachahmungen wird gewarnt.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

Entscheidendes Schaufest in andrer Unternehmung wegen preiswert zu verkaufen. In erlangen Duingomstraße 89, Brauerei-Niederlage Freywalders Deum. 770* Cigarrengeschäft, gangbares, Klein 600 Mark mit Wohnung, sofort zu verkaufen Charlottenburg, Potsdamerstraße 4. 7144* Vorjährige elegante Herrenkleider aus feinsten Stoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag Versandhaus Germania, Unter den Eichen 21, II. 9748* Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Remontierarbeiten, Regulus latest sportbillig Reichhaus Brandenburgerstraße 6. Teilzahlungen gestattet. 1679* Teppiche! (Sehr schöne) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brandenburgerstr. 111, 7. 1117* Bettfedern, Bund von 45 Pf. an, echt ägyptische Wandarmenbund Bund 1,90. Fabriklager Landsberger Allee 37, I. 988K* Teppiche mit Gardinen in Fabrikverkauf Große Brandenburgerstr. 9, parterre. 757* Musikwerke mit aufbewahrtene Notenbücher, geringe Teilzahlung. S. Kurzeberg, Landsbergerstraße 13. Fahrrad, gut erhalten, 45 Mark, verkauft Schneider, Kriegerstraße 11 I. 2514* Große Betten, 11 Mark an, echt ägyptische Wandarmenbund Bund 1,90. Fabriklager Landsberger Allee 37, I. 9402*

Wohnhäuser, preiswerte Besondere, ohne Anzahlung, Woche 1,00, viermal nach allen Stadteilen sofort, Landsbergerstraße 29, Kriegerstr. 10a/61. 788* Gardinenhaus Große Brandenburgerstr. 9, parterre. 757* Waldfrieder, Neubildung für Blumens, Bewässerung, Schwämme, Gewichtsmaschine, bessere Verhältnisse, überaus billig, 14 Hektar 3 Mark, 1/2 Tonne 3,50 erhaltene. Nicht Hektarzahl, Qualität entspricht. Vorverkaufstermin Ringler, Hermannstraße 119. 112/18* Wohnhaus vom Abbruch (mit sämtlichen Baumaterialien, Charlottenburg, Bülowstraße 89, II. 599* Papagei-Kauf. Kanarienvogel 5 Mark an, Kollerweibchen, Deckfärbung 1,50. Dranienstraße 87, Vogelhandlung. 2435* Fahrrad, gebrauchte, fünfzehn, japanische, fünfzahnwanzig, neue, erstklassige mit Glockenlager, Doppelkettenteile, Jahresgarantie, 70,00, 80,00, 90,00. Damenräder, Räder, Tonbeins Dreiräder, Anhängewagen, Transporteräder billig! Alle Fahrräder nebst in Zahlung. Gebraucht Räder 5,00, Reiten 1,50, Verlangen 1,75. Fedale 1,00, Korkgriffe 0,10, Rennrollen 0,10. Stabilisier Dampfen 0,05, 0,08, 0,10, Englander 0,25. Acetylenlampen 1,75, Kupplungen 0,25, Pumpen 0,80, Schläuche 2,75, Ventile 2,00 an, Sattel 1,50, Fahrradkammer 0,50, Kilometerzähler 1,75, Verkleidungen, Reparaturen extra billig. Maschinen-Einrichtungen 3,75. Ernst Wagner, Altonaplatz 1. Telefon III 3637. 10102*

Radfahrer, bemüht die glückliche Gelegenheit und kauft und dem altennummerierten Fahrrad-Geschäft von Hermann Tafer, Hermannstraße 31, nahe Brunnenstraße. Neue Fahrräder 65,00 bis 95,00, Jahresgarantie, gebrauchte 15,00, 20,00 bis 60,00. Substanzelles Deden 3,00 an, 2 Schläuche 1,75, Ventile 2,00, Acetylenlampen 1,75, Garbid 0,25, Dellampen 0,85, Dreifachleuchten 0,75, Griffe 0,10, Ventillampen 0,25 etc. 2525* Seifen- und Waschlauge mit Haare verkauft Kriegerstraße 3. 2935* Kanarienvogel, Jungweibchen, verkauft Brand, Hofmannstraße 9. Fahrrad, verleihe, toller! Kauf! Bester Markenrad, gebraucht und neu. Jetzt monatlich glückliche Gelegenheit eines vorzüglichen Fahrradkaufs! Preisnachlass, Türöffner, Räder, Qualitätsmaschinen ersten Ranges, Rennmaschinen, Damenräder, alles sportbillig, der letzten letzten Jahreszeit entsprechend. Fahrrad-Verkauf! Neue Schindlerstraße 11, I. 112/15* Steppdecken billig! Fabrik Preise! Brandenburgerstraße 9, parterre. 757* Gute Socken umhändertelbar zu verkaufen. Stegenburgerstraße 2, Parterre. 758* Stuhlmöbel, mehrere Zimmer, verkauft auch einzeln, Plüschsofa, elegant 50,00, Spiegel 10,00, Säulenlampe 35,00, kleine Oelgemälde 3,00, Teppich 8,00, Schloßregulator 15,00, Erle 3,00, Panzerkoffer mit Spiegel, Schloßsofa, Bettstellen, Ausgewähltes, Sofa, Kleiderkasten, Bettsofa, Kücheneinrichtung billig, beste Gelegenheit für Brautleute. Gartenstraße 148, vorn I. 111/17* Ein Tafelkloster billig zu verkaufen. A. Ritter, Rosenthalstraße 40. 2779*

Tannenbäume, 100 Stück, frisch geschlagen, sind zu verkaufen. Baummann, Schöneleinstr. 10. 2596

Vermischte Anzeigen.

Haselfachen, Kagen, Eingaben, Restaurationen Putzer, Steglitzer Straße 65. 425* Rechtsbureau, Rechtshilfe, Eingabegelder, Materietzung, Andreasstraße dreizehndig. 1945 Rechtsbureau „Wochen“, Vordamerstraße 26b, beschleunigte Schriftsätze! 245* Kokenfreie jahreslängliche Behandlung, Zahnärztliche Poliklinik, Chausseestraße 1a. 9938* Masten-Verleih, Institut Verbschuld Henle, Berlin W., Dammwegstraße 1, vorn parterre. 21505* Wer stah hat? Fertige Herrenanzüge mit Futterfalten 15 Mark Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstraße 59, III. 1896* Kanarienvogelchen 60 Pf., jeden Pochen kauft Vogelhandlung Blochmüllstraße 6. 2935* Bücherkäufer zu höchsten Preisen. Epstein, Frankfurterstraße 101. 130/1* Meyerlegikon, Brodhaus und alle andern Bücher kauft, belebt Hamemann, Kochstraße 66, I. Amt VI, 3397. 983K* Zwei große schöne Vereinszimmer mit Piano empfiehlt Paul Vöhl, Brandenburgerstraße 61. 749* Vereinszimmer mit Piano für einige Abende frei, auch passend für Badstube. Restaurant Froberg, Brandenburgerstraße 2. 2645

Fahrrad, gebrauchtes, 6 Mark, Schloßerei Wollnerstraße 14. (Preisangabe.) 10118*

Die Beerdigung gegen Frau Thielmann nehme ich hiermit zurück. Frau Adelt, Blindert. 7117

Restaurant „Tannhäuser“, Kronprinzenstraße 59. Vereinszimmer frei. Pledler. 7117

Strassfächer, Straußenschuh, Wadengehäuse, Stiefelgehäuse, Jagdgeschleife, Materialien, Wulst, Schloßstraße 141. Sprechstunden: Abends, Sonntag. 2715

Vermietungen.

Schlafstellen. Schlafstelle, separat, Herrn, 7,50, Wilmersberg 70, vorn III links. 2905* Möblierte Schlafstelle (Herren) billig, Sedanstraße 30, vorn IV rechts, in Schöneberg. 7125* Schlafstelle oder möbliertes Zimmer (Herren). Frau Mendles, Brandenburgerstraße 23, vorn II. 2886* Schlafstelle (einen Herrn) vermietet Ularat, Bismarckstraße 1, IV. 7/8* Schlafstelle (Herren), Bernauerstraße 10a, Hof II rechts. 2656

Schlafstelle, separat, 6 Mark, Potsdamerstraße 57, Schloßgelände. 7136

Schlafstelle, 6 Mark, Stadt, Ranningsstraße 7. 2756

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Wachstellen außer dem Hause sucht Frau Röder, Beutelsstraße 29, zweiter Hof IV. 730

Stellengebote.

Zwei Bediener für Werkzeuge (Schloßerei und Dreherei) sucht Friedrich, Köpenickerstraße 149. 2818* Bäcker (junger) auf Capes verlangt Juchins, Brandenburgerstraße 63. Komiker einige Tage noch frei. Köpcke, Döllnitzerstraße 29. 2908* Mannschloß auf bessere Posten verlangt Weis, Bismarckstraße 22. Tüchtige Forstwirtschaftlerinnen verlangt Rosenow u. Co., Schmidtstraße 6. Mannschloß, Staub, Regenpalest, im Hause Weis, Döllnitzerstraße 35, III. 2245*